

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Juni 2006

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Neokolonialismus

Kevin Gurka

- Demokratiedefizit am Hindukusch? 3
Deutschlands Schlüsselrolle in Afghanistan

Deutschland und die Bundeswehr

Johannes Plotzki

- „Weltweit führen und handeln“ Deutsche Marine,
Flottenkommando und EU-Militärpolitik 10

Arno Neuber

- Grüne Werte und deutsche Interessen passen
gut zusammen 13

Christoph Marischka

- „Den Kopf hinhalten“: Für wen deutsche Soldaten
unter anderem an den Congo gehen 15

Tobias Pflüger

- AWACS wegen Großeinwänden 17

Kevin Gurka

- (Un)Freiheit durch Sicherheit: Der schwarz-rote
Koalitionsvertrag 18

Friedensbewegung

Johannes Becker

- Weltweite Kriege und antimilitaristische
Optionen im 21. Jahrhundert 19

- antimilitaristische Rundschau 23

US-Kriegspolitik

Kevin Gurka

- Besetzung des Iraks und die „Kollateralschäden“ 24

Jürgen Wagner

- USA - Erlassjahr 2015? Washingtons erodierende
Vorherrschaft Teil I: Aufbau und Konsolidierung
der US-Hegemonialordnung 26

Editorial:

Viel ist (leider) wieder einmal seit der letzten Ausgabe des AUSDRUCKS passiert. Vor allem die Aufhebung der parlamentarischen Immunität unseres Vorstandes Tobias Pflüger sorgte für einigen Wirbel, da diese Maßnahme nichts anderes ist, als ein politisch motivierter Angriff (siehe den Beitrag in dieser Ausgabe).

Einen weiteren negativen Höhepunkt bildete der Bundestagsbeschluss vom 1. Juni, deutsche Soldaten im Rahmen eines EU-Einsatzes in den Kongo zu entsenden. Interessant ist, dass die Öffentlichkeit erfreulicherweise weniger und weniger Verständnis für Deutschlands Kriegseinsätze aufbringt. Lediglich 37% der Bundesbürger halten diesen Einsatz für

sinnvoll. Dies dürfte auch mit den zahlreichen Negativmeldungen aus Afghanistan zusammenhängen, selbst hohe Bundeswehroffizielle geben inzwischen zu, dass die Bevölkerung die Besatzer lieber heute als Morgen aus dem Land jagen möchte (näheres zu all diesen Themen ebenfalls in dieser Ausgabe).

Positiv war hingegen der gute Besuch der diesjährigen Ostermärsche, an denen sich die Informationsstelle Militarisierung wieder mit mehreren Rednern an verschiedenen Orten in Deutschland beteiligte. Zudem freuen wir uns Euch an dieser Stelle auf unsere neueste Buchveröffentlichung („Welt-Macht EUropa: Auf dem Weg in weltweite Kriege“) aufmerksam machen zu können, in dem

wir auf 340 Seiten Brüssels Kriegspolitik nicht nur in ihrer militärisch-strategischen sondern auch ihrer ökonomischen, regionalen, ideologischen und sozialen Dimension beleuchten (siehe den beigelegten Flyer). Wir hoffen, dass das Buch auf breites Interesse stößt, es kann unter imi@imi-online bestellt werden.

Die Redaktion

Impressum

Der AUSDRUCK wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner (verantwortlich), Christoph Marischka, Michael haid, Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der AUSDRUCK erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisierung erhalten den AUSDRUCK kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechingerstr. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Tobias Pflüger, AWACS wegen Großleinwänden, in AMOS, Kritische Blätter aus dem Ruhrgebiet, April 2006.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder.

Christoph Marischka, Arno Neuber, Johannes Plotzki sind IMI-Beiräte.

Johannes Becker ist Koordinator am Zentrum für Konfliktforschung Marburg.

Kevin Gurka ist Praktikant der Informationsstelle.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisierung ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisierung e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Demokratiedefizit am Hindukusch? Kein Problem für den Exportweltmeister

Deutschlands Schlüsselrolle in Afghanistan

von Kevin Gurka

Afghanistan: vom Stellvertreterkrieg in den Neokolonialismus

Die Geschichte Afghanistans des 20. und 21. Jh. ist traurig und blutig. Schuld daran sind nicht zuletzt die vielen ausländischen Akteure, die das Land immer wieder zum Schachbrett ihrer Machtpolitik gemacht hatten. Die Opfer waren, neben den Soldaten fremder Armeen, denen sich die Afghanen meist erfolgreich zur Wehr setzten, auch viele afghanische Kämpfer. Die größten Opfer dieser Auseinandersetzungen brachte aber die afghanische Bevölkerung selbst, die somit stets zum Hauptleidtragenden dieser Konflikte wurde.

Nachdem die in British India stationierten Engländer in den zwei britisch-afghanischen Kriegen das Land nicht unter ihre Herrschaft zu bringen vermochten, beschlossen sie es zu infiltrieren. Gegen eine Erhöhung der jährlichen Zahlung an den afghanischen Herrscher Amir Abdul Rahman, von 120.000 auf 160.000 Britische Pfund, trat Afghanistan am 12. Januar 1893 durch die Unterzeichnung des Durand-Vertrags 190.000qKm seines Staatsgebiets ab. Die 2450 Km lange Demarkationslinie wurde bewusst durch paschtunisches Siedlungsgebiet gezogen, um so eine Pufferzone entstehen zu lassen und Afghanistan den Weg zum Indischen Ozean zu versperren.

Die Streitigkeiten auf dem europäischen Kontinent, zu Anfang des 20. Jahrhunderts, blieben auch für Afghanistan nicht folgenlos. So versuchte Deutschland, dort an Einfluss zu gewinnen und die afghanische Bevölkerung in seinen späteren Krieg mit England einzubeziehen. Die Einflussnahme Deutschlands verebbte nicht mit Ende des Ersten Weltkriegs, sondern wurde sowohl in der Weimarer Republik, als auch natürlich im Dritten Reich aufrecht erhalten, um deutschen Interessen in dieser Region gerecht zu werden. Nach Ende des Zweiten Welt-

kriegs führte die BRD als Nachfolgestaat der deutschen Reiche die Interessenpolitik in Afghanistan fort, zog aber noch vor Beginn der russischen Invasion im Jahr 1979 seine Entwicklungshelfer und Polizisten ab. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen kam Afghanistan auch eine Rolle im Kalten Krieg zu. Es sollte zum russischen Vietnam werden und mit saudischem und amerikanischem Geld und Waffen wurden die Mudjahedin über Pakistan und dessen Geheimdienst ISI unterstützt. Der Iran spielte bei der Unterstützung der Mudjahedin ebenfalls eine sehr gewichtige Rolle, denn es war in seinem sicherheitspolitischen Interesse, die schiitischen Gruppierungen in Afghanistan zu unterstützen und einerseits den saudischen und pakistanischen Einfluss



Symbolisches Bild: Deutschlands Schlüsselrolle in Afghanistan, Foto: Flickr.com

soweit es ging durch eigene Zuwendungen zu relativieren und andererseits die Besetzung des Nachbarlandes durch kommunistische Truppen rückgängig zu machen. Da die Anführer der Mudjahedin, die „Warlords“, untereinander zerstritten waren, versuchte jedes Land, die seinen Zielen am nächsten stehende Partei zu unterstützen. Die in Afghanistan vorkommenden Unterschiede in der religiösen Ausrichtungen des Islams oder auch säkularisierte Bestrebungen, sowie die Unterschiede zwischen der Vielzahl der dort lebenden Ethnien, wurden betont und instrumentalisiert. Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen 1988 und dem

wenig später folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion verbesserte sich die Lage der afghanischen Bevölkerung keineswegs. Denn nach dem Rücktritt der kommunistischen Regierung stritten sich die afghanischen Warlords um die Vormachtstellung in Afghanistan. In ihren Kämpfen wurden sie weiterhin von ausländischen Akteuren unterstützt. Die Vorkommen an Öl und Gas in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion verstärkten das Interesse der externen - der lokalen und der westlichen - Akteure. Um in Afghanistan eine stabile politische Lage vorzufinden und mit dem Abbau der in der Gegend vorkommenden Ressourcen zu beginnen, wurden die Taliban, denen auch Osama Bin Laden nahe stand, unterstützt, die 1994 als eine weitere Partei in diesen Krieg eintraten. Finanziert und materiell unterstützt wurden die Taliban durch den ISI, welcher zu diesem Zweck von den USA unterstützt wurde.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001, begannen die USA und die sich mit ihr solidarierenden Staaten - darunter auch Deutschland - ihren „Krieg gegen den Terror“. Schon am 7. Oktober 2001 starteten amerikanische und britische Streitkräfte mit der Operation Enduring Freedom die Bombardierung Afghanistans. Nach dem Angriff wurde beschlossen, das Land durch die Errichtung verschiedener so genannter Provincial Reconstruction Teams (PRTs) zu verwalten, eine demokratische Regierung zu installieren und es dem ausländischen Kapital durch rechtliche Absicherungen, durch die Besetzung wichtiger Schlüsselpositionen im neuen Staatsgebilde mit loyalen und politisch geschulten Kräften und durch eine militärische

Okkupation des Landes zugänglich zu machen. Ob der afghanischen Bevölkerung unter sich auf Demokratie berufenden Herrschaftsträgern das widerfährt, was ihr Jahrzehnte lang verwehrt blieb, nämlich Unversehrtheit und Freiheit vor Ausbeutung und Gewalt, scheint mehr als fragwürdig. Denn egal mit welcher Ideologie die Herrschaft über die afghanische Bevölkerung gerechtfertigt wurde, stets wurde sie von ihren Machthabern, wie eben auch schon zu Zeiten des Monarchen Amir Abdul Rhaman, ausgebeutet. So wird die so hoch gepriesene „Demokratisierung“ Afghanistans und deren

militärische Absicherung durch die westlichen Besatzungstruppen nicht zuletzt dazu dienen, seine viel geschundene Bevölkerung weiter auszubeuten, da auch das neue System nicht die Interessen der afghanischen Bevölkerung, sondern nur die ihrer Machthaber und deren ausländischer Verbündeter repräsentiert. Denn auch deren Engagement ist nicht dem Wohlergehen der afghanischen Bevölkerung gewidmet, wie sie es so oft propagieren, sondern findet viel mehr zum Zweck seiner Ausbeutung statt. Unter diesem Blickwinkel ist auch Deutschlands Engagement in Afghanistan zu betrachten, das nach 58-jähriger Pause wieder an seine Tradition anknüpft und zur Durchsetzung seiner Interessen im Ausland nun erneut auf militärische Invasion und Okkupation zurückgreift, wie in diesem Beitrag besonders anhand der Rolle der Parteienstiftungen und dem Aufbau des Polizeiwesens gezeigt werden soll.

Deutschland mehr Kontinuität als Wandel

Immer wieder betont die BRD, wie sehr sie sich von ihrem Vorgängerstaat Nazi-Deutschland unterscheidet. Dies mag womöglich für das neu entstandene politische System zutreffen, aber sicher nicht für die Besetzung hochrangiger Ämter, in denen viele ehemalige Nazi-Eliten wieder ihren Platz fanden. Dennoch schafft es die BRD hiermit erfolgreich, die Kontinuitäten früherer und heutiger expansionspolitischer Bestrebungen zu verwischen.

Nach dem „heldenhaften“ Sieg der preußischen Truppen über Frankreich - mit deren Hilfe es den französischen Eliten im Übrigen auch gelang die sozialen Fortschritte der Pariser Kommune äußerst blutig niederzuschlagen - wurde am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles vom damaligen König Wilhelm I. das Deutsche Reich ausgerufen. Daraufhin folgte unter der Führung Kaiser Wilhelms II. der Erste Weltkrieg von 1914-1918 mit fast 10 Millionen Todesopfern und ca. 20 Millionen Verwundeten, dann die Weimarer Republik, die sowohl in ihren innenpolitischen Zielen, was an der blutigen Niederschlagung der Münchner Räterepublik zu sehen ist, als auch in ihren außenpolitischen Zielen, besonders was die deutschen Interessen in Afghanistan betrifft, kaum von ihrem repressiven und imperialistischen Kurs abwich. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik wurde Deutschland weiterhin von den Interessen deutscher Groß- und Rüstungsunternehmen geleitet, diesmal unter der Vorherrschaft der Nationalsozialisten, durch die

mit dem Überfall auf Polen auch der Zweite Weltkrieg eingeleitet wurde. Nach der Gründung der BRD wurde eine neue Verfassung - das Grundgesetz - ausgearbeitet und einen Parteienstaat installiert, dessen vorrangigste Aufgabe es zu sein scheint, den Machtkampf der Parteien um die Führungsposition zu befriedigen und die innenpolitische Macht der Führungsriege gegenüber dem Volk zu sichern. Jüngste Entwicklungen wie die Einführung des Lauschangriffs und der Videoüberwachung öffentlicher Räume, das Anlegen einer Datenbank für genetische Fingerabdrücke, der Erlass von Sicherheitsgesetzen im Zuge des Kriegs gegen den Terror, „der Wandel des BGS von der paramilitärischen Organisation hin zu einer omnipräsenten Polizeitruppe“¹ - der Bundespolizei, bis hin zur Forderung, die Bundeswehr im Inland einzusetzen, machen dies deutlich. Außenpolitisch haben sich die Interessen nur marginal geändert, die Rahmenbedingungen enorm. Die diplomatischen und wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten haben sich durch den Trend zur „Demokratisierung“ anderer Staaten von außen bzw. das vorangehende „nationbuilding“ und die Schaffung neuer Absatzmärkte für den Kapitalismus erheblich verbessert. Die Besetzung anderer Länder stellt für deutsche Truppen seit sie im Rahmen der UNO, der NATO und seit neuestem auch der EU agieren, *bislang* weit weniger Probleme dar, als etwa vor 60 oder 90 Jahren.

Die folgende Arbeit setzt sich mit dieser Kontinuität deutscher Außenpolitik auseinander und versucht dies anhand der deutschen Bemühungen, in Afghanistan an Einfluss zu gewinnen, darzustellen. Selbstverständlich haben sich die Anreize für Deutschland seit den Bemühungen Kaiser Wilhelms II. in gewisser Hinsicht geändert. So sind es nicht mehr die Engländer in British India, die es zu bekämpfen gilt, heute sind es, neben der geostrategischen Lage Afghanistans, sicherlich auch die Rohstoffe der zentralasiatischen Region, die ausschlaggebend für Deutschlands Engagement in dieser Region sind. Darüber hinaus dürften zwei Resolutionen des US-Senats aus dem Jahre 1994, in denen es heißt, eine deutsche Beteiligung an UN-Einsätzen aller Art sei die Bedingung für eine amerikanische Unterstützung eines ständigen Sitzes Deutschlands im Sicherheitsrat, eine gewichtige Rolle bei der militärischen Besetzung Afghanistans spielen.² Weiterhin interessant für Deutschland dürfte allerdings auch der Versuch sein, Afghanistan für den Kapitalismus dingbar zu machen und somit

möglichst vielen deutschen Firmen einen „Platz an der Sonne“ zu bieten, womit ihnen darüber hinaus auch ein sicherer Sitz in der Nähe, für Europa wichtiger, Öl- und Gasvorkommen und deren Pipelines garantiert wird. Die Intensität der deutschen Einflussnahme auf Afghanistan hat sich keineswegs verringert und gipfelt heute in der militärischen Besetzung des Landes durch die Stationierung deutscher ISAF-Truppen in Afghanistans Norden.

Neben der militärischen Besetzung Afghanistans versucht Deutschland auf unterschiedlichsten Ebenen seinen Einfluss in Afghanistan zu manifestieren, was nicht zuletzt dann deutlich wird, wenn man sich die Vielzahl deutscher Institutionen in Afghanistan und in Deutschland betrachtet die einen wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Einfluss auf Afghanistan ausüben. All diese Organisationen haben gemeinsam, dass sie bei der Neugestaltung Afghanistans versuchen, sich ein möglichst großes Stück an Einfluss zu sichern, um auch in Zukunft ihre und die Interessen des deutschen Staats umsetzen zu können - denn die internationale Konkurrenz in Afghanistan war schon immer sehr groß.

Diese Institutionen reichen von Bildungs- und Kulturinstitutionen wie der Amani-Oberrealschule Kabul, der Aishai-Durani-Schule Kabul, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), dem Goethe Institut Kabul und der Deutschen Welle in Afghanistan (DW), über Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit wie dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), sowie dem Bundesministerium für Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und seinem ausführenden Organ, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), bis hin zu den Parteienstiftungen: Hier sind zu nennen die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS), die Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) und die Hans-Seidel-Stiftung (HSS). Ferner mischen auch das Auswärtige Amt (AA) und die deutsche Polizei, die dem Bundesministerium des Inneren (BMI) untersteht, kräftig in Afghanistan mit. Letztlich spielt natürlich noch das deutsche ISAF-Kontingente eine zentrale Rolle³ - das Kommando Spezialkräfte (KSK), das vorwiegend im Süden des Landes aktiv am Enduring Freedom (EF) Einsatz und somit an der Kriegsführung gegen die Taliban und Truppen Hekmatyars beteiligt war, wurde vor wenigen Monaten wieder abgezogen.

Die Parteienstiftungen

Die Parteienstiftungen stellen eine Besonderheit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) dar. Während die GTZ ihre Aufträge vom BMZ erhält und nicht selbstständig agieren darf, haben die Parteienstiftungen über die ganze Welt verteilt Länderbüros eingerichtet, von wo aus sie ihre jeweilige Arbeit in der Region betreiben. Im Unterschied zum BMZ und dem DED, welche in ihrer Arbeit jeweils an die Vorgaben des AAs gebunden sind, steht es den Parteienstiftungen relativ frei, sich ihr Betätigungsfeld auszusuchen. Sie werden vom AA und der Regierung nicht daran gehindert politische Arbeit in Ländern zu verrichten, die aufgrund ihrer Klassifizierung mit den Förderungsrichtlinien des AAs kollidieren und somit nicht zu den offiziellen Nehmerländern gehören. Die Parteienstiftungen sind also nicht weisungsgebunden und unterstehen in ihrem Wirkungsfeld lediglich ihren eigenen Richtlinien und Interessen. Der enorme Vorteil, der sich daraus für das deutsche EZ-System ergibt, besteht darin, dass Parteienstiftungen in den jeweiligen Ländern nicht als staatliche Vertreter auftreten, aber durchaus staatliche Interessen wahrnehmen können.

Finanziert werden die parteinahen Stiftungen überwiegend aus Mitteln des Bundes und der Länder (KAS zu 97,3%), sowie aus öffentlichen Zuwendungen, die zur Projektfinanzierung (KAS zu 2,3%) dienen und zum Teil aus Mitteln des AA, des BMI und des BMZ bestritten werden. Die privaten Einnahmen (Fondserträge und Spenden) sind relativ gering (KAS zu 0,4%). Aus rechtlichen Gründen sind die parteinahen Stiftungen strikt von den Parteien getrennt, stehen ihnen aber ideologisch sehr nahe. So homogen die deutsche Parteienlandschaft mit den zwei großen Volksparteien auch erscheinen mag, so nützlich ist es für die Parteienstiftungen, bei ihrer EZ sich auf gewisse Eigenheiten im Programm der Parteienstiftungen zu berufen, um mit lokalen Gruppen zusammenarbeiten zu können. Während die KAS eher Kontakte zu christlichen Gruppierungen unterhält (Palästina), versucht die FES eher mit gewerkschaftsnahen und säkularisierten Gruppen zusammenzuarbeiten. Allgemein kann aber gesagt werden, dass es das vorrangigste Anliegen aller Parteienstiftungen ist, an der Staatenbildung und der „Demokratisierung“, sowie beim Export deutscher Wert- und nicht selten auch Kulturvorstellungen mitzuwirken, Nehmerländer indirekt und direkt kapitalismusfähig zu gestalten und ihren eigenen Einfluss in der dortigen Region

auszubauen und zu festigen. So scheinen die Parteienstiftungen in ihrem Eifer vom Wahlspruch geprägt zu sein: „was gut für Deutschland ist, ist auch gut für die Welt“.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Afghanistan

Die KAS steht der CDU nahe und unterhält seit 2002 ein Länderbüro in Kabul. Zu ihren politischen Zielen in Afghanistan heißt es auf ihrer Homepage: „Die Konrad Adenauer Stiftung ist eine politische Stiftung der Bundesrepublik Deutschland, die mit ihren Programmen und Projekten einen aktiven und wirksamen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit und Verständigung leistet. Mit ihrer Arbeit in Afghanistan will die Konrad-Adenauer-Stiftung einen langfristigen Beitrag zum Friedensprozess und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates leisten und die Entwicklung einer sozialen und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft unterstützen.“⁴ Die KAS leistete in den Jahren 2002 und 2003 beratende Unterstützung bei der Ausarbeitung der afghanischen Verfassung und konnte so maßgeblichen Einfluss auf die Anpassung Afghanistans ans westliche Rechts- und Wirtschaftssystem nehmen. Ihre Zusammenarbeit mit dem National Center for Policy Research umfasst drei Themengebiete: (1) Staatsbildung, Entwicklung eines demokratischen Rechtsstaates; (2) Wirtschaft; und (3) Gesellschaft und Friedensprozess. Punkt (1) umfasst Aufgabenschwerpunkte wie „Akzeptanz und Entwicklung von Demokratie in Afghanistan“, „Wahlen und Wahlsysteme“ und „Entwicklung des Rechtsstaates“, so wie andere. Punkt (2) sieht vor, soziale Marktwirtschaft als Wegbereiter für den „Wiederaufbau“ der Wirtschaft in Afghanistan zu etablieren, Einfluss auf die künftige Fiskalpolitik zu nehmen, sowie die Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen im Rahmen der Planung des wirtschaftlichen „Wiederaufbaus“ zu berücksichtigen. Unter Punkt (3) will die KAS die Rolle



Deutschlands Chancen nutzen - die CDU weiss worauf es ankommt, Foto: Flickr

der Frauen in der EZ berücksichtigen. Weiterhin macht sie unter diesem Punkt eine Entwaffnung der Milizen zur Ausgangsbedingung für Frieden.

Zur Demokratiehilfe und den Marktöffnungsversuchen der KAS ist zu bemerken, dass demokratische Elemente der afghanischen Gesellschaft, so wie die Loya Djirga und die traditionelle Vertretung der Bevölkerung im Kleinen, durch eine solche „Demokratisierung“ und durch die Einführung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems seitens des Westens untergraben, marginalisiert und nicht zuletzt verdrängt werden. Auch muss bedacht werden, dass die politische Elite in Kabul nur begrenzten Einfluss auf die Provinzen hat, was in einem demokratischen Verständnis, in dem es auch um die Teilung der Macht geht, durchaus der Zentralisierung der Macht vorzuziehen ist. Die Wahl politischer Abgeordneter und Parteien scheint zwar auf den ersten Blick der Bevölkerung gewisse Freiheiten einzuräumen, allerdings liegt es auch im Wesen politischer Parteien, sich dahingehend zu wandeln (wenn sie nicht schon in diesem Verständnis zur Wahl angetreten sind), in einem politischen Machtkampf um den Führungsanspruch zu versinken und die Interessenvertretung der Bevölkerung zu vergessen. Die Entwicklung des Rechtsstaates ist für den deutschen Einfluss von besonderer Bedeutung, denn durch ihn kann die afghanische Bevölkerung an ihre Pflichten erinnert werden, bei Verletzung derselben sanktioniert werden und natürlich regelt der Rechtsstaat, wie auch in Deutschland, stets das Verhältnis von Herrschenden und Beherrschten. Des weiteren garantiert die Existenz eines Rechtsstaates stets gewisse Sicherheiten, wenn nicht sogar rechtlich abgesicherte Vorteile sowohl für inländische, als auch für ausländische Kapitalunternehmen. Als ein gravierendes Beispiel sei an dieser Stelle auf den Erlass eines Bankengesetzes der Karzai-Regierung vom 24.9.2003 hingewiesen, das es ausländischen Investoren erlaubt, 100% Eigentum an inländischen Banken zu besitzen. Der Versuch der Errichtung einer sozialen Marktwirtschaft in Afghanistan und deren rechtliche Verankerung heißt also am Ende nichts anderes, als der afghanischen Bevölkerung einen Kapitalismus aufzuzukroyieren und ihr ein Korsett anzulegen, ohne ihr jemals die freie Entscheidung gelassen zu haben, in welcher Art Wirtschaftssystem sie leben möchte.

Bei der Umsetzung ihrer politischen Ziele in Afghanistan setzt die KAS auch auf ihre Arbeit im Medienbereich - in

Form der Zusammenarbeit mit der nationalen afghanischen Medienanstalt RTA, über diese sie Zugang zu einer breiteren Bevölkerungsschicht erlangt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Afghanistan

Die FES steht der SPD nahe. Ihre erklärten Ziele sind es, „Demokratie und Entwicklung weltweit [zu] fördern, zu Frieden und Sicherheit bei[zu]tragen, die Globalisierung solidarisch [zu] gestalten und die Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union [zu] unterstützen.“⁵ Zu diesem Zweck unterhält die FES 88 Länderbüros in sechs Weltregionen. „Über Projekte in mehr als 100 Ländern begleitet die Stiftung aktiv den Aufbau und die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher und staatlicher Strukturen zur Förderung von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, starker und freier Gewerkschaften sowie das Eintreten für Menschenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter.“ Auch in Afghanistan ist die FES mit missionarischem Eifer aktiv, wo sie, wie viele andere Helferinnen und Helfer, ein Büro in Kabul unterhält.

Dass die FES nicht danach fragt, ob und wie stark die zu missionierenden Länder in den Prozess der Globalisierung eingebunden werden wollen, versteht sich schon beinahe von selbst. Auch beruft sich die FES bei der Umsetzung ihrer Ziele auf Wertvorstellungen, deren Wurzeln nicht zuletzt in der europäischen Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts, sowie in einer darauf aufbauenden, vom Kapitalismus geprägten Moderne (Produktion) und Postmoderne (Ausfunktionalisierung der

Gesellschaft und Schaffung neuer Absatzmärkte für kapitalistische Unternehmen) der westlichen Welt, und in diesem Fall speziell Deutschlands, verankert sind. Mit dem Bestreben solche Wertvorstellungen nach Afghanistan zu exportieren und diese dort durch die Rekrutierung und Unterstützung lokaler Akteure zu implementieren, versucht die FES zum einen, durch die Anpassung Afghanistans an deutsche Wert-, Rechts-, Politik- und Wirtschaftsvorstellungen den deutschen Einfluss auf dieses Land zu sichern. Zum anderen versucht sie durch ihre Zusammenarbeit mit den von ihr unterstützten Akteuren, ihren persönlichen Einfluss in diesem Land auf lange Zeit zu sichern.

Die FES unterteilt ihre Arbeit in Afghanistan in sechs Arbeitsbereiche: (1) Die Rekrutierung einer politischen Elite innerhalb der afghanischen Jugend - Young Leaders' Forum (YLF); (2) Frauen und Politik - Women and Politics; (3) Die Unterstützung und Bildung demokratischer Reformgruppen - Democratic Reform Groups; (4) Die Heranbildung einer vielfältigen und selbstbewussten Zivilgesellschaft - Civil Society; (5) Die Gewerkschaften - Trade Unions; (6) Staatsbürgerliche Erziehung - Civic Education.

Young Leaders' Forum (YLF)⁶

Ziel des YLF-Projekts ist es, außergewöhnliche Jugendliche darauf vorzubereiten, durch die Schulung von Führungsqualitäten, am Prozess des *nation building* ihres Landes mitzuwirken. Die Jugendlichen nehmen an regelmäßigen wöchentlichen Treffen teil, um

in den Bereichen Management, Mitarbeiterführung (leadership) und Journalismus ausgebildet zu werden. Zur Zeit besteht das YLF aus 28 Jugendlichen. Wie bei den von Deutschland finanzierten Schulen, der Amani-Oberrealschule in Kabul und der Aisha-i-Durani-Schule in Kabul, in denen ab Klasse vier Deutsch als erste Fremdsprache unterrichtet wird und in denen ab der Sekundarstufe Deutsch Unterrichtssprache für naturwissenschaftliche Fächer sein wird, hat auch das YLF-Projekt zum Ziel eine zukünftige Elite heranzubilden, die deutsche Interessen in Afghanistan vertreten wird.⁷

Women and Politics⁸

Mit der Verabschiedung der afghanischen Verfassung durch die Constitutionnal Loya Jirga im Dezember 2003, wurde eine Frauenquote von 25% für das afghanische Parlament festgelegt. Da nur sehr wenige Frauen (wie auch sehr wenige Männer) Erfahrungen im Bereich der „politischen Arbeit“ (formellen Politik) aufweisen und oftmals ein enormes Wissensdefizit im Bereich politischer Institutionen vorherrscht, hat es sich die FES zum Ziel gesetzt, Frauen in den Bereichen Wahlkampagnenstrategien, Führungsqualitäten, politischer Parteilarbeit und Frauenrechte zu schulen.

Durch die Unterstützung und pol. Bildung der in der öffentlichen Politik aktiven Frauen ist die FES also in der Lage, indirekten Einfluss im afghanischen Parlament und in der afghanischen Regierung auszuüben. Durch eine Forderung der Gleichstellung der Frauen, nach in der westlichen Emanzipation verankerten Mustern, benutzt die FES afghanische Frauen als politisches Instrument, versucht einen Entwicklungsprozess nach westlichem Vorbild zu gestalten und macht die Frauen dabei wieder zum Spielball der machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land: „Historisch wie aktuell fungiert die Frauenfrage in Afghanistan nicht nur als Medium und Instrument für Staatsbildungsbemühungen und antistaatliche Resistenzen, sondern auch als bevorzugte Anschlussstelle für internationale Einflussnahmen.“⁹

Stadt und Land und die Rolle der Frauen als Spielball politischer Mächte

Die etwa 2000 Jahre alte Stadt Kabul wurde 1776 zur Hauptstadt Afghanistans. „Seitdem ist die Stadt das Hauptziel der Angriffe inländischer Machthaber und ausländischer Eroberer gewesen. Ausgehend von der Mentalität der asiatischen Despotie, dass, wer das Zentrum



Sitz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Foto: Wikipedia

der Macht unter seine Kontrolle bringt, im ganzen Land herrscht, haben in den letzten 250 Jahren despotische Könige, verwöhnte Prinzen und machtbesessene Fürsten Kabul brutal angegriffen, das Machtzentrum eingenommen, es gegen andere verteidigt und schließlich wieder aufgegeben.“¹⁰ Der politische Machtkampf des Zentrums gegen die Peripherie spielte beim Putsch der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) 1978, der Besetzung Kabuls durch provinzielle islamistische Gruppen 1992 und dem Versuch westlicher Länder, Afghanistan von Kabul aus eine westliche Demokratie aufzuzukroyieren, eine bedeutende Rolle.

Gerade der Rolle der Frauen kommt eine Schlüsselfunktion in diesen machtpolitischen Auseinandersetzungen zu und der Versuch verschiedener Gruppen (DVPA, Taliban, westliche Besatzer), sie zu instrumentalisieren spiegelt sich in diesem Machtkampf wider. Konkurrenten in der heutigen Auseinandersetzung sind die um nation-building bemühte Regierung und die tribalen religiösen Gemeinschaften der Peripherie. „Mit der Zentralisierung des Rechts und einer einheitlichen Reglementierung der Geschlechterverhältnisse versucht der Staat in Bereiche einzugreifen, die zuvor der ausschließlichen Kontrolle durch die primären Gemeinschaften unterworfen waren, und so seinen hegemonialen Machtanspruch durchzusetzen. Für die primären Solidargemeinschaften hingegen vermag die Kontrolle über ‚ihre‘ Frauen, die Identität und Integrität der Gemeinschaften symbolisieren, zum zentralen Ausdruck des Widerstandes gegenüber einem als ‚fremd‘ und autoritär wahrgenommenen Staat zu werden.“¹¹ Durch ihre Bemühungen zur Gleichstellung der Geschlechter in Afghanistan nimmt die FES erheblichen Einfluss auf diesen Machtkampf und macht nicht zuletzt die afghanischen Frauen zum Spielball desselbigen. Zum einen ignoriert die FES den Einfluss afghanischer Frauen innerhalb tribaler und religiöser Gemeinschaften, also dem nicht öffentlichen Leben, denn für sie kann Gleichstellung nur in einer nach westlichem Muster ausfunktionalisierten Gesellschaft stattfinden. Zum anderen trägt die FES, durch den Versuch solche Strukturen aufzubrechen dazu bei, dörfliche Gemeinschaften zu zerstören, über kurz oder lang einen neuen Pool an Arbeitskräften für den Billiglohnsektor zu schaffen und die Frauen ihrer bisherigen Rechte in den dörflichen und religiösen Gemeinschaften zu berauben.

Mag ein Zuspruch an politischen Frei-

heiten für die Frauen der Kabuler Oberschicht von Vorteil sein, so stellt sich dennoch die Frage, was einem Großteil der afghanischen Frauen das Recht nutzt, ein öffentliches politisches Amt zu begleiten. Zumal viele gar nicht den Anspruch darauf erheben und nur ein Bruchteil der afghanischen Frauen dieses Recht in Anspruch nehmen kann. Weiterhin stellt sich die Frage, was es ihnen nützt bei demokratischen Wahlen für ein Partei¹² zu stimmen, wenn sie dafür jegliche Einflussmöglichkeiten (informelle Politik) in ihrer bisherigen Gesellschaftsordnung aufgeben müssen, da diese Art der Gesellschaftsordnung nicht mehr kapitalismus- und nach westlichem Muster auch nicht demokratiefähig ist. Eine Gleichstellung der afghanischen Frauen wird es zwar in Bezug auf formal rechtliche Aspekte einer Demokratie geben, wenn Frau und Mann gleichberechtigt für eine Partei ihrer Wahl stimmen können, ökonomisch wird diese Gleichstellung aber ebenso wenig wie in Deutschland stattfinden und ein Zurück zu den alten Einflussmöglichkeiten wird für die afghanischen Frauen nicht mehr möglich sein.

Die Sicherung deutscher Interessen durch deutsche Polizisten¹³

Während Deutschland bei der Errichtung einer repräsentativen Parteiendemokratie und der Errichtung eines kapitalistischen Wirtschaftssystems in Afghanistan federführend mitwirkt, wäre es aus Sicht der deutschen Eliten grob fahrlässig, bei der Absicherung dieser neu installierten Systeme nicht auch maßgeblich beteiligt zu sein - zumal Deutschland in der Geschichte seines Engagements in Afghanistan auf eine lange Tradition bei

der Herausbildung und Unterstützung des dortigen Polizeiwesens zurück blicken kann. Weil es in Afghanistan zu Anfang des letzten Jahrhunderts keine Ausbildungsstätte für Polizisten gab, wurde eine solche Mitte der 30er Jahre mit deutscher Hilfe errichtet.

So gibt auch das BMI an, dass die deutsch-afghanische Kooperation im Polizeiwesen an eine lange Tradition anknüpfe, denn deutsche Polizeioffiziere seien schon in den 50er, 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts in Afghanistan aktiv gewesen. Dies ist zwar nicht falsch, betrachtet man aber die BRD als Nachfolgestaat sowohl des Wilhelminischen Reiches, der Weimarer Republik als auch des Dritten Reiches, so muss der Zeitraum für die ersten deutschen militärischen Bemühungen in Afghanistan auf das Jahr 1903 zurückdatiert werden. In diesem Jahr lieferte Deutschland 12 Gebirgs-Schnellfeuergeschütze, 18 Feldgeschütze und 2 Haubitzen mit Munition nach Afghanistan. Am 30. September 1915 erreichte eine deutsche Militärexpedition, unter der politischen Leitung von Werner Otto von Hentig und unter der militärischen Leitung von Oberstleutnant Oskar von Niedermayer, Kabul.¹⁴ Diese hatte zum Ziel, eine Revolution in dem von den Engländern besetzten Indien anzuzetteln, sollten diese als Gegner Deutschlands im Ersten Weltkrieg auftreten. „Am 21. April 1924 trafen insgesamt 41 deutsche Offiziere in Kabul ein. Sie wurden als Berater und Ausbilder in der Militärakademie sowie als Piloten und Techniker in der Luftwaffe eingesetzt.“¹⁵ Als es 1924 zu einem Aufstand kam, flog der deutsche Pilot Dr. Weiss auf Ersuchen des damaligen Königs Amanullah mehrere Male in das



Neue Eliten in Afghanistan, Foto: Flickr



Polizistinnen auf einer Veranstaltung in Kabul, Foto: Flickr.com

Aufstandsgebiet und warf dort Bomben ab. „Vor dem Zweiten Weltkrieg übten deutsche pensionierte Heeresoffiziere eine Lehrtätigkeit an der afghanischen Kriegsakademie aus. Ebenfalls in dieser Zeit wurden faschistische Polizeioffiziere nach Afghanistan gesandt.¹⁶ An diese Tradition knüpfte die BRD an, indem sie von 1957 bis Ende der 70er Jahre finanzielle Unterstützung für das afghanische Polizeiwesen leistete, Afghanistan mit Waffen und Ausrüstung versorgte (1976/77 im Wert von 2 Mi. DM), dort deutsche Polizisten und Polizeioffiziere zur Ausbildung unterhielt und für afghanische Polizisten Schulungen in Deutschland abhielt.

Der gegenwärtige deutsche Polizeieinsatz als Anknüpfung an eine alte Tradition

Zu Beginn des Jahres 2002 hat die Bundesrepublik Deutschland die internationale Führungsrolle für den Wiederaufbau der afghanischen Polizei übernommen. Seit April 2002 existiert in Kabul ein deutsches Projektbüro, in dem 36 Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen aus Bund (BKA und ehemals BGS) und Ländern tätig sind. Im Jahr 2004 errichtete die BRD zwei Außenstellen des Projektbüros in Kunduz und Herat, am 28.2. 2005 errichtete sie eine weitere Außenstelle in Feyzabad. Diese werden durch eine Projektgruppe im BMI unterstützt.

Diese Möglichkeit der Einflussnahme seitens des BMI basiert auf einem Sitz- und Statusabkommen vom 15. März 2002, das die Ausbildungs- und Ausrüstungshilfe der BRD in Afghanistan regelt. Für die Jahre 2002 und 2003 lies sich die deutsche Bundesregierung ihre Einflussnahme auf das afghanische Polizeiwesen insgesamt 24 Mio. € kosten. Am 19. Mai 2004 lies das BMI verlautbaren: „Deutschland wird, wie bereits in den vergangenen Jahren, einen erheblichen Beitrag zum Wiederaufbau der afghanischen Polizei leisten und in den nächsten vier

Jahren knapp 60 Millionen US\$ bereitstellen.“¹⁷ Als Aufgabenschwerpunkte der deutschen Polizei nennt das BMI die Beratung der afghanischen Sicherheitsbehörden, die Schulung und Ausbildung afghanischer Polizeirekrutinnen und -rekruten in den Bereichen, Drogen- und Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherung sowie die Umsetzung der bilateralen polizeilichen Ausstattungshilfe.

Zentral für die Aus- und Heranbildung des Polizeinachwuchses, also den Aufbau des Polizeiwesens, ist die Entsendung von Ausbildungsberatern an die Polizeiakademie nach Kabul. Der Wiederaufbau der Akademie wurde mithilfe des Technischen Hilfswerks vollzogen und aus Mitteln des Stabilitätspakts Afghanistan von der rot-grünen Bundesregierung finanziert. Die dortigen Ausbildungsberater unterstehen in ihrer Funktion als deutsche Polizisten dem BMI. Vorrangig werden an der Akademie, wie auch Mitte der 30er Jahre des vorherigen Jahrhunderts, viele der Polizisten aus den ehemaligen Streitkräften heranrekrutiert und auf ihre Arbeit vorbereitet. Von Anfang 2002 bis Januar 2004 durchliefen dort 2.000 Rekruten eine Ausbildung, weitere 1.500 pro Jahr sind geplant.

Großzügig wurde Afghanistan auf einer internationalen Konferenz im Februar 2002 die Entsendung von 40 Kraftfahrzeugen zur Unterstützung der dortigen Polizeikräfte zugesagt. Zur Einweisung in deren Benutzung, Instandhaltung und Wartung, wurden im März 2002 weitere Bundesbeamte, diesmal Beamte des BGS, nach Afghanistan entsandt. Im Oktober 2003 lieferte die Bundesregierung weitere 83 Polizeifahrzeuge im Wert von rund drei Millionen Euro. Laut Informationen der Homepage des BMI wurden bislang 800 Kfz nach Afghanistan geliefert.¹⁸

Die Akzeptanz der von Deutschland ausgebildeten Polizei in der Bevölkerung scheint allerdings sehr gering zu sein, was nicht zuletzt durch immer wieder auftre-

tende Proteste gegen Polizei und Polizeistationen deutlich wird.

Deutsche strömen nach Afghanistan, aber für Afghanen ist kein Platz in Deutschland

Am 28. Januar 2004 empfing der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily seinen damaligen afghanischen Kollegen Ali Ahmad Jalali zu einem Gespräch in Deutschland. Dessen Schwerpunkt war neben dem Aufbau der afghanischen Polizei und der Rauschgift- und Terrorismusbekämpfung auch die Rückführung afghanischer Flüchtlinge. Auf der Homepage des BMI heißt es: „Für die in Deutschland lebenden *ausreisepflichtigen* afghanischen Staatsangehörigen haben Bund und Länder ein Rückführungskonzept erarbeitet. Abhängig von der Sicherheitslage vor Ort sowie von aufenthaltsrechtlichen Kriterien soll möglichst noch in diesem Frühjahr mit der Rückführung begonnen werden. Freiwillige Rückkehrer werden mit deutschen und europäischen Rückkehrprogrammen unterstützt.“¹⁹ Schily bat Afghanistan um konstruktive Zusammenarbeit bei der Rückführung und Karzai betonte bei seinem Deutschland-Besuch, dass eben diese Menschen wertvolle Dienste beim Wiederaufbau Afghanistans leisten könnten. „Der deutsche und der afghanische Innenminister waren sich bei ihrem Gespräch darüber einig, dass Bürgerkriegsflüchtlinge stets nur auf die Zeit Zuflucht erhalten sollen, für die in ihrer Heimat eine Gefahrenlage besteht.“²⁰ Sollte die Gefahrenlage in Afghanistan ausschlaggebend für die Ausweisung afghanischer Flüchtlinge sein, so müsste ihnen aber ein unbegrenztes Bleiberecht in Deutschland gewährt werden. Nicht zuletzt deswegen weil der „Krieg gegen den Terror“ für die „westliche Allianz“ immer noch auf externem Territorium stattfindet und Übergriffe der Taliban und US-Luftangriffe, zwei Jahre nach Schilys Vereinbarung mit Jalali, in Afghanistan immer noch zivile Opfer, so genannte „Kollateralschäden“ fordern.

Die schwersten Gefechte im Süden Afghanistans, seit dem Sturz der Taliban, bei denen in der zweiten Maihälfte mehr als 350 Menschen ums Leben kamen, sowie Anschläge im Norden und die von mehreren hundert Taliban gestürmte Polizeikaserne in der südafghanischen Stadt Chora deuten nicht daraufhin, dass die Lage in Afghanistan ruhig und friedlich ist. Selbst die Hauptstadt Afghanistans, Kabul - Sitz vieler internationaler NGOs -, das immer wieder repräsentativ für die

Lage in Afghanistan herangezogen wird, ist von massiven Unruhen betroffen. Die nach einem Unfall eines US-Militärkonvois ausgelösten Schüsse führten zu Ausschreitungen und Protesten in Form von Demonstrationen, Sachbeschädigungen, Plünderungen und Brandstiftungen - auch in Büros internationaler Hilfsorganisationen sowie zu Schießereien. Diese Proteste hatten zur Folge, dass in Kabul Panzer aufführen und die Regierung Karzais eine Ausgangssperre von 22 bis vier Uhr morgens über Kabul verhängte. ISAF-Truppen wurden angewiesen sich im Hintergrund des afghanischen Militärs und der afghanischen Polizei zu halten, um die Bevölkerung nicht unnötig zu provozieren (siehe Kasten).

Trotz dieser prekären Sicherheitslage gab es im Mai letzten Jahres alleine in Hamburg 3000 „ausreisepflichtige“ Afghaninnen und Afghanen von denen 2000 Asyl beantragt hatten. Allerdings ging man davon aus, dass diese kein Asyl erhalten. „Humanitär mag die Lage vor Ort schwierig sein. Die Sicherheitslage ist jedoch so, dass abgeschoben werden kann“, so Innensenator Udo Nagel.²¹

„Afghanistan steht eine große Zukunft bevor:

reich an Bodenschätzen und Naturprodukten, ruft das Land nach Industrialisierung. Dieser Prozeß hat inzwischen begonnen. Erfahrungsgemäß wirkt er sich auf die Menschen aus, nicht immer in günstigem Sinne. Einer solchen Entwicklung kann nur eine bestens geschulte Polizeiführung Herr bleiben.“²² Wohl kaum ein anderes Zitat als dieses aus dem Jahre 1957 könnte die immer noch anhaltende

deutsche Interessenpolitik in Afghanistan und ihr Engagement beim Aufbau der afghanischen Polizei besser beschreiben.

Während in Afghanistan unter dem Deckmantel der „Demokratisierung“ eine westliche Interessenvertretung installiert wird, an der nicht nur die KAS und die FES beteiligt sind, ist es von Nöten, die neu gewonnenen Einflussinstrumente zu sichern, was in guter deutscher traditioneller Manier durch den Aufbau des afghanischen Polizeiwesens versucht wird. Durch die Installation einer „Demokratie“ in Afghanistan wird gerade von den Geburtshelfern dieser neuen „Demokratie“ die afghanische Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen fern gehalten und der afghanische Markt für die Großunternehmen der westlichen Industrieländer geöffnet. Sicher wird es schwierig werden sich dieses Korsetts zu entledigen, gerade weil die zentrale Aufgabe afghanische Polizei, die unter deutscher Anleitung aufgebaut wird und insbesondere auch der militärischen Besetzung des Landes, bei der Deutschland mit bis zu 2850 Soldaten das größte ISAF-Truppenkontingent stellt, den Aufbau eines westlichen Interessen dienenden Staatsgebildes militärisch abzusichern. Die wachsenden Konflikte zwischen Besatzern und Bevölkerung zeigen aber, dass die Mehrheit der Afghanen nicht gewillt ist, dies kampflos hinzunehmen.

Anmerkungen:

¹ Harder, Martina: Polizeisoldaten. Die Erweiterung des Einsatzspektrums des Bundesgrenzschutz. IMI-Magazin Ausdruck Dez. 2005

² Cremer, Uli: Deutschland eine Vetomacht: Vor einem Sitz im Sicherheitsrat oder Reali-

tätsverlust rot-grüner Außenpolitik.

³ http://www.kabul.diplo.de/de/Deutsche_Institutionen_in_Afghanistan_Seite.html

⁴ Länderb. Afghanistan in: <http://www.kas.de/>

⁵ <http://www.fes.org.af/index.html>

⁶ <http://www.fes.org.af/YLF.html>

⁷ <http://www.afghan-aid.de/durani>

⁸ <http://www.fes.org.af/womenpolicies.html>

⁹ Kreile, Renate: Befreiung durch Krieg? Frauenrechte in Afghanistan zwischen Weltordnungspolitik und Identitätspolitik. S. 104

¹⁰ Samimy, Said Musa: Afghanistan - Tragödie ohne Ende? S. 123

¹¹ Kreile, Renate, S. 105f.

¹² „Die Pluralität der Parteien funktioniert als Sicherung und Absicherung nur, wenn die Parteien keine Umschlagstelle des gesellschaftlichen Kampfes mehr sind - selbst auf der Distributionsebene nicht.“ In: Agnoli, Johannes. Die Transformation der Demokratie.

¹³ Polizeiliche Aufbauhilfe in Afghanistan in: <http://www.bmi.bund.de/>

¹⁴ Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1978. S. 8-19

¹⁵ Ebenda, S. 525

¹⁶ Ebenda, S. 526

¹⁷ Innere Sicherheit in Afghanistan unter deutscher Führung weiter stabilisieren in: <http://www.bmi.bund.de/>

¹⁸ Polizeiliche Aufbauhilfe in Afghanistan. In: <http://www.bmi.bund.de/>

¹⁹ Schily: Aufbau der afghanischen Polizei wichtig für Sicherheit weltweit. In : [http://www.bmi.bund.de/\(28.1.04\)](http://www.bmi.bund.de/(28.1.04)).

²⁰ Schily: Aufbau der afghanischen Polizei wichtig für Sicherheit weltweit, BMI, 28.01.2004.

²¹ Abschiebung afghanischer Flüchtlinge beginnt Mittwoch in: www.welt.de

²² Karl-Heinz Henkel, Der König Saher schickte sie, in: Der Tag, Berlin/West, vom 12.1.1957. Zitat in: Baraki, Matin: Die Beziehungen zwischen Afghanistan und der Bundesrepublik Deutschland 1945-78.

Afghanistan steht vor einem „blutigen Sommer“

Angesichts der Forderung der Friedensbewegung, die Besetzung Afghanistans sofort zu beenden und die deutschen Truppen abzuziehen, da diese keinerlei konstruktiven Beitrag spielen würden, ging der Verteidigungsexperte und sicherheitspolitische Sprecher der Grünen, Winfried Nachtwei, mit einer scharfen Anklage in die Offensive: „Völlig negiert wird, dass die Stabilisierung und Friedensförderung in Afghanistan von den Vereinten Nationen mandatiert und unterstützt wird und dass sich ein nicht unwichtiges VN-Mitglied wie die Bundesrepublik nicht einfach einseitig aus diesem Prozess verabschieden kann. Die Friedensverbände fordern das aber - und reden damit einer anderen Art von destruktivem Unilateralismus das Wort, ausdrücklich nichtmilitärisch, aber indi-

rekt gewaltfördernd.“ Die Realität vor Ort zeigt dabei eindeutig, welche Position der Wahrheit entspricht.

Der US-Botschafter in Kabul, Ronald Neumann, prophezeit bereits einen „blutigen Sommer“, der sich schon jetzt durch vermehrte Anschläge ankündigt. Markus Kneip, Kommandoführer über ISAF-Nord, gibt an, die Lage sei „eindeutig nicht ruhig und nicht stabil.“ Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Mehrheit der Afghanen die Besatzer lieber heute als Morgen aus dem Land jagen wollen und immer mehr inzwischen auch bereit sind für dieses Ziel zu den Waffen zu greifen. Selbst der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, räumt dies offen ein: „Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen. Kabul

ist nicht nur die Region, in der wir heftig präsent sind, sondern die auch am meisten profitiert hat. Wenn da ein Ereignis wie ein Verkehrsunfall genügt, um eine Kettenreaktion auszulösen, dann ist die Annahme, die Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend. Es sind nicht nur wenige entschlossene Terroristen, die uns bedrohen. Viele Afghanen stehen als Unterstützer zur Verfügung.“ Angesichts dieser offenen Worte kann man Nachtwei und all denen, die weiterhin für die Aufrechterhaltung der Besetzung Afghanistans eintreten, attestieren, dass sich ihre Position als destruktiv, ausdrücklich militärisch und eindeutig gewaltfördernd erweist.

Jürgen Wagner

„Weltweit führen und handeln“

Deutsche Marine, Flottenkommando und EU-Militärpolitik

von Johannes Plotzki

Die Deutsche Marine stellt eine Hauptstütze für die bundesdeutschen Militäreinsätze im Ausland dar und ist mit führenden Funktionen sowohl in die „Operation Enduring Freedom“ (OEF), als auch in die Schnellen Eingreiftruppen der NATO (Rapid Reaction Forces, RRF) und die „NATO Response Force“ (NRF) eingebunden. An der OEF, dem so genannten „Krieg gegen den Terror“, beteiligt sich die Marine maßgeblich mit dem Kommando über die Marinelogistikbasis im Einsatzgebiet am Horn von Afrika. Im März dieses Jahres übernahm Deutschland die Führung des „Ständigen Minenabwehrverbandes Nord der NATO“ (SNMCM Group 1) im Rahmen der NRF-6. Auch zukünftig wird sich die deutsche Marine an allen vier Ständigen Marineverbänden der NATO beteiligen.

Anfang April beendete die Marine das Manöver „Brilliant Mariner 2006“, eine große NATO-Übung, die für die Seestreitkräfte der NRF gleichzeitig eine Einsatz- und Zertifizierungsübung darstellte. Damit erhielten die beteiligten Verbände das Zertifikat für die NRF-7. Die Übung fand im Bereich der Deutschen Bucht, Nordsee, Skagerrak, Kattegat und in den angrenzenden Territorialgewässern Dänemarks, Deutschlands, der Niederlande, Norwegens und Schwedens statt. Sie stellte die letzte Phase der Vorbereitung dar, bevor sich die drei Teilstreitkräfte der NRF in diesem Juni zusammen an der NRF-Übung „Steadfast Jaguar“ auf den Kapverdischen Inseln vor der Westküste Afrikas beteiligen. Die NRF-7 wird dann ab dem zweiten Halbjahr 2006 Stand-by für weltweite Militäreinsätze abrufbereit zur Verfügung stehen. Mit dabei auch die deutsche Marine. Dies bedeutet dann konkret, wenn ein Einsatz der NRF z.B. im Sudan im zweiten Halbjahr 2006 mit Seestreitkräften kommen sollte, so werden sich auch Teile der deutschen Marine daran beteiligen.

Für die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr ist das Flottenkommando der Marine im schleswig-holsteinischen Glücksburg wesentlich. In Zukunft wird es aber zusätzlich vor allem eine Schlüsselrolle in der EU-Militärpolitik spielen.

So soll beispielsweise auch der bevorstehende EU-Militäreinsatz im Kongo unter wesentlicher Beteiligung der deutschen Marine durchgeführt werden. Für die militärische Komponente der Europäischen Union ist das Flottenkommando als eines der so genannten „European Maritime Component Commands“ (EMCC), also als EU-Marine-Hauptquartier vorgesehen. Die Zertifizierung dazu erfolgte im Rahmen eines multinationalen Manövers („European Challenge 2005“), das im April 2005 stattfand. Über ein Computernetzwerk koordinierte das Flottenkommando den gemeinsamen Einsatz von europäischen Krisenreaktionskräften der Marine zur See. „Heutzutage wird ja alles zertifiziert, vom Joghurt bis zum Marinehauptquartier“, wie es der stellvertretende Befehlshaber der Flotte und Chef des Stabes, Konteradmiral Hoch ausdrückte.¹ Damit weist das deutsche Marinehauptquartier nun die Fähigkeit nach, weltweit einen multinationalen Marine-Verband im Rahmen von EU-Militäreinsätzen führen zu können. Die EU unterhält vergleichbare Hauptquartiere in Tarent (Italien), Rota (Spanien) und Portsmouth (Großbritannien). Diese Neuausrichtung eines deutschen Marinestützpunktes auf EU-Aufgaben, die letztlich, wie hier ausgeführt wird, auf die Durchsetzung deutscher Interessen abzielt, ist eingebunden in eine breit angelegte Umstrukturierung der Deutschen Marine hin zu einem veränderten Einsatzspektrum.

Die Deutsche Marine - „In der ganzen Welt zu Hause!“

1956 wurden erstmalig freiwillige Bürger in die Ebkeriege Kaserne in Wilhelmshaven einberufen. Seitdem hat die Deutsche Marine einen tief greifenden Wandel hin zu einer weltweit einsetzbaren Teilstreitkraft erfahren. Ganz offen wird in den Reihen der Marinekommandierenden nun wieder von Kriegseinsätzen gesprochen. Dies war schon einmal der Fall, wie die Homepage der Marine anlässlich ihres 50-Jährigen Bestehens ausführt: „Nach der Einführung einer neuen Fahne (...) im Jahr 1933 und der Veränderung des Eides auf Adolf Hitler

nach dem Tod Hindenburgs im August 1934, erhielt die Reichsmarine 1935 ihren zweckbestimmten Namen: Sie hieß fortan Kriegsmarine.“

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) vom 21. August 2003, sowie die Konzeption der Bundeswehr (KdB) vom 9. Mai 2004 als untergeordnetes Planungsdokument, definieren die Neuausrichtung der Bundeswehr. Dies gilt für alle drei Teilstreitkräfte und somit auch für die Marine: „Für die Deutsche Marine ist es daher notwendig, die von den VPR festgelegten Fähigkeiten bereitzustellen. (...) Grundsätzlich gilt es, maritime Fähigkeiten aufzubauen, die es den Streitkräften der Bundesrepublik Deutschland gestatten, die See als stets verfügbares, weltweites Aufmarsch- und Operationsgebiet für die Erfüllung der wahrscheinlichen Aufgaben zu nutzen.“²

Die „Entregionalisierung bei der künftigen Einsatzplanung der Flotte“³ als das konzeptionelle Ziel der Deutschen Marine, beschrieb der dafür zuständige Referatsleiter im Führungsstab der Marine, Jürgen Mannhardt, wie folgt: „Die Marine muss befähigt sein, lang andauernd sowohl auf offener See als auch in fremden Küstengewässern durchsetzungsfähig operieren zu können. [...] Darüber hinaus wird der Feuerunterstützung von See an Land eine zunehmende Bedeutung zukommen. Durch sie kann der Zugang zum Operationsgebiet von See aus erkämpft werden. [...] Die Marine muss deshalb zur präzisen Bekämpfung von Landzielen auch auf größere Distanz von der Küste befähigt sein.“⁴ Neue Fregatten, Korvetten und U-Boote setzen dieses offensive Konzept bereits um. Ihre Anschaffung erfolgte sukzessive in den vergangenen vier Jahren unter rot-grüner Bundesregierung und ist noch nicht gänzlich abgeschlossen.

Aktuell umfasst die Flotte der deutschen Marine noch 81 Einheiten, vom kleinen Schlepper bis hin zur Fregatte. Dies bedeutet zwar einerseits eine Verringerung der Anzahl der schwimmenden Einheiten von vormals 110, aber andererseits eine umfassende Steigerung der Wirksamkeit der neu angeschafften Boote und Fregatten im Kontext eines veränderten Einsatzspektrums. Das heißt also konkret, insgesamt weniger Einheiten, diese dafür aber mit modernster Technik ausgestattet und auf weltweite Kampfeinsätze ausgerichtet. Eine Tendenz, die sich im Übrigen auch in den zwei weiteren Teilstreitkräften (Heer und Luftwaffe) wieder findet. Ab Sommer diesen Jahres wird die Umstrukturierung der Marine soweit abgeschlossen sein, dass alle Einheiten in den dann

neu geschaffenen zwei Einsatzflottillen integriert sind. Dabei wird als Aufgabenspektrum der Einsatzflottille 1 (siehe Grafik) nicht nur die Sicherstellung der Führungsfähigkeit und Langzeitpräsenz, sondern auch die „Über- und Unterwasserkriegsführung“⁵ aufgeführt. Auffällig offen werden bei der Marine deren Ziele benannt. Insgesamt umfasst der Personalbestand 20.000 Marineangehörige, von denen 34 ständig im „EU-Force Head Quarters“ (FHQ) in Ulm stationiert sind und weitere im „EU-Operation Head Quarters“ (OHQ) in Potsdam-Geltow

NUCAT und GEMCO - Wenn Marinebefehlshaber Kriegspolitik machen

Dass nicht nur Entscheidungen auf politischer Ebene die Neuausrichtung der Marine vorantreiben, sondern es auch die Militärs selbst sind, die diese befördern und entwerfen, soll im Folgenden dargelegt werden. Im Mai 2001 erörterten die Befehlshaber der europäischen Marinen, die „Chiefs of the European Navies“ (CHENS), in Irland, worin der maritime Beitrag zu streitkräftegemeinsamen Einsätzen der EU in der Folge des „Helsinki Headline Goal“⁶ liegen könnte. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe mit der Bezeichnung „European Maritime Initiative“ (EMI) gegründet. Diese Arbeitsgruppe erstellte ein Dokument mit der Bezeichnung „Maritime Dimension of European Joint Operations“ (MDEJO). Darin wird dargestellt, wie ein Befehlshaber einer von der EU geführten militärischen Operation die speziellen Eigenschaften von See- und Seeluftstreitkräften nutzen kann. Es gibt einen Überblick über das breite Spektrum an operativen Handlungsoptionen, die ein maritimer Einsatzverband - einschließlich der Seeluftstreitkräfte und der amphibischen Kräfte - für die Durchführung einer streitkräftegemeinsamen Operation bietet.

Zur Veranschaulichung wurde das von der EU entwickelte Krisenszenario „Separation of Parties by Force“ ausgewählt, welches den Petersberg-Aufgaben zuzurechnen ist. Auf der Basis der gemäß Helsinki-Headline Goal gemeldeten Kräfte wurden folgende zwei Initiativen gestartet. Beide basieren auf den in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) definierten vier Hauptbedrohungen für die Sicherheit der EU: dem so genannten internationalen Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, so genannten gescheiterten Staaten und Regionalkonflikten.

Das erste daraus resultierende Dokument ist ein Anforderungskatalog an die

Marine zur Bekämpfung asymmetrischer Bedrohungen, ein Papier mit dem Titel „Naval Utility Countering Asymmetric Threats“ (NUCAT). Bei diesem von den Marine-Chefs entwickelten Katalog wird als Ziel die Identifizierung und Benennung der Anforderungen an die Seestreitkräfte benannt, um im Zuge einer integrierten und gemeinsamen Strategie asymmetrische Bedrohungen, v.a. durch Terrorismus, bekämpfen zu können, denn die Meere stellen ein mögliches Einfallstor für terroristische Attacken bis in das Herz Europas dar, so das Dokument.

Das zweite und wesentlich spannendere Dokument ist das so genannte „Generische, europäische Konzept maritimer Operationen“ (Generic European Maritime Concept of Operations, GEMCO). Am 17. Februar 2004 fand im Flottenkommando in Glücksburg die Präsentation dieses generischen europäischen Konzepts zukünftiger maritimer Operationen im Rahmen der Europäischen Union vor einer Gruppe ausgewählter Journalisten und Vertretern der Politik statt.

Dabei handelt es sich um ein von Marinebefehlshabern entwickeltes Kriegsszenario, in dessen Vorfeld umfangreiche Konsultationen zwischen der NATO und der Europäischen Union stattfanden. Hierbei wurde vereinbart, dass die EU eine militärische Operation gemäß UN-Resolution unter Anwendung der so genannten Berlin-plus-Vereinbarungen, also dem Rückgriff auf vorhandene Planungskapazitäten des atlantischen Bündnisses, führen kann. Der Befehlshaber der Operation (OPCDR) wird auf der Basis vereinbarter Führungsoptionen von der NATO gestellt. Teilweise werden der NATO zur Verfügung stehende Mittel und Fähigkeiten eingesetzt.

Zu der Frage, was neu an GEMCO sei, sagte der ehemalige Befehlshaber der Flotte, und jetzige Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Nolting, es ermögliche auf europäischer Ebene einen Einsatz, wenn dieser von der NATO abgelehnt werden sollte. Das gezeigte Konzept bilde dann die Grundlage für den maritimen Anteil eines europäischen kräfteübergreifenden Einsatzes. Auch Polen und Russland könnten, so gewünscht, in Zukunft in solche Operationen eingebunden werden, wie es beispielsweise bei dem jährlichen Manöver „Open Spirit“ zur Minenabwehr bereits der Fall gewesen sei. GEMCO verschaffe die Möglichkeit, jederzeit einen Einsatzverband einzurichten und ihn innerhalb von zwei Monaten in das jeweilige Einsatzgebiet zu schicken. Die 60 Tage Vorlaufzeit dürften dabei ledig-

lich zur Feinausplanung und Verlegung genutzt werden. „Wir wollen keine grünen Bananen losschicken, um gelbe ankommen zu lassen“, so Nolting bezeichnenderweise.⁷

Irgendwo außerhalb Europas - Das Szenario zukünftiger EU-Marineeinsätze

In dem mittlerweile aus dem Netz genommenen GEMCO-Papier⁸ wird neben der Abbildung eines Westafrika ähnelnden Küstenabschnittes das zugrunde liegende Szenario wie folgt beschrieben: „Seit einiger Zeit sind Kampfhandlungen zwischen den beiden ethnischen Bevölkerungsgruppen Klins und Therc in Poruee im Gange. Alle Versuche, den Konflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, sind gescheitert. Die Nachbarstaaten Troid und Chague, die über beträchtliche militärische Fähigkeiten verfügen, unterstützen jeweils die angrenzende ethnische Bevölkerungsgruppe Klins bzw. Therc. In den vergangenen beiden Wochen sind die Kampfhandlungen abgeflaut. Es bestehen gute Aussichten auf erfolgreiche Friedensverhandlungen. Voraussetzung ist aber, dass die Nachbarstaaten Troid und Chague sich zukünftig neutral verhalten.“

Ein Einsatz von Streitkräften unter EU-Führung wird nicht von allen Konfliktparteien akzeptiert; andererseits hat keine Partei einem Einsatz ausdrücklich widersprochen. Die Therc unterstützen offen eine EU-Operation und sind auch bereit, EU-Streitkräfte aufzunehmen. Erste Verhandlungen haben ergeben, dass die EU-Streitkräfte möglicherweise ohne Widerstand in das Einsatzgebiet gelangen können. Gefahr droht durch kriminelle Elemente in Poruee, die robusten Widerstand gegen die eigene Regierung leisten und den Einsatz der EU-Streitkräfte ablehnen. Aber auch mit terroristischen Anschlägen muss gerechnet werden.“

Daraufhin wird die Vorbereitung und Aufstellung eines streitkräfteübergreifenden Einsatzverbandes beschrieben. Dieser „muss innerhalb von 60 Tagen vor Ort einsatzbereit sein. Der Einsatz ist auf ein Jahr mandatiert.“ Beim Einsatzgebiet handelt es sich laut Szenario um „ein bergiges und bewaldetes Gebiet mittlerer Größe mit einer 1000 km langen Küstenlinie“ und „zusätzlich auch das vorgelagerte Seegebiet mit einer Ausdehnung von 200 nautischen Meilen.“ Als besonders günstig für die Truppenaufstellung erweist sich in der Vorstellung der Militärs, dass zur gleichen Zeit beim multinationalen Seemanöver „Exercise Northern Light“ die Phase der Verbandsintegration gerade

abgeschlossen wurde, so das Szenario. „An der Übung ist eine Einsatzgruppe beteiligt, die sich aus Fregatten, Zerstörern und einem Tanker zusammensetzt.“ Da die an der Übung teilnehmenden europäischen Staaten beschlossen haben, sich an der EU-Operation in Poruee zu beteiligen, unterstellen sie ebenfalls ihre Schiffe dem Befehlshaber der Operation. Auch wenn auf der einen Seite die Marinenchefs über die lange Abwesenheit vom Heimathafen klagen, so kann ihr ganzjährig belegter Übungsplan durchaus auch nützlich sein, wenn es darum geht, gerade in einer Übung befindliche Einheiten für einen bevorstehenden echten Kriegseinsatz abzuziehen. So kann alles besonders schnell gehen und „die Gruppe ist bereits kurz nach dem Beschluss des EU-Rats voll einsatzbereit und verlässt die europäischen Gewässer.“

Das GEMCO wäre nicht von Marinekommandieren erstellt, wenn nicht auch der Marine eine bedeutende Führungsrolle bei diesem skizzierten streitkräfteübergreifenden Einsatz zukommen würde. Denn es wird festgestellt, dass „ein seegestütztes streitkräftegemeinsames Hauptquartier (JFHQ) erforderlich wird. Jetzt, mit beginnendem Einsatz, entscheidet der Verbandsführer, dass der für ihn am besten geeignete Platz an der Spitze seiner Streitkräfte ist - also im Bereich der Marinekräfte. So richtet er sein Hauptquartier in dieser ersten Phase der Operation an Bord eines Schiffes ein.“ Und, so ein Zufall, „am Ausgang des Mittelmeeres kommt eine weitere Gruppe von Schiffen hinzu, die soeben ihre Ausbildung im Rahmen des Einsatzverbandes der EUROMARFOR10 - gebildet aus Einheiten der Staaten Frankreich, Italien, Portugal und Spanien beendet hat.“ Und da Deutschland auch nicht fehlen darf: „Eine deutsche Fregatte auf dem Rückmarsch von nationalen Aufgaben im Roten Meer wird in die Nähe von Poruee umgeleitet.“

Außerdem dabei eine Einheit von Spezialkräften, die mit Fallschirmen über dem Meer abgesetzt und durch ein vor der Küste operierendes U-Boot verdeckt an Land gebracht wird. Die Begründung dafür klingt fast schon wie aus einem Werbeslogan der Herstellerfirma. „Dieses mittels Brennstoffzellen angetriebene U-Boot ist aufgrund seiner Wendigkeit und geringen Signatur für die flachen Gewässer von Poruee ideal geeignet.“ Eine äußerst deutliche Referenz für die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), dem Produzenten von U-Booten mit Brennstoffzellen. Zusätzlich entsenden Frankreich und das Vereinigte König-

reich jeweils atomgetriebene U-Boote in das Seegebiet.

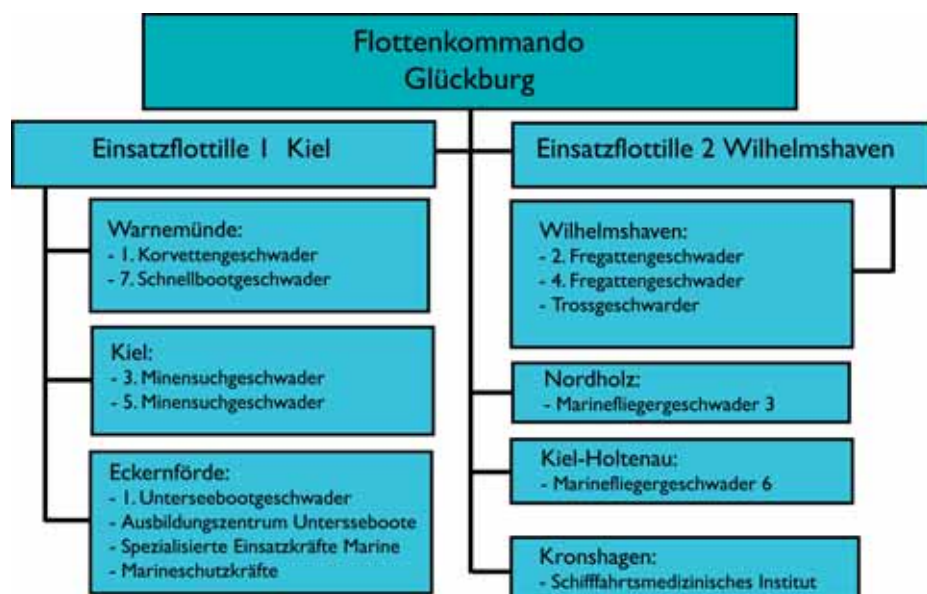
Das Ende des Szenarios: „Zwei Monate sind nach dem Entschluss des EU-Rats vergangen. Es sind mehr als 50.000 Soldaten an Land stationiert. Der Verbandsführer führt die Operation von seinem Hauptquartier an Land aus; die Verlegethase gilt damit als abgeschlossen. Es beginnt nun die Einsatzphase zur Trennung der Krieg führenden Parteien im Landesinneren.“ Der (noch) fiktive EU-Krieg kann beginnen. Dass es sich beim Einsatzgebiet um Westafrika zu handeln scheint, wird kein Zufall sein. Denn bei der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung heißt es zur Aufgabenstellung der EU-Battle-Groups (EU-Schlachtruppen): „*der Schwerpunkt auf Krisen in zerfallenden Staaten in Afrika ist nachvollziehbar.*“⁹

Nicht zuletzt dürfte es bei diesen geplanten Einsätzen darum gehen, die reibungslose Ausbeutung der enormen Ölvorkommen Westafrikas weiter zu gewährleisten, wie Verteidigungsminister Franz Josef Jung anlässlich Kommandoübergabe über die deutsche Marine von Vizeadmiral Feldt an Vizeadmiral Nolting Ende April 2006 überdeutlich werden ließ: „*Deutschland mit seiner enorm im- und exportabhängigen Wirtschaft ist auf einen freien Warenverkehr über See angewiesen. Einschränkungen des Seeverkehrs und damit der Rohstoff- und Warenströme werden unsere Bürgerinnen und Bürger sofort an den Preisen für Waren aller Art ablesen können. Der freie Handel über See ist daher der größte Schatz des Meeres!*“¹⁰ Admiral Feldt gab folgendes Motto für die Marine aus: „*Wandel im Handeln setzt Wandel in den*

Köpfen voraus.“¹¹ Angesichts der rapiden Umstrukturierung der deutschen Marine, die zu Kriegseinsätzen zur Absicherung deutscher (Ressourcen-)Interessen befähigen soll, zeigt sich, dass dieser Leitspruch sich traurigerweise bewahrheitet.

Anmerkungen:

- ¹ Konteradmiral Hoch im direkten Gespräch. Flottenkommando der Marine, 18.04.2006.
- ² Flottenkommando der Marine (Hrsg.): Das Flottenkommando (www.marine.de).
- ³ Henken, Lühr: Die Aufrüstung der Bundeswehr zur weltweiten Angriffsfähigkeit. IMI-Analyse 2003/001.
- ⁴ Soldat und Technik, Juni 2004, S. 50.
- ⁵ Fregattenkapitän Schmidt-Skipiol im direkten Gespräch, Flottenkommando der Marine, 18.04.2006.
- ⁶ Zur Erinnerung: Mit dem Helsinki Headline Goal setzte sich die EU zum Ziel, in der Lage zu sein, die so genannten Petersberg-Aufgaben (Krisenverhütung, Friedenserzwingung, humanitäre Hilfeleistung) zu erfüllen und hierfür innerhalb von 60 Tagen eine Truppe von 60.000 Mann mit einer Durchhaltefähigkeit von einem Jahr zum Einsatz bringen zu können.
- ⁷ Presse und Informationszentrum Marine, 18.02.2004 (www.marine.de).
- ⁸ Die folgenden Zitate stammen aus: Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Marine (Hrsg.): Ein europäisches Konzept maritimer Operationen - Die maritime Dimension streitkräftegemeinsamer Operationen im europäischen Rahmen. Mai 2003.
- ⁹ Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.) Europäische „Battle Groups“- ein neuer Schub für die ESVP?, Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung, 15.12.2004 (www.kas.de).
- ¹⁰ Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, Flensburg, 25.04.2006 (www.bmvg.de).
- ¹¹ Zit. nach ebd.



Zielstruktur des Flottenkommandos, Grafik: IMI

Grüne Werte und deutsche Interessen passen gut zusammen

von Arno Neuber

„Es gibt viele Leute, die es reizen würde, mal ein schwarz-grünes Bündnis zu machen“, erklärte der Fraktionschef Fritz Kuhn der (Oliv-)Grünen Anfang April im „Hamburger Abendblatt“. Und auch Parteichef Reinhard Bütikofer sieht die Grünen für „alle Konstellationen“ offen, also „auch für Schwarz-Grün“.

Ein „Alpha-Tier“ wie Joschka Fischer werde es allerdings auf absehbare Zeit bei den Grünen nicht mehr geben. Das sei nur ein Sport der Medien, meint Bütikofer.

Ob er da nicht die Rechnung ohne den Trittin gemacht hat? Der hat sich als Fraktionsvize inzwischen von der Umweltzur Außenpolitik verändert und empfindet Opposition als einen „Zustand, den es zu überwinden gilt“.¹

Dementsprechend ist die „überwölbende Frage“ grüner Außenpolitik (von der wir seit Joschka wissen, dass es sie gar nicht gibt: Es gibt nur eine deutsche), was sie beitragen kann, damit es „2009 einen Wahlerfolg für Bündnis 90/Die Grünen gibt“.

Im ersten Abschnitt seines Papiers unter der Überschrift „Cruise Missile und Kosovo“ markiert der neue Leitwolf sein Revier. „Es gibt deutsche Interessen und es gibt grüne Politik.“ Fragt sich, wie sich das Eine zum Anderen verhält. Nach Trittin bedeutet „deutsche Interessen in seiner Politik zu berücksichtigen (...) gerade nicht, diese zu verabsolutieren.“ Kritisch hinterfragen will er diese Interessen. Auf die Fragen wartet der gespannte Leser allerdings vergeblich.

Trittin kritisiert Angela Merkels „Politik des Nato First“, die „nicht im deutschen Interesse“ liegt, „weil die Deutschen in der NATO nicht die Rolle spielen (to keep the germans down) wie etwa in der EU“. Gleichzeitig will er die USA vom „Schmieden (...) von Bündnissen gegen die EU“ abhalten, die nicht im deutschen Interesse wären, solange „neben der EU der US-Markt für die deutsche Industrie immer noch der wichtigste ist“.

„Cruise Missile und Kosovo“ passen offenbar in grüner Sicht und in deutschem Interesse gut zusammen. Dazu muss man nach Trittins Rezeptur nur zunächst zwischen Politik und Interesse unterscheiden.

Dann aber doch eine gehörige Portion deutsches Interesse in den grünen Brei geben, kritisch hinterfragt natürlich, nicht absolut und nur solange bis der Brei die Farbe oliv annimmt.

„Grüne sollten aufhören sich wegen des von Oskar Lafontaine so genannten ‚Jugoslawien-Feldzuges‘ zu verstecken.“ Für Trittin gab es „veritable Sicherheitsinteressen Deutschlands“ und außerdem „mittelfristig ökonomische Interessen“ für den Kriegseinsatz der Bundeswehr. Grüne Werte und so eine Kleinigkeit wie das Völkerrecht müssen da schon mal ins zweite Glied.

„Der Unilateralismus ist gescheitert.“ Trittin ist überzeugt, dass die USA die globalen Herausforderungen nicht im Alleingang bewältigen kann. Seine Agenda klingt dabei, auch in ihrer Reihenfolge, nur wenig anders als die von George W. Bush: „Die globale Herausforderung des Terrorismus“, „die Überwindung der globalen Armut“, die „global wachsende Organisierte Kriminalität“ und der „Kampf gegen zerfallende Staaten“.

Kein Wort über die Folgen des Raubtierkapitalismus, die Zerstörung der Lebensperspektiven eines großen Teils der Menschheit, die Unterwerfung des Globus und seiner Bewohner unter das Profitprinzip, die Interventionen der kapitalistischen Metropolen zur gewaltsamen Sicherung ihres Nachschubs an Rohstoffen.

Trittins Papier bewegt sich ausschließlich in der Welt der Schlagzeilen der bürgerlichen Medien, die realen Konflikte, die reale Lage bleibt ausgeblendet. Kein



Jürgen Trittin: „Grüne Werte und deutsche Interessen zusammen zu bringen, ist möglich“, Foto: Wikipedia

Wunder, dass die propagierten Lösungen dem „deutschen Interesse“ so sehr angepasst sind.

Er bedauert, dass der Rest der Welt die USA nicht vom Krieg gegen den Irak abzuhalten vermochte. Jetzt aber kann sich laut Trittin diese Welt den Abzug der USA nicht wünschen. „Es gibt keine Alternative dazu, den Irak zu stabilisieren“, ruft uns Trittin zu und es klingt wie das Pfeifen im Walde. Ist ihm wirklich nicht klar, dass es gerade die Anwesenheit und die tägliche Praxis der Besatzungsmächte ist, die den Irak destabilisiert und zerstört, seinen Menschen die Zukunftsperspektiven nimmt, Terror und Folter etabliert, für den Ausverkauf der Rohstoffe und die Zerstörung der sozialen Errungenschaften sorgt?

In einem Kommentar über die „Bewerbung eines Ex-Ministers“ zitiert der Tagesspiegel (5.4.06) einen Grünen-Fraktionskollegen mit der Aussage, Trittin bediene sich lediglich einer realpolitischen Sprache, um seine „im Kern linke Politik zu kaschieren“. Welche Verwechslung von lechts und rinks.

Trittin stellt fest, dass „der Konflikt um das Atomprogramm des Iran (...) dauerhaft nur mit zivilen Mitteln gelöst werden“ kann. „Dabei wird man dem Iran nicht dauerhaft sein Recht nach dem Atomwaffensperrvertrag vorenthalten können.“ Ist es Erbsenzählerei, wenn dem Kritiker die zweimalige Verwendung des Wörtchens „dauerhaft“ ins Auge sticht? Ohne dieses Wort wären die Sätze klar und eindeutig. Unterstellt man dem Bewerber um die führende außenpolitische Rolle bei den Grünen etwas, wenn man ihn verdächtigt, nichts gegen us-amerikanische Pläne zum gewaltsamen Regimewechsel im Iran zu haben?

Trittin fordert die Achtung von Grund- und Menschenrechten auch im „Kampf gegen den Terrorismus und Organisierte Kriminalität“ ein und kritisiert die Praxis der illegalen Festnahmen, Einrichtung geheimer Gefängnisse und Folter. Er vermeidet es dabei allerdings, Ross und Reiter zu nennen. So bleibt die Zusammenarbeit deutscher Dienste und Behörden mit den USA im Strategiepapier für grüne Außenpolitik unerwähnt. Kleinigkeiten eben, wenn es um deutsche Interessen und grüne Werte geht.

Der Autor kommt zu dem Ergebnis, dass es bei den Grünen „im Kampf gegen den Terrorismus noch keine eigenständige Konzeption (gibt), die eine umfassende Alternative zum war on terror darstellt“. Insbesondere mahnt er ein Konzept an, das sich „nicht vor den harten Seiten

dieser Auseinandersetzung drückt“. Dabei besteht hier wahrlich kein Mangel. Schließlich haben die Grünen im Bundestag jedem Bundeswehreinsatz der letzten Jahre ihre Stimme gegeben, mit oder ohne Konzept.

Trittin ist für einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Er trägt ihn in typischer grüner Pose vor: „Leistungsfähige Länder wie Deutschland und Japan“ sollten „in stärkere Verantwortung genommen werden“.

Teil dieser „Verantwortung“ ist offensichtlich auch die Entsendung deutscher Soldaten in den Kongo, der sich auch die Abgeordneten Ströbele und Hermann nicht entziehen wollten. Unter dem Mantel der Verantwortung verschwinden dann auch wieder Kapitalinteressen, die in Militärzeitschriften dafür umso deutlicher propagiert werden:

„Afrika ist als europäischer Nachbarkontinent ein wichtiger Rohstofflieferant und künftiger Markt. Zudem werden die Ölzentren in Zentral- und Westafrika (Angola, Nigeria, Kongo, Südsudan), die an die DROC (DR Kongo) angrenzen, zur strategischen Rohölversorgung (Substitution des Nahostöls) des Westens zunehmend wichtiger.“ (IAP-Dienst Sicherheitspolitik, März 2006).

Die „Krise der EU“ sieht Trittin in der „Blockade des Verfassungsvertrages“. Weder die Militarisierung der EU, noch der neoliberale Geist dieses Verfassungswerkes sind Trittin einer Erwähnung wert. Aus der Ablehnung des Machwerkes durch die Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden wird der bürokratische Begriff der „Blockade“. Gleichzeitig zeigt er, was er sich von der EU außenpolitisch

verspricht, wenn er „nicht nur Polen, sondern alle Mitgliedstaaten“ vor dem Glauben warnt, „jeder für sich könne die globalen Probleme der Energiesicherheit oder der zerfallenden Staaten und privatisierenden Kriege bewältigen“.

Trittin konstatiert eine Globalisierung von Armut und Reichtum und die „Herausbildung einer globalen Klassengesellschaft samt einer neuen Spaltung der Welt“.

„Die nachhaltige Gestaltung von globaler Freiheit, globaler Sicherheit und globalem Wohlstand“ ist für Trittin in erster Linie „ein Mobilisierungsthema, das breit in der Partei und ihrer Basis getragen wird.“

Sein Rezept für grüne Realpolitik dagegen ist „der Umbau der Bundeswehr von einer Heimatverteidigungsarmee zu einem Instrument einer multilateralen globalen Sicherheitspolitik“. Dieser Umbau müsse „in europäischer Einbindung und unter dem Dach der Vereinten Nationen (...) beschleunigt werden“. „Grüne müssen deshalb den Abschied von Wehrpflichtarmee und den Umbau der Bundeswehr in den Mittelpunkt ihrer sicherheitspolitischen Aktivitäten stellen.“

Trittin will nicht auf halbem Wege stehen bleiben und das Thema zu Ende denken. In dieser Richtung liegt für ihn dann auch die Europäisierung der Rüstungspolitik. Dass es dabei eher um die Unterwerfung der europäischen Rüstungspotentiale unter die Interessen der großen, insbesondere deutschen und französischen Konzerne geht, dürfte auch einem Jürgen Trittin klar sein. Schon die erste Regierung Schröder-Fischer hatte sich in ihrem Koalitionsvertrag verpflichtet, „aktiv die Bemühungen

um den Zusammenschluss der europäischen Luft- und Raumfahrtindustrie“ zu unterstützen. Diese Unterstützung führte dann folgerichtig zum größten Auftrag in der Geschichte des Superrüstungskonzerns EADS, dem Militärtransporter Airbus A400M, der dem Konzern derzeit Traumprofite beschert.

„Grüne Werte und deutsche Interessen zusammen zu bringen, ist möglich“, stellt Jürgen Trittin am Ende seines Thesenpapiers fest. Die Grünen haben sich dabei „in der Friedens- und Sicherheitspolitik bitteren Konflikten gestellt, Entscheidungen getroffen und aus ihren Konsequenzen gelernt.“

Wie sehr das zutrifft, belegt folgende Meldung: „Infratest dimap hat für den Deutschlandtrend im Auftrag der ARD-Tagesthemen und des Tagesspiegels ermittelt, dass 59 Prozent der Deutschen den Kongo-Einsatz ablehnen und nur 37 Prozent ihn für sinnvoll halten. Die größte Zustimmung genießt der Einsatz bei Grünen-Anhängern, bei denen 49 Prozent für den Einsatz sind, 42 Prozent dagegen.“ (Tagesspiegel-Online 1.6.2006)

Solange die Grünen nicht fragen, wessen Interessen sie dabei vertreten, bleibt wohl nur, die herrschenden Interessen den Beherrschten in grüner Verpackung schmackhaft zu machen.

Anmerkungen

¹ Alle weiteren Zitate aus: Jürgen Trittin: Grüne Werte - Deutsche Interessen. Schwerpunkte unserer internationalen Politik. Thesen zur Klausur des AK Internationale Politik und Menschenrechte, 3.4.2006, <http://www.juergentrittin.de/hintergrund3.php?id=125>

Zweimonatiges US-Großmanöver in der Karibik

Bei einem im April begonnenen Großmanöver des U.S. SouthCom in der Karibik handelt es sich offensichtlich um eine Provokation Kubas und Venezuelas. Offizielles Ziel des Manövers der „Operation Partnership of the Americas“ ist es, die Beziehungen mit den Partnernationen in der Region auf militärischer Ebene zu verbessern, gemeinsame Manöver mit Truppen lateinamerikanischer Staaten durchzuführen, sowie den illegalen Handel und die Migration einzudämmen.

Auslöser für dieses Manöver dürften die Entwicklungen in Venezuela und in Bolivien sein, die in anderen Staaten Lateinamerikas Nachahmung finden könnten und ganz offensichtlich den

Interessen der USA zuwiderlaufen. Stein des Anstoßes stellen für die USA eine größere Waffenlieferung Chinas in Form von Gewehren, Helikoptern und vermutlich russischen Kampfflugzeugen vom Typ SU-27 oder chinesischen Kampfflugzeugen vom Typ Chengdu J-10 an Venezuela dar. Aus dieser Waffenlieferung resultiere laut dem Kommandeur des US SouthCom, General Bantz Craddock, keine unmittelbare militärische Bedrohung für die USA, allerdings verstärke diese den „destabilisierenden“ Einfluss Venezuelas in Lateinamerika, welcher zur Folge haben könnte, dass die USA zu Gunsten linker Bewegungen an Einfluss in ihrem eigenen Hinterhof verlieren.

Zwar befinden sich verschieden Militär-

basen der USA in der Karibik, von denen einige direkt vor der Küste Venezuelas liegen und die US-Armee hielt schon seit den 60er Jahren solche Manöver ab (UNITAS). Allerdings ist das Ausmaß der Aktion neu. Entsandt wurden der Flugzeugträger USS George Washington - mit 60 Kampfflugzeugen an Bord, der Kreuzer USS Monterey, der Zerstörer USS Stout und die Fregatte USS Underwood. Insgesamt befinden sich derzeit 6.500 Soldaten an Bord der vier Schiffe. Neben der Provokation geht es auch um eine Demonstration der Macht der USA in der Karibik, die vor allem als Verkehrsverbindung zwischen Amerika und Europa eine zentrale Rolle spielt.

Jonna Schurkes

„Den Kopf hinhalten“

Für wen deutsche Soldaten unter anderem an den Congo gehen

von Christoph Marischka

Einige Gründe für den EU-Militäreinsatz in der Demokratischen Republik Congo (DRC) liegen auf der Hand. Es geht natürlich darum, in der rohstoffreichen Region einen Fuß in der Tür zu behalten, es geht darum, die europäische Militärkooperation im Feld zu üben und gegenüber dem Rest der Welt Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Nicht zuletzt geht es speziell Deutschland darum, seine Armee und seine Öffentlichkeit auf robustere Einsätze vorzubereiten.

Das scheint auch bitter nötig, denn die Bundeswehr zeigt sich bislang wenig begeistert vom Einsatz in Afrika. Bernhard Gertz, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes, kritisierte in einer ganzseitigen Anzeige in der Süddeutschen Zeitung vom 9. Mai die Bundesregierung mit klaren Worten: Löhne für die Soldaten zu kürzen, die „ihren Kopf im Kongo hinhalten“, das würde nicht zusammenpassen. Auch sonst werden Bedenken geäußert, ob die Bundeswehr auf solch einen Einsatz vorbereitet wäre. Immer wieder werden dabei mögliche Konfrontationen mit Kindersoldaten, fehlende Ausrüstung und Impfungen genannt.

Diejenigen, die hingegen ein verstärktes weltweites Engagement der Bundeswehr befürworten, können froh sein, mit früheren Missionen in der DRC (Artemis, EUPOL Kinshasa, EUSEC DR Congo)¹ eine Eigendynamik geschaffen zu haben, die den jetzigen Einsatz trotz aller Bedenken quasi unausweichlich werden ließ. Das militärische Engagement fand wie auch dieses mal auf Anfragen der UN hin statt, die als willkommener Anlass aufgegriffen wurden, die jeweils neuesten Einsatzkonzepte der EU im Feld zu üben und so die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) voranzutreiben. Um jetzt die Wahlen abzusichern und ein eventuelles Aufflammen des Bürgerkriegs zu verhindern, schlug Kofi Annan nun vor, eine sog. Battlegroup zu entsenden, das neueste und bislang robusteste Baby der ESVP.

Allerdings sind die Battlegroups noch nicht so bereit, wie sie sein sollten und zudem ist dieses Mal überhaupt nicht absehbar, welches Szenario sie erwartet, entsprechend auch nicht, worum es

bei dem Einsatz überhaupt geht. Denn Frieden in der DRC zu schaffen, das war nie ein realistischer Anspruch hinter den EU-Militärmissionen. Das ist eher der Anspruch der UN-Mission MONUC, die mit 17.000 Soldaten mühsam versucht, im Osten des Landes Milizen zu entwapfen. Die MONUC aber wird, das hat Annan mehrfach kritisiert, von Deutschland und Frankreich kaum unterstützt. So haben die UN gemerkt, dass es erfolgversprechender ist, der EU eigene Einsätze unter eigener Führung anzubieten.

Der wissenschaftliche Think-Tank des Pentagon, das Defense Science Board, schätzte 2004, dass 1.2 Millionen Soldaten das Land für fünf bis acht Jahre besetzen müssten, um einen nachhaltigen Frieden in der DRC zu etablieren.² Und das Pentagon überschätzt die friedensstiftende Wirkung von Militäreinsätzen grundsätzlich. Nun sollen 800 statt 500 Soldaten der Bundeswehr in den Einsatz geschickt werden. Einige Grünen glauben

ihrer eigenen Befriedungskriegs-Rhetorik und fordern eine weitere Aufstockung. Als Gesamtzahl europäischer Soldaten steht gegenwärtig die Zahl 1700 im Raum, sie wird sich evtl. noch leicht erhöhen. Hinsichtlich der Aufgaben zeichnet sich folgende Verteilung ab: Geführt wird der Einsatz von Potsdam-Geltow aus, die „modernste militärische Führungsstation in Europa“³, knapp hundert deutsche Fallschirmjäger sichern den Flughafen in Kinshasa, der Großteil der übrigen deutschen Soldaten wird im benachbarten Gabun stationiert. Es wird sich dabei vor allem um Spezialkräfte und Sanitäter handeln. Auch die EU-Truppen

aus den anderen Ländern werden hauptsächlich aus Spezialkräften bestehen, die in benachbarten Staaten bereitstehen. Ihr Einsatzgebiet ist allerdings nicht auf die Hauptstadt beschränkt.

Von der Struktur her also vor allem eine Evakuierungsmission. Einen Bürgerkrieg wird sie nicht verhindern, allenfalls den gegenwärtigen Präsidenten und Warlord Kabila schützen oder ausfliegen können, falls er in Bedrängnis kommt. Evakuierungen werden auch offiziell als Zweck der Mission angegeben, selbst wenn dabei meist von Wahlbeobachtern die Rede ist, die notfalls ausgeflogen werden sollen.

Doch außer ihnen und hohen Politikern sind auch noch weitere Menschen in der DRC aktiv, die evtl. von europäischen Truppen geschützt werden müssen. Eine UN-Expertenkommission über die illegale Plünderung und Ausbeutung der DRC veröffentlichte 2002 eine Liste mit Unternehmen, die im Verdacht stehen, mit ihren Geschäften gegen OECD-Richtlinien zu verstoßen und ein Anhalten des Konfliktes zu befördern.⁴ 39 dieser Unternehmen, hauptsächlich Banken, Transportunternehmen und Rohstoffhändler, haben ihren Sitz in einem EU-Staat. Doch nicht nur die Manager böser transnationaler Konzerne, die mit Blutdiamanten oder Blutcoltan handeln, haben in der DRC



Anzeigenkampagne des Bundeswehrverbands, hier ganzseitige Anzeige in der Süddeutschen Zeitung

den ganzen Krieg über gute Geschäfte gemacht.

Während auf den deutschen Minenbetreiber Karl-Heinz Albers in Deutschland eine Anzeige wegen Völkermordes wartet⁵ und die Bayer-Tochter HC Starck wegen ihres Coltan-Handels erheblichem öffentlichen Druck ausgesetzt war, erfreut sich beispielsweise Horst Gebbers in Deutschland bester Presse. Der Landwirt wurde vor 34 Jahren vom Pharmaunternehmen Boehringer Mannheim nach Zaire geholt, um die Chinarindenbäume zu pflanzen, aus denen die Firma den gegen Malaria wirksamen Bitterstoff Chinin gewann. Das Unternehmen wurde später von La Roche aufgekauft, und als 1998 die Gewalt im Land wieder zunahm und klar wurde, dass die Menschen in Afrika zu arm sind, um eine große Nachfrage nach Chinin-Präparaten aufrechtzuerhalten, gab das Unternehmen die Plantagen und die Fabrik in Bukavu auf. Gebbers kaufte sie zu einem Spottpreis und produziert heute Presseangaben zu Folge bis zu 40% des Chinins weltweit. Als größter privater Arbeitgeber im Osten der DRC (Gewaltunternehmer vermutlich ausgenommen) beschäftigt er bis zu zweitausend Menschen, und jedes Einkommen, so Gebbers, ernährt hier 30 Menschen.

Im Juli 2005 weihte Gebbers feierlich eine neue Produktionsstätte für Kombi-Präparate gegen AIDS ein. Mit „Afri-Vir“ soll die Behandlung von AIDS-Kranken nur noch 150 Euro im Jahr kosten, mit patentgeschützten Medikamenten hingegen 500. Das deutsche Medikamenten-Hilfswerk „Action Medeor“ unterstützt Gebbers Unternehmen Pharmakina in den nächsten fünf Jahren mit Spendengeldern in Höhe von 124.000 Euro, damit sei die Versorgung von 100 Personen gesichert. Gebbers will mit seinem AIDS Präparat nichts verdienen, nur Gutes tun. Seine Tochter wurde allerdings von „Action Medeor“ als Projektleiterin eingestellt.⁶ Gebbers tut oft Gutes. Beispielsweise setzte er sich für Projekte der GTZ und des Malteser Hilfsdienstes im 50 km entfernten Kaziba ein. Dessen König ist ein guter Freund von Gebbers und kann ihm als Senator in Kinshasa so manchen Gefallen tun.⁷ Falls solche politischen Kontakte einmal nicht mehr ausreichen sollten, ist auch die MONUC in Sichtweite von Gebbers Villa stationiert. Das reicht bei dem momentanen Konfliktpotential in der Region, um ein einigermaßen sicheres Leben in Wohlstand zwischen Hunger und Elend zu führen. So ist der Bürgerkrieg erträglich, v.a. weil in dessen Wirren auch niemand fragt, ob Herstellung und Ver-

kauf von „Afri-Vir“ legal verlaufen und keine Patentrechte verletzt. Trotzdem ist Gebbers froh, dass die EU jetzt Flagge zeigt. Gegenüber Tagesschau.de⁸ meint er: „Das halte ich nicht nur aus humanitären Gründen für wichtig. Es geht auch um die Sicherung von Rohstoffen, die man nicht den Asiaten oder Amerikanern überlassen sollte.“ Außerdem werden die EU-Soldaten ihn und viele andere notfalls rausholen müssen, wenn die Situation nach den Wahlen eskalieren sollte.

Anmerkungen

¹ Zu den früheren Missionen: Christoph Marischka: „Artemis am Congo - Was hatte die europäische Jagdgöttin in Afrika zu suchen?“, IMI-Studie 2005/04, <http://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2005-04CM-Artemis.pdf>

² Justin Logan and Christopher Preble: Failed States and Flawed Logic- The Case against a Standing Nation- Building Office, <http://www.cato.org/pubs/pas/pa560.pdf>

³ Generalmajor Rainer Glatz, nach: Mittelbayrische vom 18.05.2006

⁴ UN S/2002/1146: Final report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo, <http://www.un.dk/doc/S20021146.pdf>

⁵ Dominic Johnson: Deutsch-Österreichischer Bergbaukrieg im Kongo, in: taz vom 16.2.2004

⁶ Peter-Philipp Schmitt: Zwei Pillen für Kongo, in: F.A.Z. vom 21.07.2005

⁷ Johannes Dieterich: Der Patriot, in: brand eins 5/2005

⁸ „30 Menschen leben von einem Einkommen“, Interview mit einem deutschen Unternehmer in Kongo, tagesschau.de (17.05.2006)



Javier Solana beim ersten EU-Einsatz im Congo, Foto: Europäische Gemeinschaft

Atomausstieg jetzt - Doppelmoral der EU3 im Atomstreit mit dem Iran beenden

Angesichts des 20. Jahrestages der Katastrophe von Tschernobyl kann die einzige Option für die Europäische Union genauso wie für die Energieversorgung weltweit nur sein: Statt Uran und fossilen Energiequellen muss der effiziente und dezentrale Einsatz von regenerativen Energieträgern gefördert werden. Notwendig ist endlich der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie. Eine Renaissance der atomaren Energieerzeugung darf es nicht geben.

Gefordert sind jetzt verbindliche EU-Richtlinien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Dies ist die Voraussetzung für eine alternative Energiepolitik.

In diesem Zusammenhang ist es skandalös, dass die internationale Atomenergiebehörde (IAEO) versucht die Opferzahlen der Katastrophe von Tschernobyl herunterzurechnen. Dies soll offensichtlich nur dazu dienen,

die gefährliche Dinosauriertechnologie Atomkraft wieder salonfähig zu machen.

Mit der industriellen Urananreicherung in Gronau und der Verwendung von waffenfähigem Uran in Garching zeigt sich zudem einmal mehr die Unglaubwürdigkeit der deutschen und der EU-Position im Streit um das iranische Atomprogramm.

Der Iran soll auf Urananreicherung verzichten, während die EU3, Großbritannien, Frankreich und Deutschland, weiter auf Urananreicherung setzen. In Anbetracht dieser Doppelmoral muss die Botschaft des heutigen Jahrestages sein: Jede Atomwaffe und jedes Atomkraftwerk ist eine/s zu viel. Eine Unterscheidung in gute und schlechte Atomenergie und gute und schlechte Urananreicherung darf es nicht geben.

Tobias Pflüger

AWACS wegen Großleinwänden

von Tobias Pflüger

„Der Innenminister macht sich zu Recht um die Sicherheit bei der WM Sorgen. Dabei sind weniger die Stadien das Problem als vielmehr die Großleinwände mit Tausenden Zuschauern in den Innenstädten. Deshalb werden wir beispielsweise neben vielen anderen Unterstützungsleistungen auch AWACS-Flugzeuge zur Überwachung einsetzen.“ (Interview mit dem deutschen Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) in „Welt am Sonntag“ am 12.02.2006).

AWACS-Aufklärungsflugzeuge seien wegen den Großleinwänden bei der Fußball-Weltmeisterschaft notwendig. Wenn das nicht ein Minister gesagt hätte, hätte man diese Person ganz einfach für verrückt erklärt. Wobei ja Franz-Josef Jung offiziell noch den Zurückhaltenden spielt. Antreiber eines Einsatzes der Bundeswehr im Innern ist der Innenminister Wolfgang Schäuble. Der ließ keine passende und vor allem unpassende Gelegenheit aus, immer wieder genau das zu fordern. Warum nur, fragt sich da der Beobachter?

„Dümmlich und gefährlich“

Inzwischen gleicht die Debatte einem Dambruch. Verteidigungsminister Franz Josef Jung wird zur Absicherung der Fußball-WM erheblich mehr Soldaten bereitstellen als bisher geplant. „Ich bin mir mit Bundesinnenminister Schäuble darin einig, dass die Bundeswehr im Bedarfsfall bis zu 7000 Soldaten zum Schutz unserer Bevölkerung und der Gäste der Fußball-Weltmeisterschaft bereit hält“, sagte Jung der „Bild am Sonntag“. Ursprünglich waren nur etwa 2000 Soldaten im Gespräch. Insgesamt liegen Jung mehr als 100 Anträge auf Bundeswehr-Hilfe aus Ländern und Gemeinden vor.

„Dümmlich und gefährlich“ - mit drastischen Worten kommentiert der Fan-Forscher und Soziologe Gunter Pilz von der Universität Hannover die Warnungen vor großen Hooligan-Schlachten bei der WM 2006. Außerdem kritisiert er die Politik: Die Debatte über den Bundeswehr-Einsatz produziere eine Atmosphäre der Angst. In einem Interview mit tagesschau.de wies Pilz darauf hin, dass die Innenminister in den vergangenen Jahren immer Großereignisse genutzt haben, „um ihre Begehrlichkeiten voranzubringen und sich auch in anderen Gebieten etwas weiter vorzu-

wagen. Das sieht man auch jetzt bei der Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr. Man sollte besonnener sein und solche Anlässe nicht dazu nutzen, um unsere Verfassung weiter auszuhöhlen.“

Evelyn Kenzler wies bei einer der früheren Debatten zu recht darauf hin, dass: „gerade die Trennung von Polizei und Militär eine nicht zu unterschätzende Errungenschaft des demokratischen Rechtsstaates“ ist. „Polizeibeamte sind eben nicht dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen, sondern haben strikt nach dem Legalitätsprinzip und auf der Grundlage eines engmaschigen Regelungsnetzes zu handeln. Diese wichtigen rechtsstaatlichen Garantien würden durch erweiterte Einsatzbefugnisse der Bundeswehr erheblich aufgeweicht werden.“

Schritt über den Rubikon

Der Einsatz der Bundeswehr bei der Fußball-WM wäre denn auch der erste wirkliche Einsatz deutschen Militärs seit 1945 im Inland, sieht man einmal ab von den Sandsackschlachten gegen Hochwasser oder dem Einsammeln toter Vögel, um der Vogelgrippe vorzubeugen. Mit ihm würde ein weiterer Schritt in Richtung der völligen Aushöhlung des verfassungsrechtlichen Trennungsgebots

von Militär und Polizei gegangen. Das heißt wie die Beschränkungen für den Einsatz des deutschen Militärs außerhalb der Bundesrepublik, die aus der Niederlage der deutschen Wehrmacht und des deutschen Faschismus herrühren, in den 90er Jahren geschleift wurden, so sollen jetzt offensichtlich auch die Beschränkungen für einen Einsatz im Inneren fallen. „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet“, hatte es im Abschlussdokument der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 geheißen. 61 Jahre danach soll Militär auch im Inneren wieder zu Normalität werden.

Besonders brisant: Der Einsatz der AWACS-Maschinen muss vom NATO-Militärausschuss in Brüssel genehmigt werden. Die Mitglieder der Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) übernehmen dann diese Aufgabe und setzen dazu AWACS (Airborne Warning and Control System - luftgestütztes Frühwarn- und Kontrollsystem)-Fernaufklärer ein, in denen Soldaten verschiedener NATO-Mitgliedsländer als integrierte Einheit tätig sind. Mit diesen Flugzeugen werden Flugbewegungen, Fußballstadien und Großleinwände aus großer Höhe erfasst; sie können zugleich als Feuerleitstand für den Einsatz von Jagdflugzeugen dienen. Etwa ein Drittel des militärischen Personals des AWACS-Verbandes sind Soldaten der Bundeswehr in verschiedenen Funktionen. Dies wäre dann ein wesentlicher Schritt zur Militarisierung der Innenpolitik, bei dem die Fußballstadien im wahrsten Sinne des Wortes zu Schlachtfeldern zu werden drohen.



Boeing AWACS Luftaufklärer der NATO, Foto: zap16.com

(Un)Freiheit durch Sicherheit

Der schwarz-rote Koalitionsvertrag

von Kevin Gurka

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD ist ein rhetorisches „Meisterwerk“, das es versteht, die BürgerInnen zur Bildung von Trugschlüssen zu verleiten. Dabei sollte es die eigentliche Aufgabe eines solchen Vertrages sein, Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, Hunger und Kriege zu verhindern und zu beseitigen. Die von den drei Parteien vorgelegte Ausarbeitung dient aber vielmehr dazu, der Regierung beinahe unbegrenzten Spielraum in ihrem innenpolitischen Handeln einzuräumen. Als zentrale Merkmale des Koalitionsvertrags stechen hierbei unter Punkt VIII die Begriffe Freiheit und Sicherheit hervor, mit deren Verknüpfung suggeriert wird, dass das eine ohne das andere nicht möglich sei. Der folgende Beitrag setzt sich kritisch mit den Ausführungen über Freiheit und Sicherheit auseinander und versucht, die dadurch entstehenden Trugschlüsse offen zu legen.

Innenpolitik: Deutschland - ein sicheres und daher (un)freies Land

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit und Sicherheit seiner Bürger zu schützen.“ Diese Prämisse ist dahingehend nicht falsch, da es tatsächlich Aufgabe des Staates ist sowohl für die Freiheit seiner Bürger, als auch für ihre Sicherheit zu sorgen. Wichtig ist hierbei aber, dass der Staat auch in der Verantwortung steht, die Sicherheit der Menschen vor willkürlichen staatlichen Übergriffen zu gewährleisten und somit Freiheit zu garantieren. Genau dieser Aspekt wird aber durch die Zielsetzung im Koalitionsvertrag ausgeblendet und faktisch aufgehoben. Er verleitet zu einem Trugschluss, in dem er behauptet, dass Freiheit ohne Sicherheit nicht denkbar sei und dass beide Werte immer wieder neu - je nach den sich ändernden äußeren Bedingungen - ins Gleichgewicht zueinander gebracht werden müssten. Hiermit erteilt man sich einen Freibrief die Sicherheitsgesetze so anzupassen, dass von der so gerne postulierten Freiheit nicht mehr viel übrig bleibt, außer natürlich der Freiheit, Sicherheitsgesetze - je nach Art der Bedrohung - willkürlich zu erlassen.

Dabei ist es immer wieder ein beliebtes Mittel, auf das Gespenst des „islamisti-

sehen Terrors“ und der damit verbundenen Gefahr vor Anschlägen hinzuweisen und somit wesentliche Elemente der Freiheit auszuhebeln. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: „Die Möglichkeit solcher Anschläge kann jedoch keineswegs ausgeschlossen werden. Deshalb bleibt die Bekämpfung des Terrorismus eine sehr wesentliche Aufgabe aller deutschen Sicherheitsbehörden. Die Sicherheitsbehörden in Deutschland sind gut aufgestellt. Wir werden jedoch die im Grundsatz bewährte Sicherheitsarchitektur wo es nötig ist weiterentwickeln und überprüfen, inwieweit rechtliche Regelungen, etwa des Datenschutzes, einer effektiven Bekämpfung des Terrorismus und der Kriminalität entgegenstehen.“ Das heißt im Klartext, dass eben diese Sicherheit - die, wie suggeriert wird, zum Erhalt der Freiheit unabdingbar sei - Freiheit der Bürger vor staatlichen Repressionen per se ausschließt. Weitere Schritte die eine Einschränkung der Freiheit für die Menschen in diesem Staat zur Folge haben, werden in den folgenden Aussagen deutlich: „Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern müssen die rechtlichen Befugnisse für eine effektive gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus haben. Wir wollen auf der Basis der Vorarbeiten der Innenministerkonferenz schnellstmöglich eine Antiterrordatei schaffen.“ Und: „Eine moderne Sicherheitsarchitektur muss moderne Informationstechnik unter Wahrung des Datenschutzes [der aber je nach Lage zugunsten der Verbrechensbekämpfung eingeschränkt werden kann] konsequent einbeziehen. Daher wollen wir biometrische Verfahren verstärkt einsetzen (Pässe, Personalausweise, Visa, Aufenthaltstitel) und dazu das Pass- und Personalausweisgesetz novellieren. Wir werden unsere lebenswichtigen Informationsinfrastrukturen schützen und dazu den Nationalen Plan zum Schutz der Infrastrukturen umsetzen.“ Weiter heißt es: „Die DNA-Analyse hat sich als hervorragendes Mittel zur Strafverfolgung und zur Verbrechensaufklärung bewährt. Mit der Gesetzesänderung zum 1. November 2005 wurden die Anwendungsmöglichkeiten der DNA-Analyse im Strafverfahren erweitert. Dieses Gesetz wird nach zwei Jahren evaluiert werden. Im Rahmen

dessen wird zu prüfen sein, ob die DNA-Analyse aus kriminalpolitischen Gründen ausgeweitet werden muss.“ Somit wird klar, dass mit der Einführung einer Antiterrordatei, biometrischer Verfahren und der Erweiterung der Anwendung einer DNA-Analyse der Begriff Freiheit nur noch als Farce zu verstehen ist, wenn sie jeglichen Sicherheitsbemühungen weichen muss. Aussagen wie „Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar“ erscheinen im Zuge solcher Vorhaben nur noch wenig Gültigkeit aufzuweisen, abgesehen davon, dass die Begriffe Sicherheit und Freiheit schon selbst in einem antagonistischen Verhältnis zueinander stehen.

Die Trennung von Polizei und Militär

Die Trennung polizeilicher und militärischer Aufgaben, deren Aufhebung Innenminister Schäuble im Innland lieber heute als morgen, spätestens aber zur WM sehen möchte, scheint für die Große Koalition immer noch ein Ärgernis darzustellen, welches sie nun allzu gerne aus dem Weg geräumt sehen würde. Hilfreich ist auch hier wieder das Schreckensgespenst des internationalen Terrorismus. „Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus greifen äußere und innere Sicherheit immer stärker ineinander. Gleichwohl gilt die grundsätzliche Trennung zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben. Wir werden nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz prüfen, ob und inwieweit verfassungsrechtlicher Regelungsbedarf besteht. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Initiative für ein Seesicherheitsgesetz ergreifen.“

Im Zuge solch vehementer Grundgesetzänderungsversuche rücken Aussagen wie: „Das Bundeskriminalamt soll zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus Präventivbefugnisse erhalten“, gerne in den Hintergrund, verlieren aber dennoch nicht an Bedeutung. Solche Präventivbefugnisse dienen nicht der Freiheit der in diesem Staat lebenden Menschen und schon gar nicht ihrer Sicherheit, sondern sie vermindern ihre Freiheit, indem sie die Unsicherheit vergrößern, staatlicher Willkür ausgeliefert zu sein. Die Frage lautet daher, Freiheit für wen und Sicherheit vor was. Die Überschrift des Koalitionsvertrages „Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit“ erscheint somit als grob irreführend und sollte daher lauten: Gemeinsam gegen die Menschen in Deutschland. Mutig, aber bloß nicht menschlich.

Weltweite Kriege und antimilitaristische Optionen im 21. Jahrhundert

Festrede von Johannes Becker anlässlich des 10. Geburtstags der Informationsstelle Militarisation, Tübingen, 5. März 2005

Die meisten Dinge - oder wahrscheinlich sind euch alle Einzelaspekte nicht neu - aber vielleicht ist euch die Synopse neu und vielleicht ist das neu, was ich am Ende bringe, wo ich darauf eingehe, worauf wir als Friedensbewegung und Friedensforschung meiner Ansicht nach einen besonderen Wert und Schwerpunkt in der Aktion legen sollten.

Punkt 1: Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden geprägt von...

Erstens, dem US-amerikanischen Unilateralismus seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, das müssen wir weiter diskutieren;

Zweitens, von Verteilungskämpfen um die versiegenden Rohstoffe, auch das ist den meisten hier klar; und

Drittens, von der weiter wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich sowie der neuen Rolle des Islam in diesem Zusammenhang.

Ich mchte im Zusammenhang mit der wachsenden Rolle von Arm und Reich nur darauf hinweisen, dass der Arbeitskreis Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg herausgefunden hat, dass zwischen 80 und 90 Prozent der Ursachen aller Kriege nach 1945 nicht in religiösen oder ethnischen Problemen bestanden, sondern in der ungleichen Verteilung des Reichtums auf der Erde. Dies ist für mich ein ganz wichtiger Aspekt.

Punkt 2: Die Rolle der Europäischen Union...

als ökonomischem Global Player ist einstweilen ungeklärt. Wird ihre Verfassung ratifiziert, wird die EU in die militrpolitische Konkurrenz mit den USA eintreten - eine fatale Entwicklung.

Die Alternativen liegen auf der Hand. Tobias hat mich vor einer Woche in den Militrausschuss nach Brüssel eingeladen, was für mich eine sehr hilfreiche Erfahrung war. Dort haben sich die wenigen Abgeordneten und EuroexpertInnen überhaupt nicht interessiert, welche alternative Rolle die Europäische Union spielen könnte. Ich bin der Ansicht, dass wir es nicht mehr mit einer Wirtschafts-

organisation zu tun haben, sondern, wir haben es heute, am Beginn des 21. Jahrhunderts mit einem Instrumentarium von einer halben Milliarde Produzentinnen und Produzenten, Konsumentinnen und Konsumenten zu tun, die auf einem relativ gleich ausgebildeten Niveau agieren. Man kann die EU nicht bspws. mit den USA vergleichen, in denen ein Drittel der gesamten Bevölkerung nicht am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Prozess teilnimmt.

Nicht nur ich bin deshalb der Ansicht, dass diese EU sich nicht dadurch auf gleiche Augenhöhe mit den USA bewegen sollte, dass sie sich aufrüstet - die Fakten sind euch alle bekannt, schnelle Eingreiftruppe, Galileo, Miltrtransporter, Battlegroups - sondern, dass die EU die Chance wahrnehmen sollte, zu einem neuen Modell in der Austauschpolitik mit dem Rest der Welt zu werden. Das, was ich eben in Punkt 1 sagte: Wenn der Arbeitskreis Kriegsursachenforschung feststellt, dass 80 bis 90 Prozent der Konfliktursachen in der ungleichen Verteilung des Reichtums liegen, dann muss sich doch die Europäische Union fragen, ob nicht dort der Hebel angesetzt werden muss, warum wird stattdessen versucht, das Modell der USA und der NATO zu kopieren und aufzurüsten. Ich finde dieses Modell total verfehlt und auch völlig unökonomisch.

3. Die Banalisierung des Militärischen...

läuft in den USA und auch allen Staaten der EU nahezu reibungslos. Die Gegenkräfte scheinen hingegen marginalisiert. Ein neues Bild vom Krieg hat das Denken der Menschen ergriffen, ich komme hierauf später noch einmal zurück.

Wir haben im letzten Jahr in Marburg eine Konferenz zum Thema „Banal Militarism“, oder was ich noch schöner finde, das Gerundium, die „Banalisierung des Militärischen“, abgehalten. Überlegt euch doch mal, was heute passiert: Unsere Armee, „unsere Armee“ sage ich schon, das ist bereits ein Freudscher Versprecher, die Bundeswehr steht in sechs, sieben, acht Konflikten, je nachdem, was man hinzurechnet. Was wird diskutiert in diesem Land? Es wird diskutiert, ob die

Mission in A verlängert wird, ob man dazu den Bundestag hören muss oder es vielleicht auf Erlasswege regeln kann, ob man die Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft einsetzt - das ist die Banalisierung des Militärischen. Versetzt euch mal zurück in die 80iger Jahre, wenn man uns ein solches Szenario geboten hätte, was wäre passiert? Ich prophezeie, dass die Republik in Flammen gestanden hätte, das hätten wir nicht akzeptiert.

Aber die Fortsetzung des Politischen im Militärischen, die Banalisierung des Militärischen hat unsere Köpfe alle ergriffen. Da wird argumentiert mit zielgenauen Bombardierungen. Das Beispiel Iran, die USA und die NATO diskutieren offen darüber, ob man nicht den Iran zielgenau bombardieren könnte. Dann wird die Theorie des Krieges mit null Toten hoffähig gemacht. Natürlich haben sie Kriege mit fast null Toten geführt, das muss man ja akzeptieren - die USA haben im Jugoslawien-Krieg, den man so unrichtig Kosovo-Krieg nennt, 153 Leute verloren. Das ist gemessen am Zweiten Weltkrieg, bei dem sie eine sechsstellige Zahl von Männern oder dem Vietnam-Krieg, bei dem sie 65.000 verloren haben, natürlich so gut wie nichts. Aber deswegen wird der Krieg nicht humaner, aber im Massenbewusstsein ist Krieg als normales Mittel der Politik eingekehrt - Banalisierung des Militärischen.

4. Ein Blick nochmal auf die USA. Seit 9-11...

erklären die USA legitim den Krieg gegen den internationalen Terror und Terrorismus- niemand weiß genau was das ist, es kann niemand definieren. Man weiß bis heute nicht, wer die Anschläge in New York verübt hat. Niemand weiß, welche Rolle der CIA oder einer der anderen 27 Geheimdienste, oder einer der 16 Geheimdienste der Bundesrepublik dabei gespielt hat.

Aus diesem Kampf gegen den internationalen Terrorismus hat sich dann die Debatte um Prävention und Präemption ergeben. Die USA nehmen sich im Augenblick heraus, auf jedem Teil der Erde Krieg zu führen, wo immer sie es für nötig halten, um ihre Interessen auch präemptiv wahrzunehmen. Dies hat natürlich zur Konsequenz, dass bspws. Russland sich in Tschetschenien legitimiert sieht militärisch zu agieren und insgesamt die Politik aus dem Ruder gerät.

5. Neue Feindbilder

Nach der Wende 1989-91, rechnete man eigentlich - ich nicht, aber viele - mit dem,

was Bill Clinton damals die Friedensdividende genannt hatte. Also der Feind, der uns angeblich vierzig Jahre bedroht hat - das ist heute nicht unser Thema, hat uns die Sowjetunion wirklich bedroht? -, dieser Feind atomisiert sich. Damals haben wir geglaubt, wozu geben wir jetzt noch 30, vielleicht objektiv 40 Mrd. Euro für eine Bundeswehr aus, wozu brauchen die Briten, wozu die Franzosen eine große Armee?

Diese Friedensdividende wurde nicht realisiert. Wir haben zwar eine quantitative Abrüstung, aber eine qualitative Aufrüstung erlebt. Um das durchdrücken und im Massenbewusstsein verankern zu können, muss man neue Feindbilder aufbauen. Diese Feindbilder - und das ist vielleicht was neues -, die muss man außenpolitisch und innenpolitisch aufbauen.

Außenpolitisch, das ist nicht schwer drauf zu kommen, war dies zunächst einmal Milosevic in Jugoslawien, der sich irgendwie immer noch als Kommunist bezeichnet hatte. Dann war es der Irak, auch die Baath-Partei nennt sich sozialistisch. Dann waren es natürlich die Schurkenstaaten, und jetzt ist es das ganz große Feindbild der Islam und Islamismus - niemand weiß, was der Islam wirklich ist, aber es ist das tragende Feindbild.

Jetzt komme ich zum innenpolitischen Feindbild. Wenn man Kriege führen will, muss man das auch innenpolitisch absichern, man muss dafür sorgen, dass die Republik so ruhig bleibt, wie wir sie im Augenblick sehen. Ich glaube, dass innenpolitisch das Feindbild darin besteht, dass man in diesem Land von der sozialen Hängematte spricht, dass man die Langzeitarbeitslosen marginalisiert, ImigrantInnen und AsylbewerberInnen marginalisiert, ich komme darauf später nochmal zurück, wenn es um Strategien geht, wie wir daraus herauskommen können.

6. Die neuen Angriffskriege sind nicht mehr gewinnbar!

Der Jugoslawienkrieg ist, gegen alles, was die Medien schreiben, ein Desaster. Wir sind nicht in der Lage heute unsere Truppen abzuziehen, sondern wir werden sie noch für zehn, zwanzig Jahre dalassen müssen. Was haben wir erreicht dadurch?

Afghanistan, alles was ihr über die Situation in Afghanistan lest ist gelogen, es ist alles vollkommen gelogen. Afghanistan ist, im französischen sagt man ein Bordell. Die Situation dort, wie sie uns in den bürgerlichen Medien präsentiert wird, hat mit der Realität nichts zu tun. Die Situation der Frau habe sich verbes-

sert, schreibt die FAZ - das ist Quatsch. Alles Unsinn, die Warlords sind gestärkt worden, seit der Vorkriegszeit, die Situation der Frau ist beschissener, die Situation an den Universitäten ist beschissener. Wir haben in Marburg einen Kollegen, Matin Baraki, der Afghane ist, und einmal im Jahr hinfährt, der sagt uns, wie die Situation wirklich ist.

Irak - müssen wir über den Irak-Krieg reden? Was liest unser Volk über den Irak-Krieg? Na ja, dass da zwei Bomben in Bagdad hochgegangen sind. Die FAZ hat vor zwei Wochen eine Statistik gemacht. Es gab im letzten Jahr 2.500 Anschläge! Das ist die Realität des dritten Desasters - Angriffskriege sind nicht mehr zu führen. Die Frage ist natürlich, welche Konsequenzen dies haben könnte und sollte, für Menschen, die noch halbwegs vernünftig denken.

7. Die größte Hoffnung kommt aus Lateinamerika

Für mich kommt im Augenblick die größte Hoffnung aus Lateinamerika. In Lateinamerika hat sich Kuba in den letzten 15 Jahren überlebensfähig gemacht, wie man wohl sagen muss. In Kuba gab es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion den so genannten periodo especial, eine wirklich ganz schwierige Periode mit einer breiten, tiefen Armut. Die Regierung hat hieraus Konsequenzen ziehen müssen, mit der fatalen Folge, dass wir jetzt - ich sage wir, weil ich sehr viel mit Kuba arbeite - in Kuba arm und reich kennen, was vorher nicht der Fall war, aber es gab keine Alternative hierzu. Kuba hat einen Massentourismus aufgebaut und Joint Ventures ins Land geholt, aber Kuba hat überlebt. Und trotz dieser 15jährigen Phase tiefer Armut hat in Kuba keine einzige Schule und kein einziges Krankenhaus geschlossen. Und das ist für mich das Modell für die Entwicklungsländer, das heißt das Modell für 80 Prozent auf diesem Erdball.

Warum kommt meine Hoffnung aus Lateinamerika? Weil es jetzt ein paar Kopien von Kuba gibt. Eine dieser möglichen Kopien liegt in Venezuela, eine weitere liegt sicherlich in Bolivien. Wir haben weitere Länder wie Brasilien, Argentinien und selbst Chile, wo zumindest die Phase der Militärdiktaturen und der brachialen physischen Gewalt gegen unsere Positionen beendet ist.

Hier sieht sich der Unilateralismus, also die US-dominierte Logik der Politik, wirklich in einer Defensive. Hier können sie derzeit - auch weil sie mit 200.000 Leuten im Nahen Osten gebunden sind - nicht

eingreifen. Vielleicht eine kleine Seitenbemerkung: Alles was ihr über Venezuela in der bürgerlichen Presse lest, Diktatur, Chavez sei schon immer Militärputschist usw., hat nichts mit der Realität zu tun. Natürlich ist Chavez eine sehr vielschichtige Person. Aber ich weiß nicht, Chavez rüstet augenblicklich die Bevölkerung mit 1 Million Gewehren aus. Tut das jemand, der ein Diktator ist? Da muss man nicht Major gewesen sein, um da seine Zweifel zu haben.

8. Streitpunkte der Weltweiten Friedensbewegung

Die Streitpunkte liegen erstens in der Beurteilung der Rolle der USA vs. nationaler Imperialismen, also, nur als Schublade, Anti-US-Amerikanismus, Anti-Deutschtum...

Ein zweiter Streitpunkt in den Friedensbewegungen liegt natürlich in der Beurteilung der Europäischen Union, der EU-Militarisierung. Wir haben das in Marburg besonders erlebt. Die IALANA, also die JuristInnen gegen atomare und chemische Aufrüstung, haben einen heftigen Konflikt mit meinen und IMI-Positionen gehabt. Die IALANA sagt, wir müssen in der Europäischen Union versuchen den Prozess zu strukturieren, zu beeinflussen. Also die bloße Ablehnung der Militarisierung genüge nicht. Generelle Ablehnung vs. eingreifendes Mitgestalten, habe ich das hier genannt.

Ein dritter Streitpunkt in der Friedensbewegung ist die Beurteilung supranationaler Organisationen. Also wie beurteilen wir die OSZE (die ehemalige KSZE), welche Potenzen liegen da drin. Aber vor allem, wie beurteilen wir die UNO und welche Potenzen liegen in der UNO. Was bedeutet es, wenn wir sagen, das ist zumindest meine Position, ja, das Gewaltmonopol muss bei der UNO liegen, die UNO-Charta gilt es zu schützen, aber wir müssen die UNO reformieren. Was bedeutet das? Jeder Mensch hat eine andere Vorstellung von der Reform der UNO. Wir hier im Raum stimmen sicher darin überein, dass die Reform der UNO nicht bedeuten kann, dass Deutschland einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat bekommt, aber das ist nunmal Mainstream in den Köpfen der Menschen.

Ein vierter Streitpunkt in der Friedensbewegung ist natürlich die Beurteilung der Globalisierung. Globalisierung hat ja nicht nur negative Aspekte, sowohl in der dritten, als auch der ersten Welt.

Einen fünften Streitpunkt habe ich eben schon angesprochen. Wir sind uns nicht immer einig darüber, wie wir Befreiungs-

bewegungen in der so genannten dritten Welt, in den Entwicklungsländern beurteilen sollen, also jetzt ganz konkret am Beispiel Venezuela und Chavez. Aber insgesamt muss man natürlich konstatieren, die Fragen, die Beurteilung dessen, was ich eben über Lateinamerika gesagt habe, ist völlig in den Hintergrund geraten. Wenn ihr euch mal zurückversetzt in die siebziger Jahre, als wir in Chile einen Aufbruch hatten, als wir in den 80er Jahren in El Salvador in Nicaragua den Aufbruch hatten, wer bitte schön diskutiert heute in unseren Bewegungen über Lateinamerika?

9. Ein Wort zur deutschen Friedensbewegung

Insgesamt hat die deutsche Friedensbewegung meiner Ansicht nach den Schwenk in der Sicherheitspolitik von einer eher zivilen Logik der Bundesrepublik in den 50er, 60er, 70er Jahren, hin zur Militärlogik, im Prinzip hat das die Friedensbewegung, ich will nicht sagen geschluckt, aber sie nimmt es hin. Sie nimmt es hin und ist nicht in der Lage sich dagegen zu wehren.

Schröder hat ja nicht gesagt, im Irak-Krieg, wir sind gegen einen Krieg und gegen den Einsatz von Militär. Sondern er hat gesagt nicht jetzt und nicht an der Seite der USA. Und er hat von einem deutschen Weg gesprochen, das heißt die Bundesrepublik Deutschland, will als imperialer Akteur handeln, wie mein großer Lehrer Czempel in Marburg sagt, er sagt immer noch nicht imperialistisch, weil das doch zu marxistisch wäre. Die Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch!

Alles das wird in diesem Land vom Massenbewusstsein geschluckt und wir in der Friedensbewegung sind nicht in der Lage, die Menschen gegen solche Saureien auf die Straße zu bringen, was mich zu meinem letzten Punkt bringt.

10. Der Zusammenhang von Sozialabbau und außenpolitischer Aggression

Ich glaube, dass die Friedensbewegung und Friedensforschung sowie die Bewegungsforschung, den Einfluss auf die sozial- und Wirtschaftspolitik auf den Zustand des Landes vernachlässigt.

Eigenartigerweise haben wir es auf der einen Seite damit zu tun, dass die Interventionstätigkeit von BRD, EU und NATO zugenommen hat, und auf der anderen Seite aber die Republik ruhig ist.

Der Kanzler einer sozialdemokratisch-grünen Regierung hat als das wesentliche Moment seiner ersten Legislaturperiode die Enttabuisierung des Militärischen

benannt. Eigentlich hätte die Hälfte seiner Partei austreten müssen, aber nichts ist passiert; und auf der anderen Seite gibt es dagegen, wie bereits gesagt, keine nennenswerte antimilitaristische Bewegung.

Zum Beispiel, als wir vor zwei Jahren auf der Anti-Sozialdumping-Demo waren, da waren in Köln etwa 150.000 Menschen und ich habe eine Pace-Fahne dabei gehabt und außer meiner noch eine einzige gesehen. Es gab Tausende von IG-Metall-Fahnen und Tausende GEW-Fahnen. Es wurde also nicht die Brücke hergestellt, zwischen dem, was ich in einer meiner ersten Thesen erwähnt hatte, diesem innen- und außenpolitischen Feindbild, was aufgebaut worden ist, wo das eine nicht ohne das andere existieren kann. Jetzt gehe ich nochmal auf das innenpolitische ein.

Ich glaube drei Faktoren sind für die Ruhe dieser Republik - und die Ruhe dieser Republik geht mir ungeheuer auf den Senkel - verantwortlich.

Erstens, die Menschen sind natürlich durch die Massenarbeitslosigkeit verängstigt. Wir haben in der Realität nicht 5 sondern 8 Millionen Arbeitslose, das ist die Realität. Perspektivlosigkeit der Jugend, Zukunftsängste, Verarmungsängste, alle diese Ängste haben einen realen Hintergrund, es ist ja nicht so, dass sich die Leute irgendetwas einbilden. Das prägt zunächst einmal das Klima in dieser Republik. Das Klima zum Beispiel in Frankreich ist ein vollkommen anderes. Wenn die Menschen in Frankreich gefragt werden, was sie am meisten bedrängt, so ist das ihre körperlich Unversehrtheit, die

haben einfach Angst, dass ihnen jemand die Handtasche wegreißt. Bei uns sind das ganz andere, fundamentale Ängste, nämlich was die Perspektive anbelangt.

Und jetzt komme ich zu den beiden weiteren harten Fakten, die meiner Ansicht nach diese ruhige Republik produzieren.

Zweitens, die Menschen in unserem Land haben die individuellen Schuldzuschreibungen akzeptiert. Die 8 Millionen Arbeitslosen, von denen übrigens, wie wir aus ganz seriösen Untersuchungen wissen, 7,5 Millionen arbeiten wollen oder müssen, haben das Stigma selbst akzeptiert.

Ich will euch das banalisieren: Musste ich mein Abi abbrechen? Musste ich im Studium so früh die Kinder kriegen? Hätte ich nicht noch Fortbildung d, c, e machen können? Musste ich da ins Ausland gehen? Warum bin ich in unserem Betrieb Vertrauensfrau geworden?

Also individuelle Schuldzuschreibung - und individuelle Schuldzuschreibung verunmöglicht Solidarisierung, das ist ein großes Problem. Wir haben vor ein paar Jahren in Marburg vom AjLE (Arbeitskreis junger LehrerInnen und ErzieherInnen) aus 800 Arbeitslose LehrerInnen eingeladen. Von 800 sind 3 - nicht 300 und auch nicht 30 - sondern 3 sind gekommen. Ein Großteil der anderen hat sich geschämt. Eine Solidarisierung der Entrechteten ist nicht passiert, denn es handelt sich um einen Prozess der Atomisierung und Pulverisierung.

Neben dieser Stigmatisierung, dass die Leute glauben, sie seien selbst für ihre Lage verantwortlich und deswegen auch

IRAK

Zur Flughafenüberwachung in Mosul werden von einem deutschen Sicherheitsdienst mehrere

Geprüfte Sicherheitsdienstleistungsfachkräfte

mit Englisch-Kenntnissen gesucht.

Aufgaben: Patrouillendienste, Personenkontrolle, Objektüberwachung.

Voraussetzungen: IHK-geprüft (nach § 34a), Englisch zur Verständigung am Arbeitsplatz unerlässlich, Waffensachkunde erwünscht. Nur Bewerber bis 45 Jahre, körperlich fit.

Konditionen: deutscher Arbeitsvertrag, unbefristet, Stellenantritt: 01.09.2004. Vollzeitstelle in Schichtdienst (8 Std./tägl.). Der Arbeitgeber bietet ein überdurchschnittliches Gehalt, zuzüglich Auslöse, Flug, Unterkunft und Lebensversicherung.

Bewerbungen erbeten bis Ende August (Lebenslauf in Englisch mit Telefonnummer, Referenzen und Kopie der IHK-Prüfung) an die

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV)
 Internationaler Arbeitsmarkt
 Villemombler Str. 76, 53123 Bonn
 ENR 08101 270704 19640
 Yvonne Nikolay, Tel.: 0228/713-1075
 E-Mail: Bonn-ZAV.weltweit@arbeitsagentur.de

A-04-535 IRK

Anzeige in Markt und Chance 33 (13.8.2004), Zeitschrift der Arbeitsagentur

nichts dagegen unternehmen („Ich hab doch kein Recht was zu fordern.“), gibt es noch einen letzten Punkt.

Die Menschen glauben, dass wir in diesem Land nichts zu verteilen haben. Die Menschen glauben, dass unsere Kassen leer sind, und die öffentlichen Kassen sind auch leer, das ist das Problem der Wahrheit daran. Aber, ich bin Mitglied einer kleinen Organisation, die immerhin 600 WirtschaftswissenschaftlerInnen umfasst, die so genannte Memo-Gruppe von der Uni Bremen um Jörg Huffschmidt, die jedes Jahr ein Memorandum herausgibt. Wir haben für das Jahr 2005 errechnet, dass der Staat sich 132 Milliarden Euro entgehen lassen hat, die ihm an Steuereinnahmen zustünden, ohne dass er - wie ich mir das sehnlichst wünschen würde - dass er das politische System ändert. Wir haben im letzten Jahr ein Defizit von 40 Milliarden und wir haben etwa 40-50 Milliarden an Schuldendienst leisten müssen, aber

132 hätte der Staat sich hohlen können, wie sich genau belegen lässt.

Nur noch eine Kleinigkeit, ich hoffe es kommt jetzt niemand aus Stuttgart, ich habe Daimler Aktien, das gebe ich unheimlich ungern zu. Ich weiß nicht wie ich dazu komme, mein Vater hat sie mir einmal geschenkt, aber ich hab sie nun einmal - nicht sehr viele. Ich bekomme jedes Jahr von „meinem“ Konzern eine Dividende überwiesen. Vorletzte Woche las ich in der FAZ, 4.7 Mrd. Euro Gewinn, Daimler zahlt in diesem Jahr keine Steuern. Sie haben gesagt, wahrscheinlich im nächsten Jahr würden sie wieder Steuern zahlen. Und von diesen Daimlers, von denen gibt es 50-80 Unternehmen in diesem Land, was eine der Quellen für die 132 Milliarden ist.

Also, ich fasse nochmal zusammen, diese letzten drei Punkte sind mir sehr wichtig. Warum kommen wir in diesem Land, das interventionistisch ist, wieso kommen wir

in dieser Europäischen Union, die interventionistisch ist, mit unserer Bewegung nicht an die Herzen und Köpfe der Menschen heran. Erstens, natürlich, objektiv Massenarbeitslosigkeit, ganz grausam. Zweitens aber, die Menschen haben die individuelle Schuldzuschreibung akzeptiert. Und drittens, sie glauben, dass in diesem Land nichts zu verteilen ist.

Fazit

Die Optionen der antimilitaristischen Bewegung liegen in der fortwährenden Aufklärung über die oben angeführten Zusammenhänge. Sie darf sich nicht entmutigen lassen, sie darf nicht dem Charme der Macht erliegen, sie darf keine faulen Kompromisse eingehen und die Friedensbewegung muss sich weiter mit ihren verschiedenen Armen einander weiter zuhören.

Mein letzter Satz: Weiter IMI bleiben: Instinctively Mainstream Ignoring!

Parlamentarische Immunität von IMI-Vorstandsmitglied Tobias Pflüger aufgehoben

Am 16. Mai 2006 beschloss eine breite Koalition aus Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten, Grünen und Rechts-extremen die Aufhebung der Immunität des Europaabgeordneten und Vorstandsmitglieds der Informationsstelle Militarisierung (IMI), Tobias Pflüger. Einzig die Linksfraktion GUE/NGL lehnte diesen Antrag geschlossen ab.

Die Informationsstelle Militarisierung wendet sich scharf gegen diesen eindeutig politisch motivierten Angriff auf unser Vorstandsmitglied.

Zum Hintergrund: Die Staatsanwaltschaft München wirft Tobias Pflüger vor, während einer Demonstration Straftaten begangen zu haben, als er Polizeibeamte um Auskunft über die brutale Festnahme eines Demonstrationsteilnehmers bat. Dabei wies er sich ihnen gegenüber als Europaabgeordneter aus und wurde von zwei Polizeibeamten - ein halbes Jahr nach der angeblichen Tat - angezeigt.

Die Version der Staatsanwaltschaft ist derart hanebüchen, dass sich hieraus nur ein Schluss ergibt. Über Repression soll die politische Arbeit unseres Vorstandsmitglieds behindert, wenn nicht gar verunmöglicht werden. Dass dies nun gerade im Kontext der sehr erfolgreichen Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz geschieht, ist wohl ebenfalls kein Zufall und hat eine lange Vorgeschichte.

Insgesamt ist dies inzwischen das vierte polizeiliche bzw. justizielle Vorgehen (1999, 2003, 2004, 2005) einer bestimmten Staatsanwaltschaft in Bayern

(„Staatsanwaltschaft München I“) gegen Tobias Pflüger anlässlich seiner Beteiligung an Protesten gegen die Münchener Sicherheitskonferenz.

Nachdem Tobias Pflüger 1999 Bundeswehrsoldaten dazu aufforderte, den „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zu verweigern und/oder zu desertieren“, ermittelte u.a. die Münchner Staatsanwaltschaft gegen ihn. Tobias Pflüger wurde jedoch von einem Tübinger Gericht im Jahr 2000 vom Vorwurf der Aufforderung zu einer Straftat freigesprochen. Damit wurde richterlich eingeräumt, dass dieser Krieg gegen die Verfassung verstieß (näheres unter <http://www.imi-online.de/liste.php3?mail=89>). Dieses Verfahren bildete den Auftakt zu einer langen Reihe von Repressionsmaßnahmen, die nun in der Aufhebung der Immunität gipfelten. Das Verfahren 2003 wurde eingestellt und für seine brutale Festnahme im Jahr 2004 entschuldigte sich die Polizei sogar später bei ihm.

München während der Sicherheitskonferenz soll offensichtlich zum rechtsfreien Raum gemacht werden. Während im bayrischen Hof grundgesetzwidrige Angriffskriege vorbereitet werden (1999 Angriffskrieg auf Jugoslawien, 2002 der so genannte „Anti-Terror-Krieg“, 2003 Irakkrieg und 2006 wahrscheinlich der kommende Krieg gegen den Iran), hebeln Polizei und Justiz gleichzeitig grundlegende demokratische Rechte aus.

Mit der heutigen Entscheidung der Mehrheit des Europäischen Parlaments

wurde für die politische Verfolgung der Proteste gegen die NATO-Kriegstreiber grünes Licht gegeben. Die Aushöhlung von Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland und in der EU geht immer weiter, da ist dieser Fall nur einer unter vielen, wirft aber ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der politischen Kultur innerhalb der Europäischen Union.

Erinnert sei hier nur an die Repressionsmaßnahmen gegen Claus Schreer, einen der Organisatoren der Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz, und gegen zahlreiche andere TeilnehmerInnen an den Protesten.

Wir werden natürlich genau beobachten und darüber informieren, wie in dem nun anstehenden Gerichtsverfahren versucht werden wird, aus dem Einsatz für einen brutal festgenommenen Demonstranten, eine Straftat zu konstruieren.

Die neuerlichen Repressionen gegen Tobias Pflüger zeigen deutlich wie erfolgreich die Proteste in München die hässliche Fratze der herrschenden Kriegspolitik zu Tage bringen. Wir werden uns von diesen Repressionsmaßnahmen nicht entmutigen lassen, sondern im Gegenteil unseren Einsatz gegen die NATO-Kriegspolitik 2007 noch weiter intensivieren.

Online Solidaritätserklärung unter <http://www.thomas-mitsch.de/> (links unter „Petition Tobias Pflüger“)

IMI

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

Proteste gegen Militärbasis

Im Zuge der nach 9/11 geplanten weltweiten Umstrukturierung von US-Militärbasen soll die Zahl der in Südkorea stationierten US-Soldaten von 37.000 auf 25.000 reduziert werden. Alte, schwerfällige Einheiten aus der Zeit der Blockkonfrontation sollen von der nordkoreanischen Grenze abgezogen und dafür mobilere im Landesinneren offensichtlich gegen China in Stellung gebracht werden. Dafür soll nun der größte US-Flughafen nahe dem Dorf Daechuri weiter ausgebaut werden. Das Dorf musste bereits 1952 der Militärbasis weichen und die Bauern legten nur wenige Kilometer weiter neue Felder an und bauten neue Häuser auf, die nun wieder eingerissen werden sollen.

Während einige Bewohner sich mit etwas Geld abspeisen ließen und bereits weggezogen sind, probt der Rest den Aufstand - mit Unterstützung vieler Studenten und NGOs. Am 4. Mai räumten Medienberichten zu Folge 18.000 koreanische Soldaten und Polizisten eine Schule, die den Protestierenden als Anlaufstelle diente. Dabei wurden 400 Menschen festgenommen, 200 verletzt, 16 sitzen noch immer in Haft. Seitdem ist das Dorf mit Stacheldraht umzäunt, Soldaten besetzen die Felder um eine Aussaat zu verhindern und haben Straßensperren an den Zufahrtswegen sowie Kameras installiert. Doch mittlerweile ist der Ort zum Symbol für den Widerstand gegen die US-Soldaten geworden, in Seoul gab es eine Solidaritätskundgebung, für den 4. Juni, die letzte Frist für die Bewohner, wird weltweit zu Protesten aufgerufen. Jüngsten Umfragen zufolge, werden die USA als eine größere Bedrohung für das Land angesehen, als der „Schurkenstaat“ Nordkorea.

Nationalgarde gegen Immigranten

Auf die gewaltigen Proteste illegalisierter MigrantInnen in den USA reagierte Präsident Bush einerseits mit der Ankündigung, diejenigen zu legalisieren, die schon länger in unterbezahlten Jobs in den USA arbeiten, englisch gelernt haben und bereit sind, „eine nicht unerhebliche Strafgebühr für ihren Gesetzesbruch“ zu bezahlen. Andererseits sollen 6000 Nationalgardisten an die Grenze verlegt werden

und die Grenzpolizei unterstützen. Vincente Fox, Präsident Mexikos befürchtet nun, dass Mexikaner beim Grenzübertritt erschossen werden könnten und kritisierte in einem Telefonat mit Bush die Militarisierung der Grenze.

Satelliten gegen Immigranten

Das Drama vor den Kanaren will nicht enden. Trotz von der EU finanzierter Lager und Patrouillenboote in Mauretanien, trotz spanischer Militärschiffe und Düsenjäger zwischen den südlichsten Ausläufern Spaniens und Afrika kommen immer weitere Boote mit Immigranten auf den Kanaren an, mittlerweile sogar aus dem Senegal. Früher benutzten die Flüchtlinge und MigrantInnen hierfür Linienflüge, dann Fähren aus den Exklaven Ceuta und Melilla oder sie wagten die aus heutiger Sicht relativ ungefährliche Überfahrt über die Straße von Gibraltar.

Seit all diese Wege weitgehend blockiert sind, weichen sie auf abenteuerlichere Routen über Mauretanien und Senegal aus - und sterben zu Hunderten. Nicht zuletzt, da sie mit kleinen Booten der Überwachungstechnologie zu entkommen versuchen. Nun sollen optische und Radar-Informationen von drei französischen, einem taiwanesischen und zwei kanadischen Satelliten über MariSS (Maritime Security Services) kombiniert werden, um die Flüchtlingsboote aufzuspüren. Bislang wurden die meisten derer, die lebend die Kanaren erreicht haben, auf das spanische Festland verbracht. Illegalisierte spielen eine wichtige Rolle für die ökonomische Entwicklung Spaniens.

Gebirgsjäbertreffen gestört

Damit der Tourismus in Mittenwald zum Pfingstwochenende weniger durch angereiste Antifaschisten gestört wird und in der Hoffnung, das Mobilisierungspotential der „Brendtgegner“ zu senken, wurde eine der ältesten und größten Soldatenfeierlichkeiten mit Wehrmachtveteranen dieses Jahr eine Woche vorverlegt. 800 Gebirgsjäger, Veteranen, Freunde und Angehörige nahmen auch dieses Jahr an den Feierlichkeiten mit Gedenkgottesdienst auf dem Hohen Brendten nahe dem beschaulich-konservativen Mittenwald teil. Dessen Bevölkerung steht weitgehend sowohl hinter den im Ort

stationierten Eliteeinheiten als auch den reaktionären Feierlichkeiten. Von den Verbrechen an denen Soldaten aus dem Ort und den gefeierten Gebirgsjägereinheiten während des Nationalsozialismus beteiligt waren, wollen sie nichts wissen.

Der Historikerverband „Angreifbare Traditionspflege“ und die VVN-BdA kritisieren seit 2002 das Treffen und weisen auf die von den Gebirgsjäger begangenen Massaker hin. Auch dieses Jahr versammelten sich im Ort 300 Antifaschisten und Kriegsgegner zu einer Veranstaltung und einem Sternmarsch. Sie skandierten die Ortsnamen der Massaker, forderten Entschädigung der Opfer und konnten die Feierlichkeiten stören. Es waren etwa 400 Polizeibeamte im Einsatz, neun DemonstrantInnen wurden festgenommen.

Kriegsübungen verhindert

Die deutschen Regierungen versuchen seit 1992, die Kyritz-Ruppiner Heide einen Luft-Boden-Schießplatz (Bombodrom) zu nutzen. Geplant sind laut Verteidigungsministerium jährlich bis zu 1.700 Kampfübungen mit rund 8.500 Tiefflügen. Ebenfalls seit 1992 kämpft die BI FREIE HEIDE gegen die geplanten Kriegsübungen. Bislang verhindern außerdem Klagen von Gemeinden und Anwohnern die Inbetriebnahme. Deren aufschiebende Wirkung wollte der Verteidigungsminister nun aufheben, um mit dem Abwurf der Bomben beginnen zu können. Das Potsdamer Verwaltungsgericht lehnte dies Mitte Mai in zwei Fällen ab.

Widerstand gegen Irakkrieg

Während „Großmütter für den Frieden“ Rekrutierungsbüros in den USA blockieren, reiste Cindy Sheehan nach Kanada, um dort einerseits den Rückzug der kanadischen Truppen aus Afghanistan, andererseits Asyl für fahnenflüchtige US-Soldaten zu fordern. Ende Mai wurden nun 20 Demonstranten festgenommen, die in der Hafenstadt Olympia die Verschiffung von Kriegsmaterial in den Irak verhindern wollten. Nach Angaben der Polizei hätten sie ein Tor niedergerissen und Wachleute mit Steinen und Flaschen angegriffen. 40 Kriegsgegner verharrten auch nach den Auseinandersetzungen bei einer nächtlichen Mahnwache.

Die Besetzung des Iraks und ihre „Kollateralschäden“

von Kevin Gurka

Am 20. März 2003 erfolgte der Angriff der „freiheitlich demokratischen Allianz“ unter der Führung der USA und unter Beteiligung 48 weiterer Staaten, auf den Irak, *Operation Iraqi Freedom*. Als offizielle Rechtfertigung für diesen Angriffskrieg diente der angebliche Besitz von Massenvernichtungswaffen, der dem Irak aber nie nachgewiesen werden konnte. Legitimiert wurde er darüber hinaus mit der Menschenrechtslage im Irak. Diese wurde als überaus prekär empfunden und es bot sich geradezu an, die seitens eines autoritären Regimes verübten Massenmorde an Kurden und Schiiten unter dem Befehl Saddam Husseins als ein Paradebeispiel barbarischen Terrors zu propagieren. Einen weiteren Legitimationsgrund lieferte die angebliche Unterstützung des Terrornetzwerks Al-Quaida.¹ Die Konsequenz konnte daher nur eine Besetzung des Iraks sein - eine Besetzung mit Soldaten, die sich allesamt den „freiheitlich demokratischen Werten“ verpflichtet fühlen, die einen unmittelbaren Angriff mit Massenvernichtungswaffen auf die „freiheitliche demokratische Welt“ zu verhindern wissen und darüber hinaus das irakische Volk aus den Klauen des irakischen Diktators Saddam Hussein befreien. Schließlich, nach erfolgreicher Mission, sollte dieses Land mit einer Demokratie versehen und somit für Freiheit, Frieden, Demokratie und Wohlstand im Irak gesorgt werden.

Die Massenvernichtungswaffen wurden nie gefunden, das Land wurde inzwischen zum radikalsten Spielfeld neoliberaler Ausbeutungspolitik gemacht,² Freiheit und Frieden sind für den Irak in weitere Ferne gerückt als je zuvor und eine Demokratie unter der Schirmherrschaft der USA erscheint geradezu als Widerspruch in sich.

Die verheimlichten Opfer der Irak-Besetzung

Tatsächlich hat sich die Menschenrechtslage im Irak seit der Okkupation durch die Truppen der „freiheitlich demokratischen Allianz“ dramatisch verschlechtert und die Zahl der zivilen Opfer drastisch erhöht, was aber seitens der Besatzungs-

mächte USA und England bislang erfolgreich geleugnet wird.

Der Oberkommandierende der US Armee, General Tommy Franks, antwortete auf eine Frage nach den irakischen Opfern von Krieg und Besetzung mit der Aussage, „We don't do body counts“ - Wir zählen keine Leichen.³ Konsequenterweise wurde dem irakischen Gesundheitsministerium in Bagdad untersagt, Informationen über zivile Opfer herauszugeben. „Die irakische Regierung untersagte ihrem Gesundheitsministerium Informationen darüber zu veröffentlichen, wie viele Iraker getötet wurden und von wem.“⁴ Sollte es dennoch öffentlich werden, dass die Aktivitäten der Besatzungsmächte zivile Opfer forderten, so werden diese als Kollateralschäden verbucht. „Die Opfer amerikanischer Aggression, sind irgendeiner weiteren Bestätigung unwürdig und werden einfach als Kollateralschäden abgetan.“⁵

Das Projekt „Iraq Body Count“, das es sich zur Aufgabe gemacht hat alle, als Folge der amerikanischen Invasion, getöteten Zivilisten zu registrieren, zählt mindestens 34.511 zivile Opfer.⁶ „Die meisten Todesfälle waren auf Gewalteinwirkung zurückzuführen, hauptsächlich auf Angriffe der US-Luftwaffe und Artilleriefeuer der alliierten Bodentruppen. Die Opfer waren größtenteils Frauen und Kinder.“⁷

Eine Studie, erstellt von Epidemiologen der Johns Hopkins School of Public Health und Ärzten der Al-Mustansiriya Universität in Bagdad - erschienen im *Lancet*, einer renommierten Ärztezeitung⁸ -, berücksichtigt auch indirekte Todesopfer durch Krankheiten, etc. und kommt selbst bei vorsichtiger Interpretation auf 98.000 irakische Zivilisten, die in den ersten 18 Monaten an den Folgen des Krieges und der Besetzung starben. Dass diese Zahlen seitens der amerikanischen und englischen Regierung als spekulativ und nicht glaubwürdig abgestempelt wurden, scheint angesichts der vorherrschenden Besatzungspolitik nur konsequent zu sein, müssten sie andernfalls ja eine moralische Bankrotterklärung eingestehen.

Schießen auf Verdacht

Natürlich drängt sich angesichts solcher horrender Zahlen die Frage auf, warum es überhaupt zivile Opfer gibt, zumal der Krieg im Irak offiziell beendet ist und das Land unter dem Protektorat „freiheitlicher demokratischer Staaten“ steht, für die die Wahrung der Menschenrechte angeblich das oberste Gebot sei. Die Antwort wird sicherlich im Verhalten der Besatzer zu finden sein, das darin gipfelt, dass die Besatzungskräfte auf alles schießen, was ihnen verdächtig erscheint und sei es nur weil er/sie/es sich bewegt hat, oder den Befehlen US-amerikanischer Besatzer nicht bei Zeit folge leisten konnte. Verantwortlich hierfür ist neben einem Mangel an englischem Sprachvermögen und der Unklarheit vieler Anweisungen sicherlich auch die Paranoia der Besatzer, wie Patrick Cockburn, britischer Journalist, es in seinem Artikel „Jede(r) ist in Gefahr vor schießwütigen US Truppen“ eindrucksvoll schildert. Er berichtet, wie er, als er in seinem Auto saß, beinahe von amerikanischen Soldaten erschossen wurde, weil er zuvor mit einem Satellitentelefon telefonierte und nicht unmittelbar den sich widersprechenden Befehlen dieser Soldaten nachkam, die mit Gewehren im Anschlag auf sein Auto zukamen. „Hätten ich und die beiden Iraker im Auto nicht unmittelbar begriffen, dass die Soldaten uns anschrien und wären deshalb weitergefahren, wäre die Wahrscheinlichkeit, dass sie uns erschossen hätten relativ groß gewesen.“⁹

Situationen wie diese sind für die im Irak lebenden Menschen keine Seltenheit. Ein pro-amerikanischer Minister in Bagdad wies seinen Fahrer an vorsichtig zu sein, denn die größte Gefahr im Irak sei es nicht von Aufständischen Irakern umgebracht, sondern aus Versehen von US-Soldaten erschossen zu werden. Laut Cockburn sei es schwierig zu wissen, was einen amerikanischen Soldaten dazu veranlasst das Feuer zu eröffnen. Ein irakischer Polizeioffizier sei schwer am Kopf verletzt worden, weil er am Straßenrand anhielt, um zwei seiner Freunde aussteigen zu lassen, ein irakischer Journalist und Freund Cockburns wurde auf der Fahrt mit dem Auto zum Schwimmbad von US-Soldaten erschossen. In Baij, nördlich von Bagdad, wurde ein Kind von einer US-Patrouille erschossen, weil es auf Geheiß seines Vaters versuchte die Sattelitenschüssel auf dem Dach zu justieren.

Scheinen all diese Menschen Opfer US-amerikanischer Paranoia zu sein, so kann die Exekution einer elfköpfigen Familie

im Dorf Abu Sifa, 80 Km nördlich von Bagdad, nicht mehr mit dem Argument entschuldigt werden, amerikanische Soldaten hätten sich bedroht gefühlt und daher in Notwehr gehandelt.

Die US-Armee in ihrer Funktion als Todesschwadron

Am Mittwoch, den 15. März 2006 stürmten amerikanische Soldaten um 2:30 Uhr morgens das Haus der Familie Khalaf. Unterstützt wurden sie dabei durch massiven Beschuss des Hauses aus einem Helikopter der US-Armee. Nach Angaben der örtlichen Polizei wurden die Bewohner in einem Raum ihres Heimes zusammengetrieben und dort von den Soldaten hingerichtet. Exekutiert wurden vier Frauen (22, 23, 30 und 75 Jahre alt), zwei Männer (22 und 28 Jahre alt) und fünf Kinder (zwei von ihnen waren 5, zwei 3 Jahre und eines war 6 Monate alt). Nach der Hinrichtung wurden die drei Autos der Familie angezündet, ihre Tiere getötet und das Haus bombardiert.

Ibraheem Hirat Khalaf, dessen Bruder Faiz das Haus gehörte und der bei dem Anschlag sein Leben verlor, berichtete er habe die Hinrichtungen von seinem knapp 100 Meter entfernten Haus aus gehört. Er sagte ebenfalls, die US Truppen hätten das Haus aus einem Helikopter heraus mit sechs Raketen bombardiert. Der örtliche Polizeikommandant, Lt. Col. Farooq Hussain, berichtete,¹⁰ die Autopsie im Krankenhaus in Tirkit habe ergeben, dass alle Opfer Kopfschüsse aufwiesen und Handschellen trugen. US-Major, Tim Keefe¹¹, US-Militärsprecher im Irak sagte, er habe die Bilder der Opfer gesehen, konnte keine Handschellen erkennen und bezweifle daher die Gültigkeit dieses Autopsieberichts. Der Grund für dieses Verbrechen sei laut US Angaben, (wen wundert dies?) die Jagd nach einem Al Quaida Terroristen gewesen, der sich eben in diesem Haus aufgehalten haben soll.

Rasheed Thair, ein Angestellter des Distrikts Ishaqi, in dem sich das Dorf Abu Sifa befindet, sagte, die Stadt sei tief bestürzt über die Morde. Weiterhin sagte er: „Alle kamen zur Beerdigung. [...] Wir wollen, dass die Amerikaner eine Erklärung für dieses schreckliche Verbrechen abgeben, welches 11 Personen das Lächeln und den Traum einer

Frühlingsnacht nahm und sogar das einfache Spielzeug der Kinder zerstörte.“¹²

Fadenscheinige Erklärungen und die Realität für die Opfer

US Präsident Bush sagte in einer Rede, in der er das Ende größerer Kampfhandlungen verkündete, „Mit neuen Taktiken und Präzisionswaffen können wir militärische Ziele erreichen, ohne Gewalt gegen Zivilisten richten zu müssen. Keine Hilfsmittel der Menschheit können die Tragik des Krieges verhindern, dennoch ist es ein großer Fortschritt, wenn die Schuldigen den Krieg weit mehr zu fürchten haben als die Unschuldigen.“¹³

Die einzige Taktik die den Unschuldigen wirklich helfen würde, wäre ein Ende der US-amerikanischen Besatzungen. Für viele der Opfer ist wäre dies allerdings zu spät, so auch für:

Turkiya Muhammed Ali (75), Faiza Harat Khalaf (30), Faiz Harat Khalaf (28), Um Ahmad (23), Sumaya Abdulrazak (22), Aziz Khalil Jarmoot (22), Hawra Khalaf (5), Asma Yousef Maruf (3), Aisha Harat Khalaf (3), Husam Harat Khalaf (6 Monate)

Anmerkungen

¹ Hierbei stellt sich berechtigterweise die Frage, warum ein säkulares Regime, das im Inneren jegliche politische Beteiligung religiöser Gruppen unterdrückte, eben weil Hussein in ihnen - insbesondere ihren Besitz von Massenvernichtungswaffen - eine enorme Gefahr für die Stabilität des Iraks sah, eine religiös legitimierte Terroristenorganisationen unterstützen sollte.

² Vgl. die entsprechenden Beiträge in dem hervorragenden Sammelband von Focus on the Global South mit dem bezeichnenden Titel „Destroy and Profit“, Januar 2006. Einsehbar unter <http://www.focusweb.org/pdf/Reconstruction-Dossier.pdf>.

³ Vgl. Guilliard, Joachim: Die verheimlichten Opfer im Irak. In: Ossietzky, 11.3.06. Whitney, Mike: Killing Children: the „My Lai“ phase of the Iraq war. In: <http://www.opednews.com/>

⁴ Cockburn, Patrick: Everyone is at risk from trigger-happy US troops. In: <http://www.globalecho.org> 26.03.06

⁵ Whitney: Killing Children: the „My Lai“ phase of the Iraq war.

⁶ <http://www.iraqbodycount.net> Stand: 26. April 2006

⁷ Guilliard: Die verheimlichten Opfer im Irak

⁸ Mortality before and after the invasion of Iraq in 2003 Al-Rubeyi BI The Lancet - Vol. 364, Issue 9448, 20 November 2004, Pages 1834-1835

⁹ Cockburn: 26.3.06

¹⁰ Schofield Matthew in: <http://www.realcities.com/mld/krwashington> 19.3.2006

¹¹ Derselbe Militärsprecher, der auch nach dem Massaker in Fallujah, bei dem weißes Phosphor gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wurde, leugnete, dass das amerikanische Militär chemische Waffen im Irak einsetzen würde.

¹² Iraqi police report details civilians' deaths at hands of US troops. In: <http://www.uruknet.info>

¹³ Zitat in heise online: Rötzer, Florian: US-Militär macht heimlich einen „body count“ von getöteten Zivilisten im Irak. In: <http://www.heise.de/tp>



US-Soldat bei einer Hausdurchsuchung im Irak, Foto: Internet.

USA - Erlassjahr 2015?

Washingtons erodierende Vorherrschaft und der Kreuzzug zum Erhalt der Dollarhegemonie

von Jürgen Wagner

Teil I: Aufbau und Konsolidierung der US-Hegemonialordnung

„Es ist unsere Währung, aber euer Problem.“ - John Connally, Finanzminister unter Richard Nixon

«Schuldest du der Bank \$100, ist das dein Problem. Schuldest du der Bank \$100 Millionen, ist es das Problem der Bank» - J. Paul Getty, US-Industrieller (1892-1976)

„Der ökonomische Imperialismus brachte manche seltsamen und teils fast unverständlichen Phänomene hervor. Aber niemals zuvor hat es eine bankrotte Nation gewagt, darauf zu bestehen, dass ihre Insolvenz zum Fundament der Weltökonomie wird.“ - Michael Hudson, ehemaliger Analyst der Chase Manhattan Bank

USA - Pleite aber mächtig

Die USA sind ein Koloss auf tönernen Füßen, dessen weltweite Vormachtstellung zunehmend brüchig wird. Diese Feststellung speist sich nicht nur aus dem militärischen Debakel im Irak, sondern vor allem aus der Erkenntnis, dass die ökonomischen Grundlagen für Washingtons Hegemonialposition erodieren.¹

Betrachtet man allein die makroökonomischen Daten, sind diese tatsächlich verheerend. Als Erstes zu nennen ist dabei das gigantische Handelsbilanzdefizit, was bedeutet, dass die USA deutlich mehr Produkte importieren als exportieren. Während sich dieses Handelsbilanzdefizit 1992 noch auf vergleichsweise harmlose \$39 Mrd. belief, stieg es schon während der Amtszeit Bill Clintons bedrohlich auf \$378,272 Mrd. im Jahr 2000. Unter George W. Bush setzt man inzwischen jährlich zu neuen „Höhenflügen“ an, sodass sich das Handelsbilanzdefizit mit \$723,616 Mrd. im Jahr 2005 nochmals beinahe verdoppelt hat.²

Da diese Lücke zwischen Importen und Exporten primär in Form von Schuldscheinen (Staatsanleihen) gedeckt wird, ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich der US-Schuldenberg analog zum Handelsbilanzdefizit entwickelte. Washingtons Verbindlichkeiten haben sich seit 1992 (ca \$4 Billionen) auf nunmehr offiziell

etwa \$8,3 Billionen ebenfalls mehr als verdoppelt.³ Da in der offiziellen Zahl die Deckungslücke der sozialen Sicherungssysteme ebenso wenig Berücksichtigung findet, wie die der öffentlichen Krankenversicherung (Medicare) und einer Reihe weiterer Posten, liegt die tatsächliche Verschuldung laut dem Jahresreport des US-Finanzministeriums um ein Vielfaches höher, nämlich bei \$46 Billionen im Jahr 2005 (\$20 Billionen im Jahr 2000).⁴ Die amerikanische Zahlungsfähigkeit steht angesichts solcher Daten nicht einmal mehr in Frage, sie ist nicht mehr gegeben, jedes andere Land wäre in einer vergleichbaren Situation bankrott.⁵

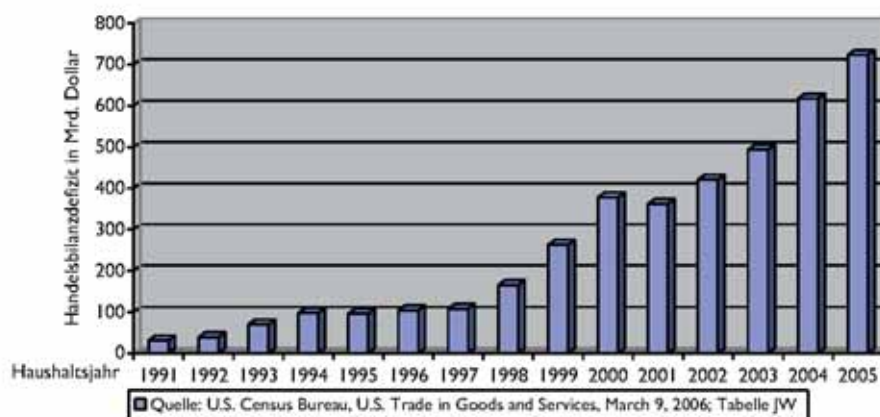
Als Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung dieses Defizits werden vor allem massive Steuererhöhungen und eine drastische Reduzierung der US-Militärausgaben genannt, wobei ins Auge sticht, dass die Bush-Administration sich diese Vorschläge lediglich insofern zu Herzen nimmt, als dass sie als Anleitung fungieren, das genaue Gegenteil zu unternehmen. So beschloss man nicht nur gigantische Steuererleichterungen für Amerikas oberste Einkommensschichten, sondern erhöhte auch seit Amtsantritt massiv den Militärhaushalt von \$294.5 Mrd. im Jahr 2000 auf \$562 Milliarden (Antrag für das Haushaltsjahr 2006).⁶ Berücksichtigt man, dass die Bush-Administration mit hoher Wahrscheinlichkeit nochmals zusätzliche Gelder für den „Krieg gegen den Terror“ benötigen wird, ergibt sich hieraus, dass das Pentagon-Budget damit

- trotz Schuldenberg und Handelsdefizit - höher liegt, als während des gesamten Kalten Krieges (siehe Grafik). Dies zeigt, welch beispielloses Militarisierungsprogramm Washington in Gang gesetzt hat. Nicht von ungefähr nehmen deshalb die Cassandra-Rufe in jüngster Zeit zu. Lawrence Summers, ehemaliger US-Finanzminister unter Bill Clinton, bescheinigte der Bush-Administration unlängst, sie steuere auf die „Gesicherte Fiskalische Vernichtung“ zu.⁷

Die Apologeten des US-Untergangs stehen dabei in krassem Widerspruch zu der offensichtlichen Sorglosigkeit der Bush-Administration, die munter ihr Militarisierungsprojekt betreibt und darauf setzt, dass das hieraus entstehende Defizit auch weiterhin durch Schuldscheine vom Rest der Welt finanziert wird. Ausgerechnet George W. Bushs ehemaliger Finanzminister Paul O'Neill fungiert als Kronzeuge, indem er unbewusst aufschlussreiche Einblicke in die Denkweise der Bush-Administration lieferte. Als er sich während seiner Amtszeit gegen weitere Steuersenkungen aussprach, da diese das ohnehin erhebliche US-Defizit weiter vergrößern würden, wurde er von Vizepräsident Dick Cheney folgendermaßen belehrt: „Weißt du Paul, Reagan hat bewiesen, dass Defizite nicht von Bedeutung sind.“⁸

Die Tragweite dieses Satzes kann nicht überschätzt werden, denn der gesunde Menschenverstand, wie auch die „Ökonomie lehren uns, dass Staaten, die - konventionell ausgedrückt - aufgrund nicht tragfähiger Handelsbilanz- und Staatsdefizite über ihre Verhältnisse leben, schließlich dazu gezwungen sein werden, sich ‚anzupassen‘.“⁹ Sprich, irgendwann sollte eigentlich der Punkt erreicht sein, an dem das Ausland nicht mehr bereit ist, diese Verschuldung durch den Kauf faktisch wertloser Staatsanleihen zu finanzieren. Umso mehr, da die Verei-

Höhenflug: Das US-Handelsbilanzdefizit 1991-2005



nigten Staaten mehr oder weniger unumwunden zugeben, ihre Schulden niemals zurückzuzahlen, wozu sie im Übrigen, wie bereits erwähnt, ohnehin nicht in der Lage wären.¹⁰

Angesichts dieser Situation bestehen für die USA nur zwei Möglichkeiten, auf die Erosion der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu reagieren: Entweder man kürzt radikal das Militärbudget, was aber zur Folge hätte, dass die USA ihren Anspruch auf globale Vorherrschaft - die erklärtermaßen Ziel sämtlicher US-Strategiepapiere ist - aufgeben und somit den Aufstieg anderer Großmächte akzeptieren müssten¹¹ oder man beschließt, kriegsgerisch jeglichen antihegemonialen Tendenzen zu begegnen. Cheneys Aussage ist ein deutliches Zeichen, dass sich die Vereinigten Staaten für die zweite Option entschieden haben. Und tatsächlich lässt sich mit einiger Plausibilität argumentieren, dass die beispiellose Militarisierung der US-Außenpolitik seit den Anschlägen des 11. September und der „Krieg gegen den Terror“ im Kern nichts anderes ist, als ein Kreuzzug zum Erhalt der Dollar-Hegemonie und damit für Washingtons Verschuldungsstrategie, die das Fundament der US-Vorherrschaft bildet. Augenblicklich zeigt sich jedoch immer deutlicher, dass dieser Versuch ins Gegenteil umschlägt, indem hierdurch anti-hegemoniale Kräfte weiter gestärkt werden.

Um dies zu begründen, wird im ersten Teil dieses Beitrags die Entstehung der US-Hegemonialordnung nach dem Kalten Krieg, sowie die weit reichenden Umstrukturierungen der 70er Jahre beschrieben. Besonders soll dargestellt werden, dass der zunehmende Militarismus der USA eine wachsende Verschuldung nach sich zog, die eine radikale Veränderung des Weltfinanzsystems erforderte, in deren Zentrum die Abrechnung von Öl in Dollars steht, die dem Dollar seine Funktion als Weltleitwährung garantiert. Hierdurch wurde eine Art modernes Tributsystem etabliert, in dem die Vasallen (Europa, Japan, China...) zur Finanzierung der US-Defizite gezwungen werden.¹²

Im zweiten Teil wird aufgezeigt, dass diese Dollarhegemonie insbesondere durch die Einführung des Euro zunehmend in Gefahr gerät und ohne die Öl-Dollar-Fakturierung kaum mehr aufrecht zu erhalten wäre. Aus diesem Grund stellt die Beibehaltung dieses Abrechnungssystems, das von mehr und mehr Ländern in Frage gestellt wird, eine wesentliche Triebfeder der US-amerikanischen Kriegspolitik der letzten Jahre auch und gerade für die aktuelle, aggressive Politik

gegenüber dem Iran dar. Die Massenmedien versuchen dieses Thema entweder zu ignorieren oder, wie der *Spiegel*, ins Lächerliche zu ziehen. Es handele sich lediglich um eine „Legende“ verquaster Konspirationstheoretiker, sie sei „höflich gesagt, nicht plausibel.“¹³ Auch wenn man sich vor monokausalen Erklärungen hüten sollte, gibt es aber dennoch triftige Gründe, die dafür sprechen, dieser „Legende“ mehr Beachtung zu schenken. Abschließend soll dargelegt werden, dass trotz - oder gerade wegen - der verstärkten militärischen Anstrengungen eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass die Dollarhegemonie und damit die US-Vormachtstellung weiter erodiert. In diesem Zusammenhang soll insbesondere auch die Perspektive, den Euro als progressives Gegenmodell zu etablieren, kritisch bewertet werden.

Der Aufbau der US-Hegemonialordnung nach dem Kalten Krieg

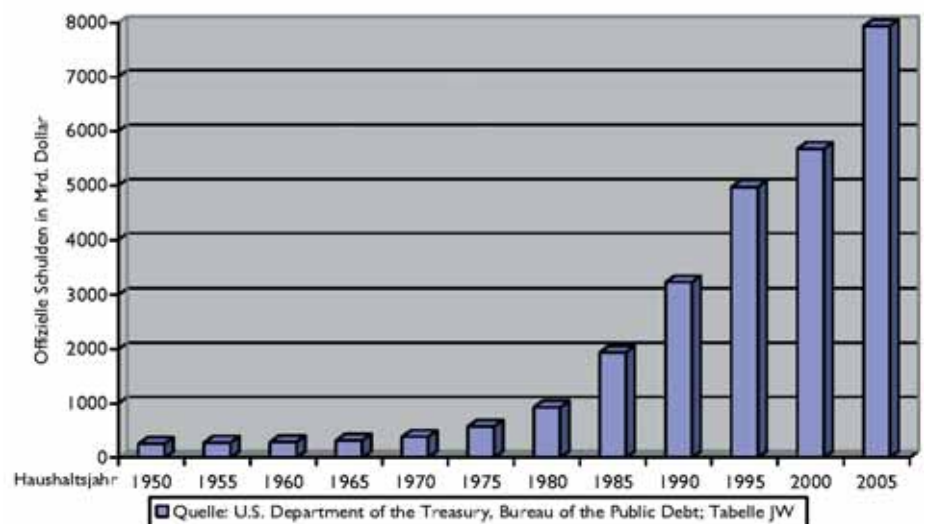
Zynisch gesagt, der Zweite Weltkrieg ist für die USA überaus erfolgreich verlaufen. Sie gingen aus ihm als mit weitem Abstand führende Wirtschafts- und Militärmacht der Welt hervor, u.a. verfügten sie über 60% der weltweiten Goldvorräte.¹⁴ Verständlicherweise waren sämtliche US-Entscheidungsträger bestrebt, diese ökonomische Spitzenposition zu erhalten. Die hierfür gewählte Expansionsstrategie bewirkte zwar genau das Gegenteil, deckte sich aber wiederum mit den Ambitionen der radikalsten Vertreter der US-Elite, deren vorrangiges Interesse in der militärischen Festigung der weltweiten Vormachtstellung und letztlich der Errichtung eines US-Imperiums lag.¹⁵

Nach 1945 stellte sich zuvorderst die Frage, wie angesichts des Truppenabbaus von 12 auf 1,5 Millionen Soldaten und

der radikalen Kürzung des Verteidigungshaushaltes von \$90 auf \$10 Mrd. ohne diesen wirtschaftlichen Stimulus weiterhin Vollbeschäftigung und Prosperität gesichert werden konnten: „Ein Anliegen, das alle Gruppen in den Vereinigten Staaten teilten, war es, eine neuerliche Nachkriegsdepression, ausgelöst von der Reduzierung der öffentlichen Ausgaben, zu verhindern. 1945 gab es einen Konsens, dass 60 Millionen Jobs für eine Vollbeschäftigung erforderlich waren. In Abwesenheit einer entsprechenden Nachfrage, die genügte, um diese Stellen zu schaffen ... hätte es einen Linksruck in der amerikanischen Politik geben können.“¹⁶

Schon 1944 stellte der spätere US-Außenminister Dean Acheson fest, dass die USA „Vollbeschäftigung und Prosperität nicht ohne ausländische Märkte erlangen können.“¹⁷ Somit war die Öffnung ausländischer Märkte für amerikanische Produkte das zentrale Ziel der Bretton-Woods-Verhandlungen im Jahr 1944, bei denen Acheson als US-Delegationsführer eine ebenso zentrale Rolle spielte, wie später bei der Entwicklung der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans, mit denen dieselbe Absicht verfolgt wurde. „Das Bretton Woods System folgte einem klaren Regelsystem: Goldbindung des US-Dollar, Bindung aller beteiligten Währungen mit fixen Kursen an den US-Dollar, Herstellung der Konvertibilität der Währungen, ein Mechanismus zur Finanzierung von Defiziten der Zahlungsbilanz. Der Kurs des US\$ wurde mit 35 \$ je Feinunze bereits 1934 festgelegt, in Bretton Woods bestätigt und bis zum August 1971 (für offizielles Gold) beibehalten.“¹⁸ Der Dollar wurde hierdurch zur Weltleitwährung, zum allgemein anerkannten internationalen Zahlungsmittel, das jeder Staat benötigt, um Geschäfte zu tätigen.

Der Anstieg des US-Schuldenberges 1950-2005



Solange die US-Währung in Gold umgetauscht werden konnte, bestanden für ausländische Zentralbanken auch keine Schwierigkeiten große Dollarbestände zu horten, da sie ja jederzeit wieder in einen Realwert umgewandelt werden konnten.

Das Bretton-Woods-System sollte einen erneuten Stillstand im Waren- und Kapitalverkehr, der primär für die Weltwirtschaftskrise vor dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gemacht wurde, verhindern.¹⁹ Dies deckte sich gleichzeitig mit den ökonomischen Interessen der USA zum damaligen Zeitpunkt. Während die fixen Wechselkurse eine Abwertung der eigenen Währung zur Steigerung der Exportchancen unmöglich machte, sollte das 1947 abgeschlossene GATT-Abkommen (Havana-Charta), das Zollsenkungen zur Förderung des Welthandels vorsah, die angestrebte Öffnung des Weltmarktes für amerikanische Produkte sicherstellen.²⁰ Allerdings zeigte sich schnell, dass die Öffnung der Märkte allein nicht genügte. Da die vom Krieg ausgebluteten Ökonomien Westeuropas und Japans über zu wenig Finanzmittel zur Bezahlung US-amerikanischer Exporte verfügten, sah sich Washington zu weiter reichenden Maßnahmen, Truman-Doktrin und Marshall-Plan, gezwungen: „Die einzig mögliche Lösung für die US-Entscheidungsträger bestand zu diesem Zeitpunkt darin, gleichzeitig den Wiederaufbau des europäischen und asiatischen Kapitalismus und die Prosperität der heimischen Wirtschaft über Dollarkredite zu gewährleisten, die ... über den europäischen und japanischen Export von Erzeugnissen zurückgezahlt werden sollten.“²¹

Dies stellte die demokratische Regierung jedoch vor enorme Probleme, denn sie sah sich einem republikanisch dominierten Kongress gegenüber, der auf eine strikte Begrenzung der Staatsausgaben fixiert war und für derlei „Hilfsleistun-

gen“ wenig Enthusiasmus aufbrachte. Aus diesem Grund spielte die Truman-Administration rücksichtslos die einzige Karte aus, mit der die erforderlichen Mittel zur Finanzierung des Marshall-Plans locker gemacht werden konnten, den Antikommunismus: „Truman und Acheson wussten sehr wohl, dass Appelle für die Staatsraison und US-amerikanische ökonomische Interessen nicht genug sein würden sie [die Widerstände gegen den US-Expansionismus] zu überwinden. Während sie jenen Text entwarfen, der später die Truman-Doktrin werden sollte, hielten sie sich dementsprechend an Arthur Vandenberg's berühmte-berühmten Rat, ‚die amerikanische Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen‘, indem die Vorstellung einer globalen kommunistischen Bedrohung übertrieben wurde. Der Trick, so die Unterstützung des Kongresses für den Marshall-Plan zu gewinnen, funktionierte.“²²

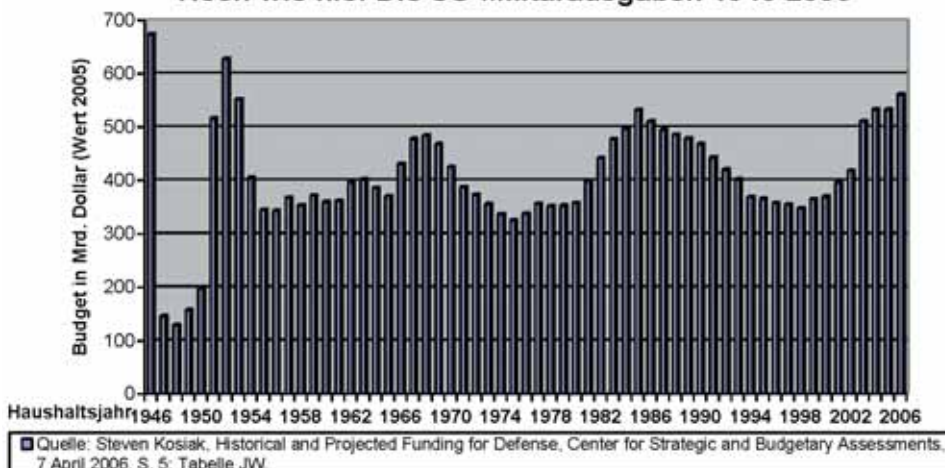
Während 1945 noch eine Mehrheit der US-Bevölkerung der Überzeugung war, eine friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion sei möglich, wandelte sich die öffentliche Meinung ab 1946 in der Folge alarmistischer - und angesichts zahlreicher Zugeständnisse Moskaus weitgehend unbegründeter - Reden verschiedener US-Entscheidungsträger.²³ Der nächste Schachzug bestand in der am 12. März 1947 verkündeten Truman-Doktrin, die es endgültig zu Washingtons Aufgabe machte, militärisch die Ausbreitung des Kommunismus wortwörtlich zu bekämpfen. Die hiermit verkündete Eindämmungspolitik (Containment) schuf darüber hinaus die nötige Alarmstimmung für die Bewilligung der Marshall-Plan-Gelder, die als Stärkung Westeuropas gegen den angeblichen sowjetischen Expansionismus verkauft wurden. Die Strategie war aus Sicht der US-Strategen auf den ersten Blick überaus erfolgreich, kurz nach der

Verkündung der Truman-Doktrin verabschiedete der US-Kongress den *European Recovery Plan*, also besagten Marshall-Plan. Bewilligt wurden schließlich 12,4 Milliarden Dollar (85 Milliarden Euro im Jahr 2005), die sicher einen Teil zur wirtschaftlichen Erholung Westeuropas beitrugen, auch wenn der durch die rasante Militarisierung ausgelöste Nachfrageschub im Zuge der Truman-Doktrin und des Korea-Krieges hier wohl entscheidender war. Natürlich war dies, entgegen den meisten heutigen Verlautbarungen, alles andere als ein selbstloser Akt, denn die Kredite wurden weitgehend an den Aufkauf von US-Exporten gebunden, sie waren somit nichts anderes als eine „großangelegte Subventionierung für die US-amerikanische Industrie und Landwirtschaft.“²⁴

Hiermit wurden aber gleichzeitig die Weichen für eine Eskalationsspirale gestellt, die schließlich direkt zu der Katastrophe in Vietnam führen sollte. Der Sowjetunion blieben die aggressiven Schritte Washingtons natürlich nicht verborgen, sie *reagierte* ihrerseits mit einer Reihe von Maßnahmen zur Festigung ihrer Machtposition, die von der Truman-Administration mit weiteren Eskalationen beantwortet wurden.²⁵ Plötzlich waren die USA in der Defensive, von Moskaus Unterstützung der kommunistischen Machtergreifung in der Tschechoslowakei 1948, über die im selben Jahr begonnene Berlin-Blockade, dem Sieg der Maoisten in China, bis hin zur erfolgreichen Zündung der sowjetischen Atombombe 1949, sah man sich subjektiv einem aggressiven Vormarsch und Machtgewinn der Sowjetunion ausgesetzt, an dem man aber, wie ausgeführt, alles andere als unschuldig war.

Zu dieser Zeit setzte in den USA eine regelrechte antikommunistische Hysterie ein, die ab 1948 beginnende McCarthy-Ära, die u.a. zur Entlassung von 1456 Mitarbeitern des Außenministeriums führte, die meisten davon Asienspezialisten, deren Kenntnisse später bei der korrekten Einschätzung der Lage in Vietnam sicher hilfreich gewesen wären. Parallel hierzu gewannen die radikalsten Teile der US-Elite, deren vorrangigsten Ziel die globale Vorherrschaft der USA war, mehr und mehr die Kontrolle. Spätestens 1950 fand dieser Prozess mit der Ablösung George Kennans durch Paul Nitze als Leiter der Politischen Planungsabteilung des US-Außenministeriums, der Ausarbeitung der NSC-68 (United States Objectives and Programs for National Security) sowie dem Beginn des Korea-

Hoch wie nie: Die US-Militärausgaben 1946-2006





Kriegs seinen Abschluss.²⁶ Aus Sicht der nun dominierenden Hardliner musste den sowjetischen Machtgewinnen mit einer drastischen Militarisierung begegnet werden. Für deren Finanzierung war aber angesichts der Widerstände in Kongress und Öffentlichkeit mehr nötig, als nur antikommunistische Floskeln, es brauchte einen Krieg: „Um die groß angelegte europäische und amerikanische Wiederaufrüstung sicherzustellen, die im Nationalen Sicherheitsdokument 68 vorgesehen war, das Truman im Grundsatz im April 1950 genehmigte, war mehr erforderlich ... „Wie man dieses Geld einem fiskalkonservativen Kongress im Namen des Antikommunismus abringen sollte, stellte keine kleine Herausforderung dar. Erforderlich war ein internationaler Notfall und seit November 1949 sagte Außenminister Acheson voraus, dass sich einer irgendwann im Jahr 1950 im asiatischen Randgebiet ereignen wird - in Korea, Vietnam, Taiwan oder allen drei zusammen. Zwei Monate nachdem der Präsident NSC-68 begutachtet hatte, fand diese Krise statt. Acheson sollte später sagen, dass »Korea auftauchte und uns alle rettete.«²⁷

In der Tat gelang es im Zuge des Korea-Krieges, die in NSC-68, dessen Autor Paul Nitze nicht umsonst einer der wichtigsten Ziehväter der heutigen Neokonservativen war,²⁸ anvisierte Erhöhung der Rüstungsausgaben durchzusetzen, der Kongress bewilligte einen Anstieg um 30 Prozent.²⁹ Die mit dem Korea-Krieg sprunghaft gestiegenen Rüstungsausgaben trugen dabei entscheidend zur Schaffung eines mächtigen militärisch-industriellen Komplexes bei, der dafür sorgte, dass diese Gelder auch weiterhin reichlich fließen sollten.³⁰ Die Interessen der Rüstungslobby, der US-Imperialisten und die Verstärkung antisowjetischer Ressentiments innerhalb der Bevölkerung

wie auch der US-Eliten, heizten Militarismus und Expansionismus derart an, dass dies letztlich ebenso tragisch wie logisch im Vietnam-Krieg kulminieren musste, der gleichzeitig auch eine Reorganisation der US-amerikanischen Hegemonialordnung erfordern sollte, da der Militarismus die ökonomischen Fundamente der US-Vorherrschaft langsam aber sicher zerstörte.³¹

Obwohl Washington zur Durchsetzung des Bretton-Woods-Systems seine überlegene Machtposition rigoros eingesetzt hatte,³² bot es Westeuropa und Japan zunächst jedoch als Gegenleistung substanzielle Vorteile an, um ihnen die Akzeptanz der US-dominierten Ordnung zu versüßen.³³ „Die größte Herausforderung für dieses System kam mit der politischen und ökonomischen Krise in den 1970ern: Die katastrophale Niederlage und der Zerfall der militärischen Macht Amerikas in Vietnam verband sich mit heftigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen den wichtigsten Zentren der Triade - den USA, Deutschland und Japan. Die Vereinigten Staaten reagierten auf diese Krise mit umfassenden unilateralen, machtpolitischen Schachzügen, wie die Zerstörung des Bretton-Woods-Systems und das Aufzwingen des Dollarsystems, um den US-Kapitalismus gegen seine Konkurrenten zu bevorzugen.“³⁴

Die Krise der 70er und die Errichtung des Öl-Dollar-Tributsystems

Aus Sicht der US-Strategen könnte man fast sagen, dass ihr Plan ein wenig zu gut aufging. Denn das System fester Wechselkurse, festgelegt zu einem Zeitpunkt, an dem Washington einen gigantischen ökonomischen Vorsprung besaß, „berücksichtige nicht die Veränderungen bei der wirtschaftlichen Leistungskraft, so daß beispielsweise der Dollar gegenüber der

D-Mark und dem Yen, Währungen der erfolgreichsten Industriestaaten, überbewertet war. Dies belastete die US-Ausfuhren, führte zu steigender Arbeitslosigkeit, einem verlangsamten Wachstum der industriellen Produktivität in den USA und einem Abbau von industriellen Arbeitsplätzen.“³⁵

Die wirtschaftliche Erholung Westeuropas und Japans gepaart mit den horrenden Militärausgaben konnte nur eine Auswirkung haben: Seit Ende der 50er „war der US-amerikanische Anteil am weltweiten Handel rückläufig, weil die erhaltenen Industriestaaten neue Absatzmärkte eroberten ... Folglich sanken die Überschüsse in der US-Handelsbilanz. Gleichzeitig stiegen die staatlichen Zuwendungen an Drittstaaten vor allem im militärischen Bereich. Im Ergebnis reichten die Überschüsse nicht mehr aus, die Geldabflüsse auszugleichen, so dass allmählich die Rücklagen angegriffen wurden ... Folglich stiegen die Gold- und in Gold konvertierbaren Goldvorräte der europäischen Staaten und Japans stark an.“³⁶

Bereits Mitte der 60er war der US-Goldvorrat um 40% gesunken, der deshalb bereits 1964 geringer als die US-Gesamtschulden war.³⁷ Sie rasant steigenden Kosten des Vietnam-Kriegs verschärften diese Entwicklung zusätzlich erheblich. Um den Krieg in Ostasien zu finanzieren, warf Washington die Notenpresse an und brachte mehr und mehr Dollars in Umlauf, was logischerweise die Frage aufwarf, wie lange dieses Geld noch durch reale Goldreserven gedeckt werden konnte. Vor allem die europäischen Zentralbanken weigerten sich deshalb zunehmend Dollarbestände automatisch aufzukaufen und gingen gegen Ende der 60er sogar massiv dazu über, ihre Dollarreserven in Gold zurückzutauschen: „Damit wurde die eine unverzeihliche Drohung ausge-

sprochen. Europa, egal wie freundlich und indirekt, drohte zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg damit, seine ökonomische Stärke gegen die Vereinigten Staaten zu benutzen.³⁸ Da hiermit die US-Goldvorräte ebenso wie das gesamte Währungssystem schnell seinen kritischen Punkt erreichte, reagierten die Vereinigten Staaten hierauf, wie zu erwarten war, extrem empfindlich und stellten sogar die weitere Unterstützung im Kalten Krieg in Frage. „Diese Verwerfungen zeigten den Zusammenhang zwischen ökonomischer und militärischer Macht. So wurde bekannt, dass ‚die Vereinigten Staaten implizit angedroht hatten, ihre Truppen aus Westdeutschland abzuziehen ... falls die deutsche Zentralbank nicht auf ihr Recht verzichtete, ihre überflüssigen Dollars in Gold umzutauschen.‘“³⁹ Trotzdem musste US-Präsident Richard Nixon am 15. August 1971 die Notbremse ziehen, indem er das Ende der Goldbindung verkündete, die nach einem kurzen Rettungsversuch (Smithsonian-Abkommen) 1973 endgültig aufgegeben wurde.

Angesichts der wachsenden Verschuldung gab es damals nur zwei Optionen: Da man sich keinesfalls eine Radikalisierung nebst drastischer militärischer Abrüstung verordnen wollte, wie es Washington im Übrigen in einer vergleichbaren Situation nach dem Ersten Weltkrieg dem British Empire diktiert hatte und so maßgeblich zu dessen Niedergang beitrug,⁴⁰ musste eine Möglichkeit gefunden werden, sich uferlos weiter zu verschulden. Hierfür war es notwendig Staaten dazu zu bringen Dollarbestände bzw. US-Schatzanleihen zu kaufen, obwohl diese im Prinzip nunmehr nichts weiter waren, als ungedeckte Schecks. Exporte in die USA - Toyotas, BMWs, Nähmaschinen, was auch immer -, die früher einmal

buchstäblich Gold wert waren, sollten nun für bedrucktes Papier an die USA abgegeben werden, ein „exorbitantes Privileg“, wie es Charles De Gaulles damals formulierte.⁴¹

Da der Greenback nach der Beendigung des Dollar-Gold-Systems massiv unter Druck geriet und die Angst vor einer erneuten Depression umging,⁴² musste also das „Vertrauen“ in die Währung - notfalls militärisch - wiederhergestellt werden, wofür folgende Lösung gefunden wurde: „1974 handelte die Nixon-Administration die Zusicherung von Saudia Arabien aus, Öl ausschließlich in Dollars zu berechnen und ihre Überschüsse in US-Schatzanleihen zu investieren. Im Gegenzug würden die USA das saudische Regime schützen ... Dieses einzigartige Abkommen wurde ursprünglich vor dem Kongress geheim gehalten und schuf das Phänomen, das als Petrodollar-Recycling bekannt ist.“⁴³ Beim Abschluss dieses Deals war das Pentagon extrem „behilflich“, indem dem saudischen Königshaus, wie auch dem Rest der OPEC überdeutlich gemacht wurde, dass dessen Ablehnung als kriegerischer Akt gewertet und mit einer direkten US-Invasion beantwortet werden würde.⁴⁴ Seither basieren die beiden zentralen Handelsplätze für Öl und Gas, der *International Petroleum Exchange* (IPE) in London und der New Yorker *NYMEX*, auf dem Dollar.

Dieser Öl-Dollar-Mechanismus hat für die USA drei erhebliche Vorteile: *Erstens* kann die US-Regierung einfach Dollars drucken, um ihr Öl zu bezahlen. *Zweitens* müssen alle anderen Staaten den USA reale Produkte liefern, um ihrerseits an die Währung des Schwarzen Goldes zu gelangen. Hiermit wurde eine gigantische Dollarnachfrage erzeugt, die zusätzlich durch den von den USA bewusst herbei-

geführten „Ölpreisschock“ stimuliert: „Es wird immer noch allgemein angenommen, dass der gepfefferte Anstieg der Ölpreise 1973 von den Golfstaaten als Teil ihrer anti-israelischen und anti-amerikanischen Politik im Zuge des Yom Kippur-Krieges ausgelöst wurde. Wie wir heute jedoch wissen, war der Anstieg das Ergebnis des US-Einflusses auf die Ölstaaten und er ... richtete sich gegen Amerikas ‚Verbündete‘ in Westeuropa und Japan.“⁴⁵

Fortan wurden die von europäischen und japanischen Exportüberschüssen erwirtschafteten Dollars für den Ankauf von OPEC-Öl verwendet, die ihrerseits wiederum als Gegenleistung für die militärische Absicherung der OPEC-Herrscherfamilien in US-Schatzanleihen reinvestiert wurden.⁴⁶ Bis heute ist der hierdurch erzeugte Nachfrageschub gigantisch: „Täglich wird weltweit mit Öl im Wert von mehr als 5,5 Milliarden US-Dollar gehandelt. Jährlich summiert sich das auf 1.500 Milliarden US-Dollar. Durch die Bindung des Gaspreises an den Ölpreis verdoppelt sich die Summe. Marktteilnehmer müssen über ausreichend Dollarreserven verfügen, um sich am Geschäft beteiligen zu können. Somit tragen der Öl- und der Gashandel zu einer erhöhten Nachfrage nach US-Dollar bei.“⁴⁷ Oder, in den Worten der *Asia Times*: „Jeder akzeptiert Dollars, weil man mit ihnen Öl kaufen kann.“⁴⁸ Der Zwang, Dollarreserven zur Bezahlung von Öl zu halten, hat zusätzlich zur Folge, dass der Greenback auch in weit größerem Maße als Reserve- und Transaktionswährung eingesetzt wird, als es US-Wirtschaftsleistung und Handelsaufkommen eigentlich nahe legen würden, was die Dollarhegemonie zusätzlich stärkt.⁴⁹

Der *dritte* und mit Abstand größte Vorteil dieser Dollarhegemonie liegt schließ-



lich darin, dass sich die USA weiterhin nahezu beliebig verschulden können, wie die *Kreditanstalt für Wiederaufbau* verdeutlicht: „Da die Auslandsschulden der USA ganz überwiegend in US-Dollar denominated sind, können die Vereinigten Staaten faktisch nicht zahlungsunfähig werden, selbst wenn das Ausland – aus welchen Gründen auch immer – kurzfristig die Bezahlung aller Schulden forderte und alles liquidierbare Auslandskapital abzöge. Die Notenbank könnte Dollar im benötigten Ausmaß bereitstellen.“⁵⁰ Aufgrund dieser Vorteile musste unter allen Umständen sichergestellt werden, dass sich die OPEC-Staaten weiter an das System des Petrodollar-Recycling hielten, was Nixons Außenminister Henry Kissinger zu folgender Erkenntnis führte: „Erdöl ist viel wichtiger, als dass man es den Arabern überlassen könnte.“⁵¹ Genau aus diesem Grund stellt die Kontrolle des Persischen Golfes spätestens seit dieser Zeit das Alpha und Omega der US-Außenpolitik dar.⁵²

Mit den weit reichenden Maßnahmen Anfang der 70er hatten die USA die Erosion ihrer Vormachtstellung erfolgreich aufgehalten und ein Tributsystem etabliert, das für über 30 Jahre weitgehend unbestritten ihre Führungsposition aufrecht erhalten sollte. Erst in jüngster Zeit nehmen die Widerstände gegen diese Hegemonialordnung wieder massiv zu.

(Teil II im nächsten AUSDRUCK)

Anmerkungen:

¹ In diesem Beitrag wird der Hegemoniebegriff nicht-gramscianisch verwendet. Er bezeichnet damit eine Vorherrschaft, die nicht auf Konsens, sondern auf Zwang beruht.

² U.S. Census Bureau, *U.S. Trade in Goods*



and Services - Balance of Payments (BOP), March 9, 2006, URL: <http://www.census.gov/foreign-trade/statistics/historical/gands.txt> (22.05.06).

³ Zahlen vom 18. Mai 2006. Vgl. *Bureau of the Public Debt: The Debt to the Penny*, URL: <http://www.publicdebt.treas.gov/opd/opdpenny.htm> (18.05.06).

⁴ *2005 Financial Report of the United States Government*, S. 28, URL: <http://www.fms.treas.gov/fr/05frusg/05frusg.pdf> (22.05.06). Ausgeklammert sind hier sogar noch die Kosten für die geplante Teilprivatisierung des Rentensystems, die mit mindestens 754 Milliarden Dollar veranschlagt werden. Vgl. Ibrahim Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“, in: *Le Monde Diplomatique*, 11.03.05.

⁵ Jürgen Elsässer, „Wert Geld und Imperialismus“, in: ders., *Deutschland führt Krieg: Seit dem 11. September wird zurückgeschossen*, S. 67-82, S. 71 weist bspws. darauf hin, dass die US-Verschuldung in Relation zum Bruttosozialprodukt weit höher ist, als die der damals für bankrott erklärten DDR.

⁶ Eingerechnet sind hier sowohl die Kosten für das US-Nuklearwaffenarsenal, die im Haushalt des Energieministeriums versteckt werden, als auch die bislang fest für den „Krieg gegen

den Terror“ beantragten Gelder. Vgl. Steven M. Kosiak, *Analysis of the FY 2007 Defense Budget Request*, Center for Strategic and Budgetary Assessments, April 2006, S. i.

⁷ Lawrence H. Summers, „America Overdrawn“, in: *Foreign Policy*, July/August 2004, S. 46-49, S. 48.

⁸ Zit. nach „Bush Sought ‚Way‘ To Invade Iraq“, *CBS News*, 11.01.04.

⁹ *A discussion with Michael Hudson over his book Super Imperialism*, URL: http://michael-hudson.com/books/super_imperialism_alist_discussion.html (22.05.06).

¹⁰ Vgl. *Duck, Duck, Goose: Financing the War, Financing the World*, Interview with Michael Hudson, Counterpunch, 23.04.03 und André Gunder Frank, „The Naked Hegemon, Part 1: Why the Emperor Has No Clothes“, *Asia Times*, 06.01.05.

¹¹ Vgl. Jürgen Wagner, *Das ewige Imperium*, Hamburg 2002.

¹² „Die These besagt, dass die USA über den Dollar als internationale Reservewährung der restlichen Welt eine Art von Steuer auferlegen, vergleichbar etwa den Tributzahlungen, die unterworfenen Ländern früher zu leisten hatten. Das sei nur deshalb möglich, weil Erdöl ausschließlich auf Dollar-Basis gehandelt wird.“

Die EU muss ihre Beziehungen zu Lateinamerika grundlegend verändern

Gerade im Lichte des Lateinamerika-Gipfels der Regierungschefs von Lateinamerika, der Karibik und der Europäischen Union, der im Mai 2006 stattfand, muss die Europäische Union ihre Beziehungen zu Lateinamerika grundlegend verändern. Denn bei den Verhandlungen wurde deutlich, dass die EU Menschenrechts- und Demokratieforderungen nicht zu zentralen Anliegen der biregionalen Abkommen mit Lateinamerika macht, sondern vielmehr ihren wirtschaftlichen Freihandelsinteressen unterordnet. Praktisch nicht vorhanden sind in fast allen EU-Abkommen Hinweise auf die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Gruppen in einen strukturierten und umfassenden Dialogprozess. Es muss endgültig gebrochen werden

mit dem Irrglauben, dass noch mehr Handelsliberalisierung zu Armutsverringerung und Aufhebung der sozialen Ungleichheiten führt. Die vergangenen 20 Jahre neoliberaler Umbau in Lateinamerika haben das Gegenteil bewiesen. Die EU spielt dabei als „global player“ eine bedeutende Rolle und fördert aktiv eine Entwicklung in vielen Ländern Lateinamerikas, die von Neoliberalismus und Militarisierung geprägt ist.

Für eine Entwicklung von unten bleibt dagegen kein Raum. Dabei gibt es genügend soziale Initiativen, die sich in lateinamerikanischen Ländern dafür einsetzen. Einige von ihnen konnte ich im vergangenen Jahr während meiner Rundreise in Südmexiko besuchen. Diese Basisinitiativen kämpfen insbesondere gegen eine

Beziehung zwischen Lateinamerika und den EU-Staaten, die auf den Ideen des ungebremsten neoliberalen Freihandels aufbaut.

Nicht akzeptabel ist, dass die EU sich für weitere Handelserleichterungen mit Lateinamerika engagiert, aber die Augen vor gravierenden Menschenrechtsverletzungen verschließt, wie beispielsweise dem übertriebenen und unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt gegen die Bewohner der Gemeinde von San Salvador Atenco in Mexiko vergangene Woche, sowie gegen die sozialen Initiativen welche sich in der demokratischen und friedlichen ‚Anderen Kampagne‘ zusammengefunden haben.

Tobias Pflüger

Vgl. Rainer Sommer, *Iranische Öl-Börse*, Telepolis, 16.03.06. Zur Tributpflicht der Europäer äußerte der ehemalige Sicherheitsberater von US-Präsident Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht*, Weinheim und Berlin 1997, S.92 überdeutlich: „Tatsache ist schlicht und einfach, dass Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa weitgehend ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern.“

¹³ Matthias Streitz, „Die Legende vom Petro-Euro- Krieg“, *Spiegel Online*, 10.03.06.

¹⁴ Peter Schwarz, *Europa auf Ration: Der Krieg in Afghanistan und das Dilemma des europäischen Kapitalismus (Teil 1)*, World Socialist Web Site, 22.03.02.

¹⁵ Die Gruppe der überzeugten US-Imperialisten umfasste bspws. Dean Rusk, Paul Nitze und John Foster Dulles. Sie wird beschrieben in Jack Snyder, *Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca 1991, S. 270-274.

¹⁶ Michael Hudson, *Super Imperialism: The Economic Strategy of American Empire*, London 2003², S. 142; Die Sorge vor einem Linksruck als eine der wesentlichen Triebfedern der damaligen US-Außenpolitik betonen auch William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, New York/London 1988⁴ und Melvyn P. Leffler, *A Preponderance of Power: National Security, the Truman Administration, and the Cold War*, Stanford 1992, S. 21.

¹⁷ Zit. nach Williams, *Tragedy*, S. 236. Vgl. auch Walter LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, New York 1997⁸, S. 9f. und Stephen E. Ambrose, *Rise to globalism: American foreign policy since 1938*, New York 1988⁵, S. xiii.

¹⁸ Elmar Altwater, *Thesen zum Bretton Woods System und seinem Scheitern*, URL: <http://www.sowifo.fu-berlin.de/osi/people/altwater/IMF.doc> (10.05.06).

¹⁹ Vgl. Hudson, *Superimperialism*, S. 236 und Werner Biermann, *Die Herren der Welt*, Köln 2000, S. 38.

²⁰ Vgl. zum GATT Hudson, *Superimperialism*, S. 213-226.

²¹ Vgl. *A discussion with Michael Hudson*. 1947 konnten die US-Handelspartner gerade einmal die Hälfte der erforderlichen Geldbeträge in Höhe von 16 Mrd. für Washingtons Exporte aufbringen. Vgl. Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 40.

²² Giovanni Arrighi, „Hegemony Unravelling“, in: *New Left Review* No. 32/2005, S. 23-80, S. 24.

²³ Vgl. Charles A. Kupchan, *The Vulnerability of Empire*, Ithaca 1994, S. 451ff; Vgl. zu den sowjetischen Zugeständnissen Melvyn P. Leffler „The American Conception of National Security and the Beginnings of the Cold War, 1945-48“, in: *American Historical Review* 89 (1984), S. 346-381.

²⁴ Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 41; Entscheidend für den wirtschaftlichen Aufschwung Westeuropas war jedoch die mit der Truman-Doktrin eingeleitete und mit dem Korak- und Vietnam-Krieg nochmals

forcierte Erhöhung der „Verteidigungsausgaben“, die einen Nachfrageschub auslösten, der vor allem der europäischen und japanischen Exportwirtschaft zugute kam. Ebd., S. 42 Siehe auch *A discussion with Michael Hudson*.

²⁵ Dass die sowjetische Politik zur damaligen Zeit eher reaktiv als offensiv war, arbeitet etwa das diesbezügliche Standardwerk von Leffler, *A Preponderance of Power* heraus.

²⁶ Vgl. LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, S. 86 und Kupchan, *The Vulnerability of Empire*, S. 455. Für Leffler, *A Preponderance of Power*, S. 356 war dagegen der Radikalisierungsprozess bereits 1947 abgeschlossen.

²⁷ Arrighi, „Hegemony Unravelling“, S. 24f. Das Zitat stammt aus Thomas McCormick, *America's Half-Century: United States Foreign Policy in the Cold War*, Baltimore 1989, S. 98. Vgl. auch LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, S. 117 und Hudson, *Superimperialism*, S. 25. Ambrose, *Rise to Globalism*, S. 130 sieht sogar die Tatsache, dass der Krieg trotz faktischem Stillstand seit 1951 bis 1953 nicht formal beendet wurde dadurch motiviert, dass ansonsten die Gelder für NSC-68 in Gefahr gewesen wären.

²⁸ Beispielsweise von Richard Perle, Paul Wolfowitz, James Woolsey, Frank Gaffney und Thomas Donnelly. Vgl. Larry Chin, *The deep politics of regime removal in Iraq: Overt conquest, covert operations Part Three: The US war lobby and the disciples of NSC-68*, *Online Journal*, November 7, 2002.

²⁹ Vgl. zu NSC-68 auch LaFeber, *America, Russia and the Cold War*, S. 96-99, Leffler, *A Preponderance of Power*, S. 355-360 und Ambrose, *The Rise to Globalism*, S. 113-115.

³⁰ Vgl. ebd. S. 126f.

³¹ Snyder, *Myths of Empire*, S. 281 und Kupchan, *The Vulnerability of Empire*, S. 451; Hudson, *Superimperialism*, S. 25. Auch Michael Hudson, *Superimperialism*, S. 151 weist auf das Paradox der damaligen US-Politik hin: „Die große Ironie der amerikanischen Nachkriegsdiplomatie ist, dass das Streben nach militärischer Sicherheit, um zu gewährleisten, dass Russland das System nicht von Außen destabilisiert, die Ökonomie des Systems von Innen her erodierte.“

³² Bspws. indem 1945 ein Kredit für das faktisch bankrotte Großbritannien an die Aufhebung der imperial preference, die Zoll- und Handelsbegünstigungen innerhalb des British Empires vorsah, gekoppelt und das Land zum Beitritt in IWF und Weltbank gezwungen wurde. Vgl. Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 39. Hudson, *Superimperialism*, S. 119-140.

³³ Vgl. das Standardwerk von Geir Lundestad, „*Empire*“ by Integration. *The United States and European Integration 1945-1997*, New York 1998.

³⁴ Peter Gowan, „The American Campaign for Global Sovereignty“, in: *Socialist Register*, London 2003, S. 9-22, S. 6; Vgl. auch David Harvey, *Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2003, S. 11f.

³⁵ Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 81.

³⁶ ebd. S. 78. Siehe auch Arrighi, „Hegemony Unravelling“ S. 69f.

³⁷ Hudson, *Superimperialism*, S. 26.

³⁸ Ebd., S. 281.

³⁹ Ebd., S. 288. Das Zitat stammt aus der *New York Times*, 12.05.71. Vgl. auch Schwarz, *Europa auf Ration*.

⁴⁰ Vgl. Hudson, *Superimperialism*, S. 56-118.

⁴¹ Zit. nach Warde, „Schwacher Dollar, starker Bush“.

⁴² Vgl. David E. Spiro, *The Hidden Hand of American Hegemony: Petrodollar Recycling and International Markets*, Ithaca 1999, S. 2.

⁴³ William Clark, *Revisited - The Real Reasons for the Upcoming War with Iraq: A Macroeconomic and Geostrategic Analysis of the Unspoken Truth*, January 2003 (updated January 2004), URL: www.ratical.org/ratville/CAH/RRIraqWar.html (20.05.06). Diese Analyse wird durch den Insiderbericht von John Perkins, *Bekenntnisse eines Economic Hit Man*, München 2005 bestätigt.

⁴⁴ Vgl. Paul Reynolds, „Oil and conflict - a natural mix“, *BBC News Online* 20.04.04: „Ein Geheimdienstbericht der britischen Regierung entüllte im Januar [2004] dass Washington 1973 einen Plan zur Eroberung der Ölfelder Saudi Arabien, Kuwaits und Abu Dhabis angefertigt hatte.“

⁴⁵ Peter Gowan, *The Globalization Gamble: The Dollar-Wall Street Regime and its Consequences*, URL: http://www.attacberlin.de/fileadmin/Sommerakademie/Gowan_Dollar-WallstreetRegime.pdf (20.05.06), S. 9.

⁴⁶ Biermann, *Die Herren der Welt*, S. 231f.

⁴⁷ „Die geplante Teheraner Öl Börse kann zum Startschuß für die Ablösung des Dollars als Weltleitwährung werden.“, Interview mit Behrooz Abdolvand, in: *Eurasisches Magazin* 3/2006, S. 9-11, S. 10.

⁴⁸ Henry Liu, „US dollar hegemony has got to go“, *Asia Times Online*, 11.04.02.

⁴⁹ Vgl. Cóilín Nuan, „Petrodollar or Petroeuro? A New Source of Global Conflict“, in: *Feasta Review*, No. 2, November 2004, S. 125-129.

⁵⁰ Zit. nach Elsässer, „Wert, Geld und Imperialismus“, S. 72.

⁵¹ Zit. nach Franz Schellhorn, „Vom Heiligen Krieg um das Öl und Europas Heuchelei“, *Die Presse*, 02.06.2004; Vgl. auch Spiro, *Hidden Hand*, S. 4.

⁵² Vgl. bspws. Michael Klare, *Resource Wars: The New Landscape of Global Conflict*, New York 2002, S. 51-80.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154